

Februar 2023

FIW-Jahresgutachten

Die österreichische Außenwirtschaft

2023



Projektleitung:

Harald Oberhofer (WIFO, WU Wien), Robert Stehrer (wiiv)

Autor:innen:

Vasily Astrov, Bernhard Moshhammer, Robert Stehrer (wiiv)
Bettina Meinhart, Harald Oberhofer, Yvonne Wolfmayr (WIFO)

Wissenschaftliche Assistenz:

Beate Muck, Monika Schwarzhappel (wiiv)
Sabine Ehn-Fragner, Alexander Hudetz, Irene Langer, Tim Slickers (WIFO)

Herausgeber ist das Kompetenzzentrum "Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft" (FIW).

Das FIW bietet eine Forschungsplattform, Informationen zu außenwirtschaftsrelevanten Themen sowie den Zugang zu volkswirtschaftlichen Datenbanken. Das Kompetenzzentrum FIW ist ein Kooperationsprojekt der Wirtschaftsuniversität Wien mit der Universität Wien, der Johannes Kepler Universität Linz, der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche und des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Rechenzentrums.

Es wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) sowie des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) finanziert.

Das Jahresgutachten wurde aus Mitteln des BMAW gefördert. Alle Rechte vorbehalten. Jeder Teil des Inhalts dieses Gutachtens kann unter Bezugnahme auf die Quelle zitiert werden.

Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

FIW-Jahresgutachten 2023

Inhaltsverzeichnis	Seite
Executive Summary	I
1. Einleitung	1
2. Internationale Rahmenbedingungen	4
2.1 Konjunkturentwicklung.....	4
2.1.1 Globale Konjunkturentwicklung.....	4
2.1.2 Konjunkturentwicklung in den wichtigsten österreichischen Handelspartnern.....	5
2.2 Wechselkurse und FDI	6
2.2.1 Geldpolitik und Wechselkurse	6
2.2.2 FDI-Entwicklungen	9
2.3 Entwicklung des Außenhandels.....	10
3. Lage der österreichischen Außenwirtschaft bis zum 3. Quartal 2022	13
3.1 Überblick.....	13
3.2 Warenaußenhandel.....	16
3.3 Dienstleistungsaußenhandel	22
3.4 Importabhängigkeit der Energieversorgung Österreichs	27
4. Österreichischer Außenhandel: Erwartungen und kurzfristige Prognose 2022 bis 2024	32
4.1 Kurzfristige Prognose des Waren- und Dienstleistungsaußenhandels	32
4.2 Prognoserisiken.....	43
5. Mittelfristige Entwicklungen im globalen Handel	44
5.1 Herausforderungen und Trends	44
5.2 Die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine	44
5.2.1 Rückgang der COVID-19-relevanten Beschränkungen	47
5.2.2 Trendumkehr bei weltweiten handelspolitischen Maßnahmen	47
5.3 EU-Handelspolitik.....	49
5.4 Entwicklungen in den USA, China und in anderen wichtigen Ländern und Regionen	52
5.4.1 China	52
5.4.2 USA.....	53
5.4.3 Taiwan.....	54
5.4.4 Europa versucht sich aus Abhängigkeiten zu lösen.....	55
5.5 Mittelfristige Prognose der globalen Handelsentwicklung	58
5.6 Schlussbemerkungen	60
6. Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen	62
7. Literatur	65

FIW-Jahresgutachten 2023

Abbildungsverzeichnis	Seite
Abbildung 2.1: Entwicklung des globalen Rohstoffpreisindex	7
Abbildung 2.2: Nominelle Wechselkursentwicklung des Euro gegenüber wesentlichen Weltwährungen.....	7
Abbildung 2.3: FDI-Flüsse in die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer	9
Abbildung 2.4: FDI-Bestände in den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern.....	10
Abbildung 2.5: Entwicklung des Welthandels (real) und der globalen Industrieproduktion	11
Abbildung 2.6: Entwicklung der Warenimporte (real) in den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern	11
Abbildung 2.7: Einkommenselastizität des Handels	12
Abbildung 3.1: Entwicklung der Warenexporte Österreichs und des Euro-Raums.....	13
Abbildung 3.2: Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit in der Sachgütererzeugung	15
Abbildung 3.3: Entwicklung der österreichischen Warenexporte und -importe	17
Abbildung 3.4: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Warenexporte nach Regionen und Top-5-Exportmärkten	19
Abbildung 3.5: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Warenexporte nach Warengruppen (SITC).....	20
Abbildung 3.6: Entwicklung der realen Dienstleistungsexporte und -importe Österreichs laut VGR	23
Abbildung 3.7: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Dienstleistungsexporte laut Zahlungsbilanz nach Regionen und Top-5-Exportmärkten	24
Abbildung 3.8: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Dienstleistungsexporte laut Zahlungsbilanz nach Dienstleistungsarten	26
Abbildung 3.9: Nettoimporttangente Österreichs.....	27
Abbildung 3.10: Energiemengen im österreichischen Außenhandel nach Energieträgern.....	28
Abbildung 3.11: Österreichs Ausgaben und Einnahmen im Energieaußenhandel nach Energieträgern.....	29
Abbildung 3.12: Österreichs Länderstruktur der Energieimporte nach Energieträgern.....	30
Abbildung 3.13: Österreichs Importabhängigkeit von russischem Gas	31
Abbildung 4.1: Beurteilung und Erwartung von Aufträgen in der Sachgütererzeugung	32
Abbildung 4.2: Die Entwicklung des wöchentlichen WIFO-Wirtschaftsindex.....	33
Abbildung 4.3: Wachstum der österreichischen Exportmärkte – 2021 und Prognose 2022 bis 2024 nach Regionen und den Top-5-Exportmärkten.....	35
Abbildung 4.4: Erwartung von Aufträgen in der Sachgütererzeugung und im Dienstleistungssektor	37
Abbildung 4.5: Entwicklung und Prognose der realen Waren- und Dienstleistungsexporte Österreichs, 2010 bis 2024.....	38
Abbildung 4.6: Wachstumsbeitrag der Nachfragekomponenten zum BIP, real.....	39
Abbildung 4.7: Beitrag der Mengen- und Preiskomponente des Außenhandels zur Veränderung der Handelsbilanz 2021 bis 2024	40

FIW-Jahresgutachten 2023

Abbildung 4.8: Veränderung der Terms-of-Trade und die Handelsbilanzquote, 1975 bis 2024	41
Abbildung 5.1: Internationale Reaktionen auf den russischen Angriffskrieg (Stand 3. März 2022)	45
Abbildung 5.2: EU-27-Handelsentwicklung global und mit Russland bis September 2022	46
Abbildung 5.3: COVID-19-Stringenzindex	47
Abbildung 5.4: Von handelsrelevanten Maßnahmen erfasste Handelsvolumen	48
Abbildung 5.5: Von handelsrelevanten Maßnahmen erfasste Handelsvolumen	49
Abbildung 5.6: Anteil an Extra-EU-Warenexporten 2021	50
Abbildung 5.7: EU - Ölimporte nach Herkunftsland in Mio. Tonnen und deren Ranking im Pressefreiheitsindex in Klammer.....	55
Abbildung 5.8: EU - Gasimporte nach Herkunftsland in Mio. Tonnen und deren Ranking im Pressefreiheitsindex in Klammer.....	56
Abbildung 5.9: Wichtigste Lieferländer von kritischen Rohstoffen an die EU	57
Abbildung 5.10: Exportentwicklung und Modellprognose des Warenhandels 2017-2027	59
Abbildung 5.11: Weltmarktanteile an den Warenexporten, 2017 und 2027 (Prognose).....	60

FIW-Jahresgutachten 2023

Übersichtsverzeichnis

Seite

Übersicht E1:	Hauptergebnisse der kurzfristigen Prognose für den österreichischen Außenhandel.....	III
Übersicht 2.1:	Reale BIP-Entwicklung in den wichtigsten Volkswirtschaften	5
Übersicht 2.2:	Reale BIP-Entwicklung der wichtigsten österreichischen Handelspartner	6
Übersicht 3.1:	Entwicklung der österreichischen Warenimporte von Rohstoffen aus Russland und der Ukraine.....	14
Übersicht 3.2:	Österreichs Warenaußenhandel im Überblick	16
Übersicht 3.3:	Entwicklung des österreichischen Warenaußenhandels nach Regionen und Top-10-Exportmärkten	18
Übersicht 3.4:	Entwicklung des österreichischen Warenaußenhandels nach Warengruppen.....	20
Übersicht 3.5:	Entwicklung des österreichischen Warenaußenhandels mit Russland und der Ukraine.....	21
Übersicht 3.6:	Österreichs Dienstleistungsaußenhandel lt. VGR im Überblick.....	22
Übersicht 3.7:	Entwicklung des österreichischen Dienstleistungsaußenhandels laut Zahlungsbilanz nach Regionen und Top-10-Exportmärkten.....	23
Übersicht 3.8:	Entwicklung des österreichischen Dienstleistungsaußenhandels laut Zahlungsbilanz nach Dienstleistungsarten	25
Übersicht 4.1:	Aktuelle Entwicklung des österreichischen nominellen Warenaußenhandels.....	34
Übersicht 4.2:	Prognose des österreichischen Außenhandels und weiterer Kennzahlen.....	36
Übersicht 4.3:	Handelsbilanz Österreichs im internationalen Vergleich	41
Übersicht 4.4:	Zahlungsbilanzprognose	42

Executive Summary

Während die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie mehr und mehr in den Hintergrund traten, **prägen seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 geopolitische und humanitäre Aspekte die Entwicklung der Weltwirtschaft.** Die europäische Wirtschaft ist besonders von den massiven Energiekostensteigerungen in Folge der kriegsbedingten Rückgänge an russischen Erdgas- und anderen Rohstofflieferungen betroffen. Die hohen Energiekosten verteuerten die Produktion und führten in Europa und darüber hinaus zu einer massiven Beschleunigung der schon vor Kriegsbeginn hohen Inflationsraten. Das hohe Ausgangsniveau der Inflation steht noch mit der COVID-19-Pandemie und den daraus resultierenden Angebotsverknappungen in Zusammenhang. Für die Entwicklung des internationalen Warenhandels bedeutet dies, dass der rasche und V-förmige Erholungspfad nun stark durch den Energiepreisschock gebremst wurde.

Das vorliegende FIW-Jahresgutachten widmet sich der aktuellen Entwicklung der österreichischen Außenwirtschaft. Zunächst werden in Kapitel 2 die veränderten internationalen Rahmenbedingungen dargestellt und diskutiert. Hierbei zeigt sich die deutliche globale Konjunkturabschwächung in Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Das globale Wirtschaftswachstum betrug 2022 moderate 3,4%. Hohe Rohstoff- und Energiepreise belasten die Produktion, die notwendigen geldpolitischen Strafungsmaßnahmen verschlechtern das Investitionsklima und dämpfen die globalen ausländischen Direktinvestitionsaktivitäten. Für das Jahr 2023 muss aus diesen Gründen von einer weiteren Verlangsamung des Weltwirtschaftswachstums auf 1,7% ausgegangen werden. Die globale Konjunkturflaute belastet spätestens seit Herbst 2022 auch den Welthandel und dürfte 2023 zu einer mäßigen Entwicklung führen. **2022 ist der Welthandel um 4% gewachsen, im heurigen Jahr reduziert sich dieses Wachstum auf 1,6%.** Auf Basis dieser internationalen Rahmenbedingungen steht die **Analyse der österreichischen Außenhandelsaktivitäten im abgelaufenen Kalenderjahr 2022 und eine kurz- und mittelfristige Prognose der weiteren Entwicklung im Zentrum des Jahresgutachtens.** Die in Folge des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine massiv gestiegenen Energiepreise und die wirtschaftspolitischen Bemühungen zur Reduktion der Rohstoffabhängigkeit der europäischen und österreichischen Wirtschaft bilden den heurigen Schwerpunkt. Die für die Analyse zur Verfügung stehende Datenbasis endet zumeist mit dem 3. Quartal 2022 und beruht auf vorläufigen Daten. Diese können sich nach der Veröffentlichung des Jahresgutachtens noch ändern. Die hier präsentierten Ergebnisse für das Jahr 2022 beruhen auf einer Prognose der Entwicklung im 4. Quartal. Für die Jahre 2023 und 2024 werden ebenfalls kurzfristige Prognosen für eine Vielzahl von handelsrelevanten Indikatoren vorgestellt. Die mittelfristige Prognose gibt darüber hinaus eine Einschätzung der globalen Außenhandelsentwicklung bis zum Jahr 2027.

Der österreichische Warenhandel entwickelte sich in den ersten drei Quartalen 2022 sehr dynamisch, wobei in beide Verkehrsrichtungen starke Preiseffekte zu beobachten waren. Die Dynamik nahm ab dem 2. Quartal etwas ab, dennoch ist für die österreichische Außenwirtschaft für diese Zeitperiode ein gutes Ergebnis zu verzeichnen. **Der Zuwachs der Warenexporte erreichte bis zum September 18,7% zu laufenden Preisen und real 8,1%.** Im Vergleich zu den anderen EU-Mitgliedsländern hat Österreich mit diesem Wachstum hervorragend abgeschnitten. Die abnehmende Dynamik kann mit den Energiepreissteigerungen und dem konjunkturell bedingten Rückgang der Nachfrage erklärt werden.



Die österreichischen Warenimporte wuchsen gemäß den vorläufigen Daten der Statistik Austria bis zum 3. Quartal 2022 im Vergleich zum Vorjahr nominell um 21,6%. Die realen Importe stiegen lediglich um 5,6% und demnach weniger stark als die realen Exporte. Die Diskrepanz zwischen den realen und nominellen Importwerten ergibt sich aus hohen Importpreissteigerungen von 15,3% zwischen Jänner und September 2022. Durch das höhere nominelle Wachstum der Importe verschlechtern sich die österreichischen Terms-of-Trade, was wiederum die Warenhandelsbilanz belastet. **Bis ins 3. Quartal 2022 erhöhte sich das Handelsbilanzdefizit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um insgesamt 5,5 Mrd. € auf 14,1 Mrd. €.** Das zusätzliche Defizit ist von den Energieimporten getragen, wohingegen sich in einigen Branchen, wie etwa der Stahlerzeugung (+0,84 Mrd. €), die Handelsbilanz verbesserte.

Die österreichischen Dienstleistungsexporte wuchsen in den ersten drei Quartalen real um 25% gegenüber 2021. Die Dynamik dieses Wachstums wurde zum überwiegenden Teil von den Reiseverkehrsexporten getragen. Das Auslaufen von Reise- und Verkehrsbeschränkungen im Zuge der COVID-19-Pandemie hat vor allem in der wichtigen Wintersaison im 1. Quartal 2022 starke Wachstumsimpulse induziert. Die Reiseverkehrsbilanz konnte sich in Folge dieser guten Entwicklung erholen und stieg um 4,4 Mrd. € im Vergleich zu 2021 auf einen Überschuss von 5,8 Mrd. € an. Unterstützt wurde die positive Entwicklung der Dienstleistungsexporte von anderen Branchen, wie etwa den Transportdienstleistungen.

Die österreichischen Dienstleistungsimporte sind bis September 2022 real um 14,1% gestiegen. Der höchste Anteil an den Gesamtimporten entfällt auf Transport- und unternehmensbezogene Dienstleistungen. Analog zur Exportseite wurde das Wachstum jedoch maßgeblich von den Reiseverkehrsimporten, also den Auslandsreisen der Österreicher:innen getrieben. Das größte Wachstum ist hier ebenfalls im 1. Quartal 2022 zu beobachten. Die Terms-of-Trade haben sich negativ (-0,6%) entwickelt, da die Preissteigerungen bei den Dienstleistungsimporten höher als bei den Exporten ausfielen. **Trotzdem verbesserte sich die Dienstleistungshandelsbilanz deutlich. Der positive Dienstleistungsbilanzsaldo stieg bis September 2021 um 4,8 Mrd. € auf 6,2 Mrd. €.**

Die Jahreswerte für 2022 beruhen auf den realisierten Werten der ersten drei Quartale sowie einer Prognose für das letzte Quartal. Hierbei werden die abnehmende Wachstumsdynamik als Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und die Folgen der hohen Energiepreise berücksichtigt. Die Prognose der Wachstumsraten bezieht sich auf die realen (mengenmäßigen) Entwicklungen. Im Gesamtjahr 2022 übertrafen laut Prognose sowohl die realen Waren- als auch die realen Dienstleistungsexportwachstumsraten die entsprechenden Importzuwächse. Der österreichische Warenexport wuchs laut Prognose real um 6,8%, die Dienstleistungsexporte um 17%. Die Warenimporte verzeichneten ein Wachstum von 4,4%, die Dienstleistungsimporte nahmen um 10,9% zu. **Der Gesamtexport von Waren und Dienstleistungen stieg gemäß Prognose real im Jahr 2022 um 8,8%, die Importe nahmen um 5,1% zu.** Durch die Verschlechterung der Terms-of-Trade um 4,7% im Warenhandel wurde der positive Mengeneffekt jedoch vom negativen Preiseffekt mehr als ausgeglichen. **Als Folge hat sich die Warenhandelsbilanz im Vergleich zum Jahr 2021 weiter verschlechtert und wird mit einem Gesamtsaldo von -20,5 Mrd. € deutlich negativ ausfallen.** Der gestiegene Überschuss in der Dienstleistungsbilanz führt neben anderen Faktoren jedoch dazu, dass die Leistungsbilanz im Jahr 2022 annähernd ausgeglichen saldieren wird.

Die Prognose für die Jahre 2023 und 2024 spiegelt den globalen Konjunkturabschwung, der sich in den letzten Monaten bereits abgezeichnet und 2023 vorsetzen dürfte, wider (Übersicht E1). Vor allem das heurige Jahr dürfte sowohl auf der Export- als auch auf der Importseite kaum von Wachstumsimpulsen geprägt sein. **Laut Prognose wachsen die Exporte von Waren und Dienstleistungen real im Jahr 2023 um lediglich 0,3%, wobei die**

Dienstleistungsexporte mit einem Wachstum von 1,2% sich noch etwas positiver entwickeln dürften. Die Gesamtimporte stagnieren ebenfalls bei einem Wachstum von 0,9%, übertreffen dabei aber auf Grund eines höheren Dienstleistungsimportwachstums die Exportseite. Die Importpreise werden gemäß der Prognose weiterhin stärker als die Exportpreise ansteigen.

Übersicht E1: Hauptergebnisse der kurzfristigen Prognose für den österreichischen Außenhandel

	2021	2022 Prognose	2023 Prognose	2024 Prognose
<i>Veränderung gegen das Vorjahr in %</i>				
Exporte real ¹⁾ insgesamt	9,6	8,8	0,3	3,3
Waren lt. AH-Statistik	9,3	6,8	0,1	3,5
Dienstleistungen	1,3	17,0	1,2	3,0
Importe real ¹⁾ insgesamt	13,7	5,1	0,9	3,2
Waren lt. AH-Statistik	14,5	4,4	0,1	3,0
Dienstleistungen	12,2	10,9	3,3	3,7
Terms-of-Trade (Waren)	-1,5	-4,7	-1,0	0,2
<i>Mrd. €</i>				
Handelsbilanz Waren lt. AH-Statistik, nominell	-12,9	-20,5	-23,3	-22,6
<i>In % des BIP</i>	-3,2	-4,6	-4,9	-4,5
Leistungsbilanz nominell	1,4	0,2	-1,8	1,0
<i>In % des BIP</i>	0,4	0,0	-0,4	0,2

Quelle: WIFO-Prognose vom Dezember 2022. – ¹⁾ Referenzjahr 2015, berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen.

Beide Faktoren führen gemeinsam zu einer weiteren Verschlechterung der Handelsbilanz um 2,8 Mrd. € auf einen negativen Gesamtsaldo von -23,3 Mrd. Durch die stärker steigenden Dienstleistungsimporte wird die Dienstleistungsbilanz laut Prognose nicht mehr in der Lage sein, das Defizit in der Warenbilanz und anderer Komponenten der Leistungsbilanz vollkommen auszugleichen. **Die Leistungsbilanz wird 2023 mit einem Wert von -1,8 Mrd. € (entspricht 0,4% des BIP) das erste Mal seit 2001 ein Defizit aufweisen.**

Im Folgejahr 2024 deuten die Prognoseergebnisse auf eine positivere Entwicklung des österreichischen Außenhandels hin. Die Gesamtexporte könnten demnach real um 3,3% und die Gesamtimporte um 3,2% wachsen. Der Waren- und Dienstleistungshandel sollte zu diesem Ergebnis in ähnlichem Ausmaß beitragen. Die Terms-of-Trade sollten sich erstmals leicht um 0,2% verbessern. Als Ergebnis sinkt das Handelsbilanzdefizit um 700 Mio. € auf 22,6 Mrd. €. Die Leistungsbilanz dürfte zu einem leichten Überschuss in Höhe von 1 Mrd. €, entspricht einem BIP-Anteil von 0,2%, zurückkehren.

In Bezug auf die Handelspolitik ergeben sich durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die geopolitischen Folgen eine Reihe von Herausforderungen. Die Importabhängigkeit bei Energieträgern vor allem aus autoritären Staaten birgt ein Versorgungsrisiko und macht die europäische, aber auch österreichische, Wirtschaft verwundbar. Eine zu starke Konzentration auf einzelne Handelspartner kann von diesen für strategische und nichtwirtschaftliche Ziele ausgenutzt werden. Aus wirtschafts- und handelspolitischen Gesichtspunkten kann hierauf zum einen durch eine stärkere Diversifikation der Handelsbeziehungen, beispielsweise durch die Verhandlung von neuen und Ratifizierung von abgeschlossenen Freihandelsabkommen, reagiert werden. Zum anderen würde ein Ausbau von erneuerbaren Energieträgern die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten reduzieren. Bei den hierzu notwendigen Rohstoffen und Vorleistungen besteht jedoch auch eine relativ stark konzentrierte Abhängigkeit von einzelnen Lieferländern. Eine aktive Handelspolitik kann auch in diesem Bereich zu einer stärkeren Diversifikation der Handelsbeziehungen beitragen.

1. Einleitung

Harald Oberhofer

Die ersten Jahre nach dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie im Jahr 2020 waren maßgeblich durch das Infektionsgeschehen sowie die gesundheitspolitischen Wirtschafts- und Verkehrsbeschränkungen bestimmt. Für Österreich als kleine offene Volkswirtschaft, dessen Dienstleistungsexporte in hohem Maße auch vom grenzüberschreitenden Reiseverkehr mitbestimmt werden, war dies eine herausfordernde Zeit. Nach den massiven Einbrüchen in Folge von Lockdowns und ähnlichen restriktiven Maßnahmen im Inland als auch in unseren Wirtschaftspartnerländern konnte sich der Warenaußenhandel nach der Aufhebung der Restriktionen schnell erholen. Über die Zeit führte dies zu einer V-förmigen Außenhandelsentwicklung (Oberhofer et al., 2022).

Im Jahr 2022 rückte die COVID-19-Pandemie zunehmend in den Hintergrund. Die wirtschaftlichen Aussichten waren zu Jahresbeginn relativ optimistisch, obwohl die ab dem Sommer 2021 gestiegenen Inflationsraten und die Omikron-Variante für Unsicherheit sorgten. **Mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 änderte sich jedoch das globale Wirtschaftsumfeld und vor allem die Situation für die Mitgliedsländer der Europäischen Union (EU) rapide.** Obwohl Russland und die Ukraine in den direkten Handelsbeziehungen für Österreich, mit der Ausnahme von russischen Erdgasimporten, von untergeordneter Bedeutung sind, zeigten sich bald nach dem Kriegsbeginn erste Folgen für die österreichische Wirtschaft und Haushalte. Russlands strategische Reduktion von Erdgaslieferungen verursachte einen Energiepreisschock, von dem Österreich durch seine Abhängigkeit von Pipelinegaslieferungen stark betroffen war. Darüber hinaus haben die westlichen Volkswirtschaften einschließlich der EU massive Wirtschaftssanktionen gegen Russland als Reaktion auf den Angriff verhängt.

Das FIW-Jahresgutachten "Die österreichische Außenwirtschaft 2023" untersucht vor diesem Hintergrund die Entwicklung der österreichischen Außenhandelsbeziehungen im abgelaufenen Kalenderjahr 2022 und blickt auf Basis von Prognosen in die nähere und etwas fernere Zukunft. Hierbei wird ein besonderes Augenmerk auf die Entwicklung des österreichischen Außenhandels gelegt. Als diesjähriges Schwerpunktthema wurden aus naheliegenden Gründen die Kriegsfolgen für den österreichischen Export und Import aber auch die mögliche Veränderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs durch den Energiepreisschock und die Abhängigkeit von Energieimporten gewählt. Die vorgestellte kurzfristige Prognose erstreckt sich über die Jahre 2022 bis 2024, die mittelfristige Prognose reicht bis zum Jahr 2027. Für das Jahr 2022 liegen zum Publikationszeitpunkt noch keine endgültigen Daten vor, weshalb das 4. Quartal und damit die Gesamtjahresergebnisse auf Basis von vorläufigen Daten für die ersten drei Quartale prognostiziert werden. Die mittelfristige Prognose bis zum Jahr 2027 widmet sich der zu erwartenden globalen Handelsentwicklung und den Verschiebungen in den Weltexportmarktanteilen zwischen unterschiedlichen Regionen.

In Kapitel 2 werden die internationalen Rahmenbedingungen beleuchtet. Österreich ist eine kleine offene Volkswirtschaft und somit maßgeblich von der internationalen Wirtschaftsentwicklung, wie dem Wachstum der Weltwirtschaft, abhängig. Im Jahr 2022 waren die Rahmenbedingungen relativ gut, wobei das Abflachen der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Dienstleistungshandel das größte Wachstumspotential erlaubte. In der Sachgütererzeugung kam es im Laufe des Jahres auch durch die bis Dezember 2022 restriktive COVID-19-Politik Chinas immer wieder zu Engpässen und Verzögerungen. Das

Abarbeiten hoher Auftragsbestände ermöglichte dem grenzüberschreitenden Warenhandel eine dynamischere Entwicklung in den ersten Kalendermonaten.

Mit dem 24. Februar und dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine änderte sich das weltweite Wirtschaftsumfeld jedoch abrupt. **Geopolitische und geökonomische Überlegungen prägten seit dem Kriegsbeginn die weltwirtschaftliche Entwicklung und werden diese auch in den kommenden Jahren bestimmen.** Russland drosselte seine Rohstofflieferungen, vor allem von Erdgas, um über die wirtschaftlichen Folgen politischen Druck auf die davon abhängigen EU-Mitgliedsländer, wie etwa Deutschland und Österreich, auszuüben. Die massiven Steigerungen der Energiekosten führten zu einer enormen Beschleunigung der Inflation. Die EU und andere westliche Staaten reagierten auf den Angriffskrieg mit massiven Wirtschaftssanktionen gegen die elftgrößte Volkswirtschaft der Welt. Die Weltwirtschaft entwickelte sich trotz der ungünstigen Rahmenbedingungen relativ gut, wobei die Dämpfung der Wachstumsdynamik vor allem im zweiten Halbjahr eingesetzt hat.

Im dritten Kapitel dieses Jahresgutachtens werden die österreichischen Außenwirtschaftsaktivitäten mit einem Fokus auf die Entwicklung der Exporte und Importe in den Waren- und Dienstleistungsbranchen für das Jahr 2022 dargestellt und analysiert. Die Darstellung beruht auf vorläufigen Daten für die ersten drei Jahresquartale. Da in den letzten Jahren die amtliche Statistik immer wieder von größeren Revisionen zwischen den vorläufigen und den endgültigen Daten geprägt war, können sich in den Wochen nach dem Erscheinen dieses Jahresgutachtens für das Jahr 2022 noch Änderungen ergeben. Das Kapitel analysiert darüber hinaus die österreichische Abhängigkeit von Energieimporten und dessen Veränderung über die Zeit. Die meisten hierzu aktuell verfügbaren Daten enden mit dem Kalenderjahr 2021. Aktuellere Jahresdaten für die Energieimporte stehen noch nicht zur Verfügung.

Auf Basis der vorliegenden Daten kann eine positive Entwicklung des österreichischen Außenhandels für die ersten drei Quartale 2022 festgestellt werden. Ab dem 2. Quartal nahm die Dynamik zwar etwas ab, trotzdem blieb das Wachstum relativ robust. Auf Grund der starken Preissteigerungen sowohl für Exporte als auch für Importe unterscheidet sich die nominelle und reale Entwicklung im Jahr 2022 stark. Bei den Importen ist der Unterschied in der realen und nominellen Entwicklung vor allem durch die stark gestiegenen Preise für Energieimporte noch stärker ausgeprägt. **Der österreichische Dienstleistungshandel konnte in den ersten drei Quartalen ein dynamisches Wachstum verzeichnen.** Getragen wurde diese Entwicklung vor allem von den österreichischen Reiseverkehrsexporten, die vom Auslaufen von (grenzüberschreitenden) Reise- und Verkehrsbeschränkungen durch das Abflauen der COVID-19-Pandemie profitierten. Die Importe von Dienstleistungen nahmen in den ersten drei Quartalen 2022 ebenfalls zu, allerdings in geringerem Ausmaß als die Exporte. Die Dienstleistungsbilanz verbessert sich somit.

Kapitel 4 des Jahresgutachtens präsentiert eine kurzfristige Prognose der österreichischen Außenhandelsbeziehungen für die Jahre 2022 bis 2024. Da die endgültigen Daten für das abgelaufene Kalenderjahr noch nicht vorliegen, wird die weitere Import- und Exportentwicklung auf Basis der Daten für die ersten drei Quartale sowie der Daten für 2021 prognostiziert. Die Gesamtwerte für 2022 setzen sich somit aus einer Mischung aus den realisierten Werten und einer Prognose zusammen. In der Prognose werden die abnehmende Wachstumsdynamik als Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sowie die Folgen der hohen Energiepreise berücksichtigt.

Der Gesamtexport von Waren und Dienstleistungen wuchs laut Prognose real im Jahr 2022 um 8,8%, die Importe nahmen mengenmäßig um 5,1% zu. Durch die deutlich stärker gestiegenen

Importpreise verschlechterten sich laut Prognose die Terms-of-Trade im Warenhandel. Als Folge dominiert in der Handelsbilanz der negative (relative) Preiseffekt den positiven Mengeneffekt, was zu einer weiteren Verschlechterung des Saldos geführt hat. **Gemäß Prognose wird sich der negative Saldo in der Handelsbilanz im Jahr 2022 auf 20,5 Mrd. € belaufen.** Die österreichische Leistungsbilanz 2022 sollte annähernd ausgeglichen saldieren und einen geringfügigen Überschuss in Höhe von 200 Mio. € erzielen.

Die Prognose für 2023 und 2024 zeigt ein heterogenes Bild. Das Jahr 2023 dürfte sich in Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und der gestiegenen Energiekosten wirtschaftlich wenig erfreulich gestalten. Die österreichischen Terms-of-Trade verschlechtern sich gemäß der Prognose durch stärker steigende Importpreise weiter. Die Handelsbilanz wird sich weiter verschlechtern. Die Dienstleistungsbilanz wird diesen Abgang sowie die Entwicklung in anderen Teilbereichen nicht mehr vollständig kompensieren können, auch weil 2023 die Dienstleistungsimporte rascher als die Dienstleistungsexporte steigen werden. Als Folge wird die Leistungsbilanz erstmalig seit dem Jahr 2001 ein Defizit aufweisen. **Im Folgejahr 2024 deuten die Prognoseergebnisse im Zuge der Erholung der Weltwirtschaft auf eine wieder etwas freundlichere Entwicklung des österreichischen Außenhandels hin.**

Kapitel 5 widmet sich der mittelfristigen Entwicklung im globalen Handel bis zum Jahr 2027 und diskutiert die aktuell wichtigsten Herausforderungen für das Welthandelssystem. Demnach stellen sich über diesen mittelfristigen Prognosehorizont einige bereits bekannte, aber ausgelöst durch den russischen Angriffskrieg, auch neue Herausforderungen. Die geoökonomischen Veränderungen durch den Krieg sowie die Notwendigkeit die Resilienz der eigenen Wirtschaftssysteme vor allem im Bereich der Zukunftstechnologien zu stärken, stehen hierbei im Vordergrund.

Eine geoökonomische Folge des russischen Angriffskriegs sind neue Befürchtungen über die Abhängigkeit der europäischen Wirtschaft von Handelsbeziehungen mit autoritären Staaten. Dies betrifft vor allem Importe von kritischen Rohstoffen sowie fossilen Energieträgern. Die EU reagiert hierauf nun mit einer handelspolitischen Offensive gegenüber demokratischen Staaten. Einige EU-Staaten plädieren etwa für die Ratifizierung des bereits im Jahr 2019 ausverhandelten Handelsabkommens mit den Mercosur-Staaten. Gleichzeitig werden zusätzliche Maßnahmen zur Stärkung der Unabhängigkeit durch industriepolitische Maßnahmen, wie etwa dem "Chips Act" und die "Important Projects of Common European Interest" (IPCEI), forciert.

Die Prognose der Entwicklung der mittelfristigen Weltmarktanteile bis ins Jahr 2027 zeigt, dass die Verschiebung des wirtschaftlichen Gravitationszentrums in Richtung Asien und vor allem China weiter anhält. Aktuelle wirtschaftspolitische Programme, wie etwa der US-amerikanische "Inflation Reduction Act" (IRA) oder die mögliche europäische Reaktion in Form des "Net-Zero Industry Act", setzen sich jedoch auch zum Ziel, diese Verschiebung der Weltmarktanteile, vor allem in den Zukunftstechnologien, zu bremsen. In den aktuellen Modellberechnungen sind diese Maßnahmen noch nicht berücksichtigt, da sich erst noch zeigen muss, inwiefern diese effektiv sind und China wahrscheinlich mit eigenständigen industriepolitischen Maßnahmen reagieren dürfte.

Das abschließende Kapitel fasst die Hauptergebnisse aus dem FIW-Jahresgutachten zusammen und formuliert wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen. Es wird auf mögliche Politikmaßnahmen zur Reduktion der Energieimportabhängigkeit sowie bei den Zukunftstechnologien eingegangen und die Möglichkeiten einer zukünftigen aktiven Handelspolitik diskutiert. Darüber hinaus wird auf zusätzliche Herausforderungen, wie etwa dem Arbeitskräftemangel, eingegangen.

2. Internationale Rahmenbedingungen

Vasily Astrov

2.1 Konjunktorentwicklung

2.1.1 Globale Konjunkturentwicklung

Das globale BIP-Wachstum fiel 2022 mit geschätzten 3,4% recht unspektakulär aus (Übersicht 2.1). Während in der ersten Jahreshälfte noch eine Hochkonjunktur zu beobachten war, wurden ab der zweiten Jahreshälfte die Auswirkungen der geldpolitischen Straffung als Antwort auf die hohe Inflation zunehmend spürbar. Die Vermögenspreise waren generell im Sinkflug, die Investitionen schwächelten und die Immobilienmärkte in vielen Ländern erlebten einen Einbruch. In vielen Schwellenländern wurden diese Effekte durch Kapitalabflüsse verstärkt (World Bank, 2023).

Auch die Auswirkungen des im Februar 2022 ausgebrochenen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine bremsten die globale Konjunktur. Die westlichen Länder verhängten (Wirtschafts-)Sanktionen gegen Russland¹⁾, die auch negative Rückkopplungseffekte auf die eigene Wirtschaft sowie Gegenmaßnahmen seitens Russlands (etwa in Form von verminderten Gaslieferungen in die EU-Länder) zur Folge hatten. In der kriegsgebeutelten **Ukraine** brach das BIP im Vorjahr um 30% ein, während **Russlands** Wirtschaft sich relativ widerstandsfähig gegenüber den Sanktionen erwies und lediglich einen BIP-Rückgang von 2,5% hinnehmen musste (wiw, 2023). Die Rezession in diesen zwei Ländern (sowie im benachbarten Belarus) erklärt im Wesentlichen, warum es im letzten Jahr in der Region Mittel-, Ost- und Südosteuropa als Ganzes (MOSOEL 23 in Übersicht 2.1) zum Wachstumsstillstand gekommen ist. Gleichzeitig expandierte die Wirtschaft in den **neuen EU-Mitgliedsländern** (EU 11 in Übersicht 2.1) um solide 4%, und auch die **EU** insgesamt verzeichnete ein 3,6%-iges Wirtschaftswachstum, wenn auch das Wachstum in der zweiten Jahreshälfte deutlich an Schwung verlor.

Für das Jahr 2023 rechnet der IMF in seiner jüngsten Prognose mit einer Verlangsamung des globalen BIP-Wachstums auf 2,9% (Übersicht 2.1). Hohe Rohstoffpreise, weitere Zinsanhebungen und geringer fiskalpolitischer Spielraum in vielen Ländern dürften die Wirtschaftsaktivität bremsen. Die Unsicherheiten sind zuletzt gestiegen, der globale Economic Policy Uncertainty (EPU) Index kletterte im Oktober 2022 auf seinen dritthöchsten Stand der letzten zehn Jahre²⁾. Erst in der zweiten Jahreshälfte 2023 sollte die globale Konjunktur wieder etwas an Fahrt aufnehmen und für 2024 wird aus heutiger Sicht mit einem globalen BIP-Wachstum von 3,1% gerechnet.

¹⁾ Mit etwa 13.000 verhängten Sanktionen ist Russland derzeit das mit Abstand am meisten sanktionierte Land der Welt (<https://www.castellum.ai/russia-sanctions-dashboard>).

²⁾ <https://www.policyuncertainty.com/index.html>. Die beiden früheren Peaks wurden im pandemiegeplagten Jahr 2020 verzeichnet.

Übersicht 2.1: Reale BIP-Entwicklung in den wichtigsten Volkswirtschaften

Veränderung gegen das Vorjahr in %

	2018	2019	2020	2021	2022 Schätzung	2023 Prognose	2024 Prognose
Welt	3,6	2,8	-3,2	5,9	3,4	2,9	3,1
EU 27	2,1	1,8	-5,7	5,4	3,6	0,6	2,1
USA	2,9	2,3	-2,8	5,9	2,0	1,4	1,0
Japan	0,6	-0,2	-4,5	1,7	1,4	1,8	0,9
EU 11	5,0	4,0	-3,4	6,3	4,0	1,4	2,6
MOSOEL 23	3,6	2,6	-2,0	6,8	0,0	0,3	2,6

Anmerkung: EU 11 umfasst Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Polen, Rumänien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Kroatien. MOSOEL 23 umfasst EU 11, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Belarus, Kasachstan, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Russland, Türkei, Ukraine, Kosovo.

Quelle: Welt, USA und Japan: OECD; 2022 Schätzung und Prognosen: IMF, World Economic Outlook Update, Jänner 2023. EU 27: Eurostat; 2022 Schätzung und Prognose für 2023: WIFO Dezember 2022; Prognose für 2024: wiw, Jänner 2023. EU 11 und MOSOEL 23: wiw, Jänner 2023.

In der EU dürfte das Wachstum heuer im Jahresdurchschnitt nahezu zum Stillstand kommen (+0,6%). Nach einer möglichen Rezession in der ersten Jahreshälfte wird mit einer Belebung der wirtschaftlichen Aktivität ab Mitte des Jahres gerechnet. Dabei sind die Unsicherheiten in Europa derzeit besonders groß. Die schlimmsten Szenarien, wie die Energierationierungen oder die Ausbreitung des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine auf andere Länder Europas, sind bislang nicht eingetreten. Unterstützt durch milde Witterungsbedingungen im Winter, hat die EU bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Kriegs erhebliche Widerstandsfähigkeit gezeigt. Sollte jedoch Russland eine neue militärische Offensive in den kommenden Monaten starten, könnte sich der Krieg wieder auf einen größeren Teil der Ukraine erstrecken, mit möglicherweise weiterreichenden wirtschaftlichen Folgen für die EU.

2.1.2 Konjunktorentwicklung in den wichtigsten österreichischen Handelspartnern

Deutschland, der wichtigste Handelspartner Österreichs, verzeichnete 2022 ein BIP-Wachstum von nur 1,8% (Übersicht 2.2). Die Reallohnverluste infolge der hohen Inflation bremsten die Entwicklung des privaten Konsums, während die großen Unsicherheiten, stark angestiegene Energiepreise und der Rohstoffmangel die Performance der Industrie und der Investitionen beeinträchtigten. Die Schwäche der heimischen Nachfrage in Deutschland wird auch heuer anhalten, während die Exporte aufgrund des zuletzt sehr hohen Auftragsvolumens gut abschneiden dürften (OECD, 2022). In Summe wird für Deutschland im Jahr 2023 annähernd mit einer BIP-Stagnation gerechnet. In **Frankreich** und **Italien**, die relativ weniger von der russischen Energie abhängig sind, wird das Wachstum heuer zwar im positiven Bereich bleiben, aber mit weniger als 1% sehr unspektakulär ausfallen.

Die **USA** meldeten im Vorjahr eine BIP-Wachstumsrate von nur 2,0%, weil die Auswirkungen der drastischsten geldpolitischen Straffung auf die Wirtschaft durch das massive Sparpaket in Höhe von etwa 5 Prozentpunkten des BIP verstärkt wurden (World Bank, 2023). Diese Faktoren werden auch heuer noch eine Rolle spielen und das BIP-Wachstum voraussichtlich auf 1,4% reduzieren. In **China** waren beispielsweise strenge Lockdowns über große Strecken des Jahres, Dürre sowie die anhaltende Immobilienkrise für eine (für chinesische Verhältnisse) sehr niedrige BIP-Wachstumsrate von 3,0% im Vorjahr verantwortlich. Allerdings sollte sich die Wirtschaftsdynamik in China heuer dank der jüngsten radikalen Abkehr von der früheren Null-COVID-Politik wieder beschleunigen, auf erwartete 5,2%.

Übersicht 2.2: Reale BIP-Entwicklung der wichtigsten österreichischen Handelspartner
Veränderung gegen das Vorjahr in %

	2018	2019	2020	2021	2022 Schätzung	2023 Prognose	2024 Prognose
1 Deutschland	1,0	1,1	-3,7	2,6	1,8	-0,1	1,4
2 Italien	0,9	0,5	-9,0	6,7	3,8	0,4	0,9
3 USA	2,9	2,3	-2,8	5,9	2,0	1,4	1,0
4 Schweiz	2,9	1,1	-2,4	4,2	2,0	0,2	2,0
5 Polen	5,9	4,5	-2,0	6,8	4,6	1,7	2,4
6 Frankreich	1,9	1,8	-7,8	6,8	2,6	0,6	1,6
7 Ungarn	5,4	4,9	-4,5	7,1	4,9	-1,2	1,7
8 Tschechien	3,2	3,0	-5,5	3,6	2,0	1,0	2,8
9 China	6,7	6,1	2,2	8,1	3,0	5,2	4,5
10 Vereinigtes Königreich	1,7	1,6	-11,0	7,6	4,4	-0,9	0,9

Quelle: Deutschland, Italien, Frankreich und Schweiz: Eurostat; 2022 Schätzung und Prognose für 2023: WIFO Dezember 2022; Prognose für 2024: EC Autumn Report, November 2022. Vereinigtes Königreich: OECD; 2022 Schätzung und Prognose für 2023: WIFO Dezember 2022; Prognose für 2024: EC Autumn Report, November 2022. USA und China: OECD; 2022 Schätzung und Prognosen: IMF, World Economic Outlook Update, Jänner 2023. Tschechien, Ungarn und Polen: wiw Annual Database; 2022 Schätzung und Prognosen: wiw Jänner 2023.

In **Polen** und **Ungarn** expandierte die Wirtschaft 2022 ungeachtet geographischer Nähe zur kriegsgebeutelten Ukraine um nahezu 5%, wobei vor allem in Ungarn die Anzeichen einer Überhitzung zu beobachten waren. Für heuer ist allerdings in Polen mit einer deutlichen Konjunkturabkühlung (auf +1,7%) zu rechnen, während Ungarn als einer von nur zwei Top-10 österreichischen Handelspartnern (neben dem Vereinigten Königreich) eine Rezession verzeichnen wird. Neben eingeleiteten restriktiven fiskalpolitischen Maßnahmen nach den Wahlen letztes Jahr werden auch das Ausbleiben bzw. die Kürzungen von EU-Transfers (angesichts der Nicht-Einhaltung von EU-Kriterien in puncto Rechtstaatlichkeit) die Wirtschaftsdynamik in Ungarn belasten (wiw, 2023).

2.2 Wechselkurse und FDI

2.2.1 Geldpolitik und Wechselkurse

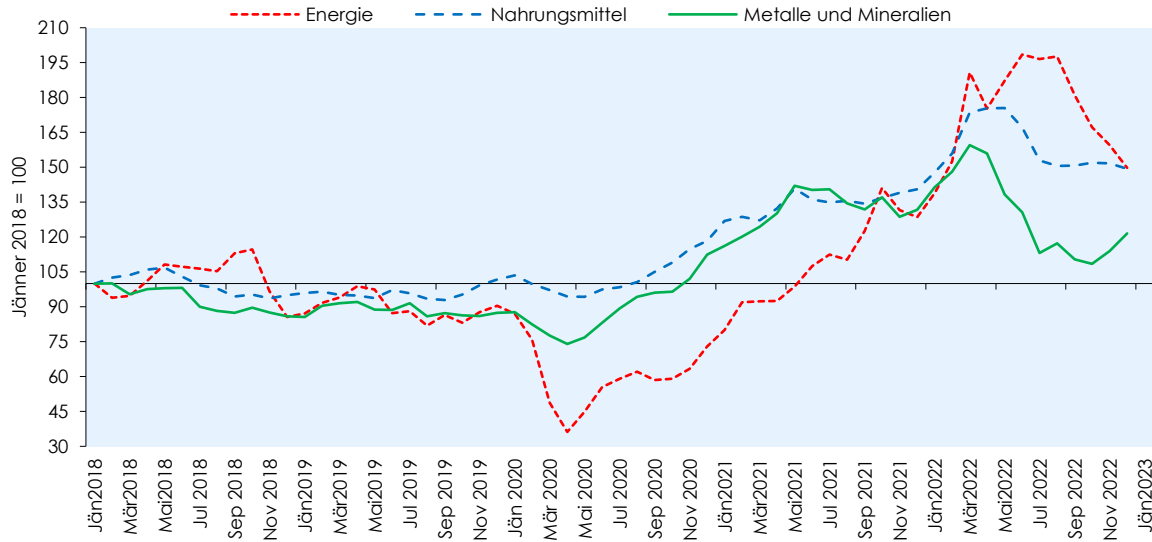
Die Energie- und Lebensmittelpreise sind im Zuge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine stark angestiegen und haben die Inflation gespeist. Eine Inflationsbeschleunigung, vor allem infolge der COVID-19-bedingten Lieferunterbrechungen und der Verschiebungen der Nachfragestruktur von Dienstleistungen hin zu Gütern, fand bereits vor dem Krieg statt. Der Krieg hat dieser Entwicklung einen weiteren Schub gegeben. Die Sanktionen gegen russische Ölexporte und die Kürzungen von Gaslieferungen seitens Russlands hatten zunächst einen deutlichen Anstieg der Energiepreise zur Folge. Im Jahresdurchschnitt 2022 kletterte der Ölpreis (Brent) auf 100 \$ pro Fass und lag damit (auf US-Dollar-Basis) um 42% höher als im Jahr zuvor (World Bank, 2023). Auch die Preise für mehrere wichtige Agrarwaren, wie Weizen, Mais und Zucker, haben zunächst deutlich angezogen. Russland und die Ukraine waren historisch gesehen wichtige Lebensmittel- (vor allem Getreide-) Produzenten und -Exporteure³⁾. Die meisten ukrainischen Meereshäfen, über die ein Großteil dieser Exporte abgewickelt wurde, sind jedoch im Laufe des Jahres für mehrere Monate kriegsbedingt ausgefallen (obwohl das Ende Juli 2022 beschlossene Schwarzmeergetreideabkommen⁴⁾ eine Entspannung mit sich

3) Vor dem Krieg zeigten sich diese zwei Länder etwa für ein Drittel der globalen Getreideexporte verantwortlich.

4) <https://www.un.org/en/black-sea-grain-initiative>.

brachte). Insgesamt lagen die Energiepreise 2022 (im Jahresdurchschnitt) um 60% und die Lebensmittelpreise um 18% höher als 2021. Dagegen waren die Preise für Metalle und Mineralien sogar leicht rückläufig, was in erster Linie mit dem konjunkturellen Abschwung in China zusammenhängt (Abbildung 2.1).

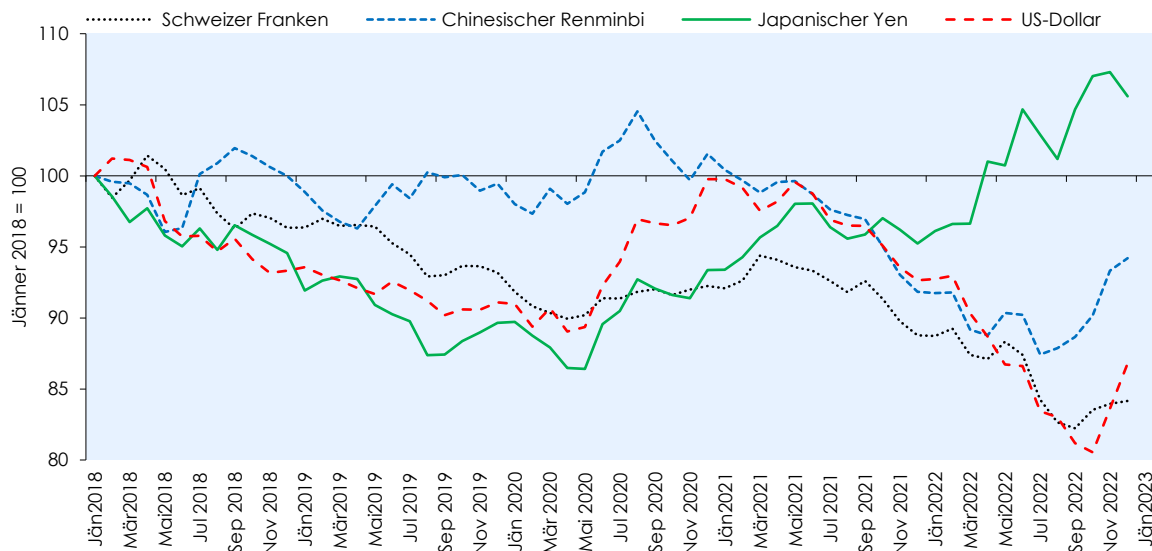
Abbildung 2.1: Entwicklung des globalen Rohstoffpreisindex



Quelle: Weltbank.

In vielen Ländern, darunter auch im Euro-Raum, wurde der Preisanstieg für Energie und Lebensmittel zusätzlich durch die Währungsabwertungen vorangetrieben. Zwischen Jänner und Oktober 2022 verlor der Euro nominell etwa 13% gegenüber dem US-Dollar an Wert, wenn auch die Hälfte dieser Verluste bis Ende des Jahres wieder rückgängig gemacht werden konnte (Abbildung 2.2).

Abbildung 2.2: Nominelle Wechselkursentwicklung des Euro gegenüber wesentlichen Weltwährungen



Anmerkung: Wechselkurse ausgedrückt als jeweilige nationale Währung je Euro. Ein steigender (fallender) Index zeigt daher eine Aufwertung (Abwertung) des Euro an.

Quelle: Eurostat, wiiv-Berechnungen.

Auch gegenüber manchen anderen Weltwährungen hat der Euro an Wert eingebüßt, etwa gegenüber dem Schweizer Franken (-5% zwischen Jänner 2022 und Oktober 2022), obwohl er gegenüber dem japanischen Yen im selben Zeitraum um 10% aufgewertet hat. Die generelle Euro-Schwäche im vorigen Jahr könnte auf mehrere Faktoren zurückgeführt werden, wie die Verzögerung der EZB bei der geldpolitischen Normalisierung (etwa im Vergleich zur Fed), vor allem aber auf die Sorgen der Finanzmärkte über die wirtschaftlichen Aussichten im Euro-Raum vor dem Hintergrund des Kriegs in der benachbarten Ukraine.

Neben den gestiegenen Rohstoffpreisen spielte auch die starke Zunahme der Konsumnachfrage eine Rolle, die mit einer zeitlichen Verzögerung von den pandemiebedingten geld- und fiskalpolitischen Unterstützungspaketen profitierte. Das lässt sich anhand der starken Beschleunigung der Kerninflation, die 2022 im globalen Durchschnitt auf 6% kletterte, was dem höchsten Wert seit 1992 entspricht, ablesen (World Bank, 2023). Die Gesamtinflation (gemessen an den Verbraucherpreisen) erreichte im Jahresdurchschnitt 8,8% (IMF, 2023).

In fast allen Ländern mit Inflation-Targeting wurde das Inflationsziel deutlich übertroffen, was eine drastische geldpolitische Drosselung veranlasst hat. Dies gilt in erster Linie für die US-amerikanische Fed, die ihren Leitzins seit März 2022 fünf Mal um insgesamt 3,5 Prozentpunkte angehoben hat, auf derzeit 4,25% bis 4,5%. Auch die EZB hat Mitte 2022 mit einer Straffung der Geldpolitik begonnen und sowohl den Satz für die Einlagefazilität als auch den Hauptrefinanzierungssatz um insgesamt 2,5 Prozentpunkte angehoben⁵⁾. Da die geldpolitischen Schritte in vielen Teilen der Welt weitgehend synchronisiert wurden, haben sich die globalen Finanzierungskonditionen drastisch verschlechtert.

Mittlerweile scheint der Höhepunkt der Inflation bereits überwunden zu sein. Spätestens seit Mitte 2022 waren die meisten Rohstoffpreise, darunter auch der Ölpreis, aufgrund der weltweiten Konjunkturabflachung wieder rückläufig (Abbildung 2.1). Gegen Jahresende haben dazu auch die neu verhängten EU-Sanktionen gegen russisches Erdöl⁶⁾ beigetragen⁷⁾. Die Erdgaspreise in Europa waren seit dem Höhepunkt im August 2022 ebenfalls rückläufig, was den gut gefüllten Speichern und den relativ milden Witterungsbedingungen zu verdanken war. Die Lebensmittelpreise waren bereits seit Mai 2022 im Sinkflug (Abbildung 2.1), nicht zuletzt aufgrund der guten Ernte in vielen Teilen der Welt. Auch die Konjunkturabkühlung hat den Preisanstieg deutlich gebremst. Infolge dieser Entwicklungen hat sich die Verbraucherpreisinflation zuletzt stabilisiert und ist etwa im Euro-Raum in den einstelligen Bereich (auf Jahresbasis) zurückgefallen. Der IMF rechnet mit einem Rückgang der globalen Inflation auf 6,6% für 2023 und 4,3% für 2024 (IMF, 2023).

Trotzdem sind die meisten Zentralbanken von dem Erreichen ihrer Inflationsziele noch weit entfernt, was weitere Zinsanhebungen mit sich bringen wird (wenn auch wahrscheinlich in einem geringeren Tempo als bisher). Das Ziel wird dabei vor allem darin bestehen, der Entstehung einer klassischen Lohn-Preis-Spirale, wie sie etwa in den 1970er-Jahren des 20. Jahrhunderts zu beobachten war, möglichst vorzubeugen, damit sich die hohen

⁵⁾ https://www.ecb.europa.eu/stats/policy_and_exchange_rates/key_ecb_interest_rates/html/index.en.html.

⁶⁾ Diese Sanktionen beinhalteten das weitgehende Importembargo für russisches Rohöl und die Einführung einer Preisobergrenze für Öllieferungen in Drittländer (in der Höhe von 60 \$ pro Fass). Ab dem 5. Februar 2023 ist zudem das Importembargo für russische Ölprodukte in Kraft getreten.

⁷⁾ Zwischen Mitte Dezember 2022 und Mitte Jänner 2023 sank der durchschnittliche Preis von Urals auf 46 \$ pro Fass und lag damit um mehr als 40% unterhalb vom Brent-Preis.

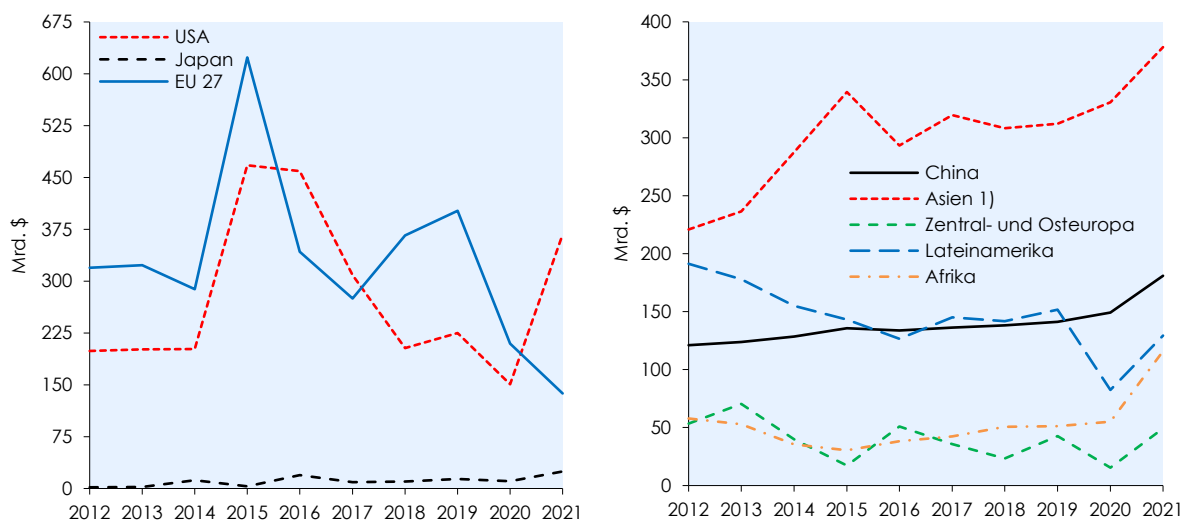
Inflationserwartungen nicht verfestigen. Auch die Energiepreise werden trotz jüngster Rückgänge kaum auf das Niveau vor dem Krieg zurückkehren. So erwartet beispielsweise die Weltbank für heuer einen durchschnittlichen Rohölpreis von 88 \$ pro Fass, der deutlich oberhalb von 70,4 \$ pro Fass im Jahre 2021 liegt (World Bank, 2023). Die Erdgaspreise könnten aufgrund der erwarteten starken Produktionskürzung in Russland⁸⁾ zumindest in Europa noch längere Zeit (deutlich) über dem historischen Durchschnittsniveau liegen.

2.2.2 FDI-Entwicklungen

Die Erholung der globalen FDI-Flüsse von dem COVID-19-bedingten Einbruch ließ im Zuge der jüngsten Konjunkturabkühlung deutlich nach. Gestiegene Finanzierungskosten im Zuge geldpolitischer Straffung bremsten vor allem die Dynamik der internationalen Projektfinanzierungen und grenzüberschreitender Unternehmensfusionen und Übernahmen (M&As). Das weltweite Volumen der internationalen Projektfinanzierungsprojekte ging im Vorjahr um mehr als 30% und das von M&As um 6% zurück, wobei vor allem die USA einen starken Einbruch um 53% erlebten.

Im Gegenteil dazu waren die Greenfield-Projekte noch im Steigen begriffen, vor allem aufgrund lebhafter Dynamik in der ersten Jahreshälfte 2022. Die Anzahl der angekündigten (neuen) Greenfield-Projekte stieg im Vorjahr um 6% an, wobei dieser Anstieg in erster Linie durch Zuwächse in Asien (+32%) und Nordamerika (+18%) bedingt war. In der EU sind diese dagegen um 15% gesunken, wobei alle großen EU-Mitgliedstaaten (mit Ausnahme Italiens) Rückgänge verbuchten. Auch China verzeichnete im Vorjahr einen Rückgang von 31% der Anzahl der Greenfield-Projekte (UNCTAD, 2023).

Abbildung 2.3: FDI-Flüsse in die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer



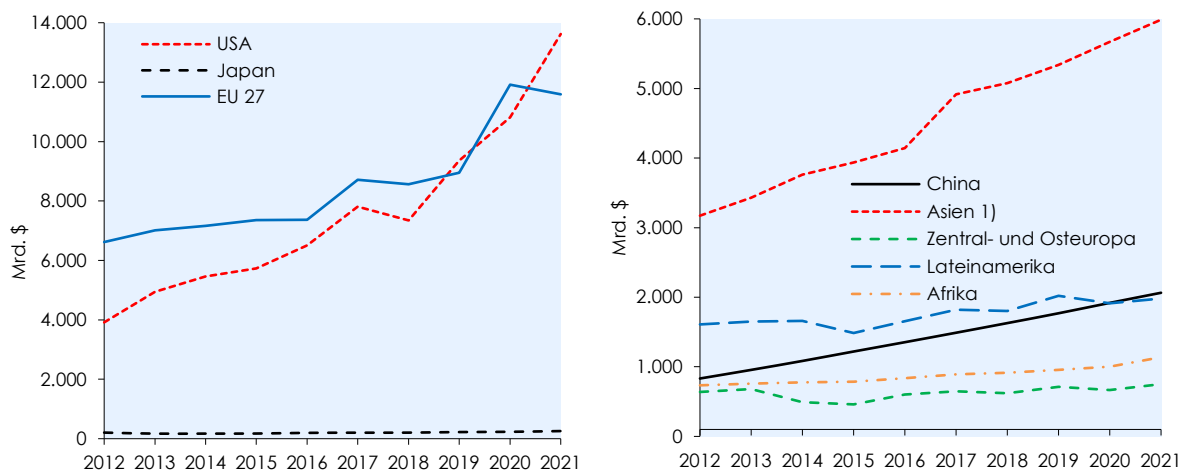
Quelle: UNCTAD, wiw-Berechnungen.- 1) Mit Hongkong und Taiwan.

Die Greenfield-Projekte haben sich zuletzt stark auf die Halbleiterchipproduktion und erneuerbare Energien konzentriert. Unter den zehn größten Investitionsprojekten weltweit, die 2022 angekündigt wurden, waren sechs in erneuerbare Energien und drei in die

⁸⁾ Russland kann einen großen Teil des Gases, das früher nach Europa verkauft wurde, nicht ohne Weiteres Richtung Asien umleiten, solange die entsprechende Pipeline-Infrastruktur nicht gebaut ist.

Halbleiterchipproduktion (UNCTAD, 2023). Das Letztere ist eine direkte Folge des globalen Chipmangels und der Umstrukturierung globaler Wertschöpfungsketten. Was erneuerbare Energien betrifft, war Europa mit mehr als 700 FDI-Projekten in den ersten neun Monaten von 2022 für mehr als die Hälfte aller Projekte in diesem Sektor weltweit verantwortlich (UNCTAD, 2022). Diese Investitionen verfolgen das Ziel, die EU-Länder von russischen Energieimporten zunehmend zu entkoppeln.

Abbildung 2.4: FDI-Bestände in den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern



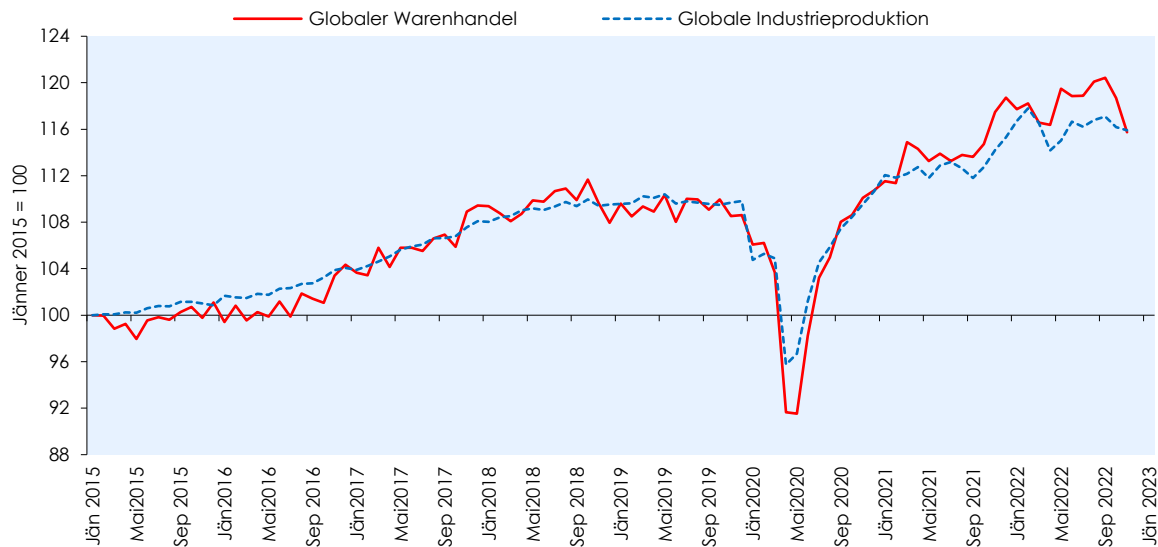
Quelle: UNCTAD, wiw-Berechnungen. – 1) Mit Hongkong und Taiwan.

In ihrer letzten Prognose rechnet die UNCTAD mit einer weiteren Abschwächung der globalen FDI-Aktivität (UNCTAD, 2023). Die globale Konjunktur wird sich heuer voraussichtlich weiter abkühlen, die globalen Unsicherheiten sind groß und die Finanzierungskosten dürften im Zuge der bevorstehenden Zinsanhebungen weiter steigen. All dies wirkt sich dämpfend auf ausländische Direktinvestitionsaktivitäten aus.

2.3 Entwicklung des Außenhandels

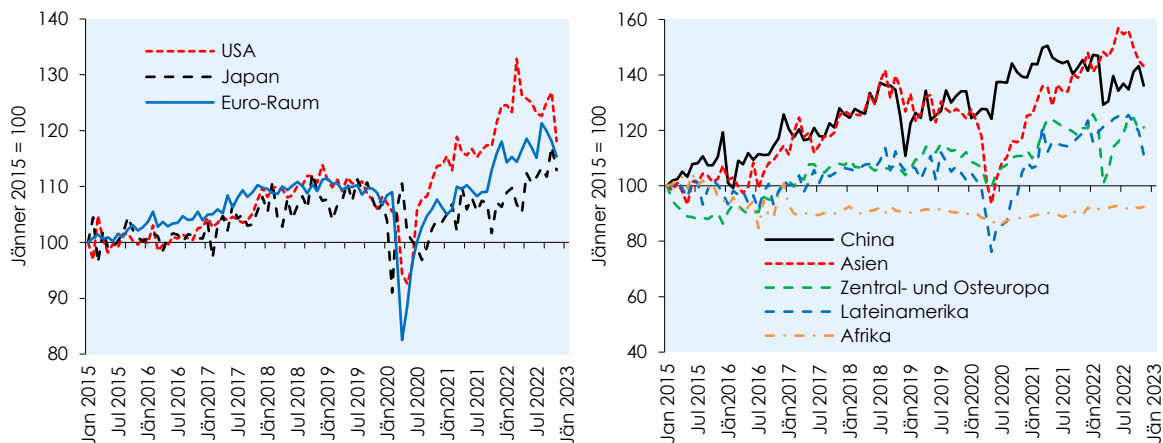
Die Erholung des Außenhandels mit Gütern nach dem COVID-19-bedingten Einbruch hat im September 2022 ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. Während das weltweite Güterhandelsvolumen 2021 um 10,3% zulegen konnte, verlangsamte sich die Expansion auf 0,5% im 1. Quartal 2022 (auf Quartalsbasis), auf 0,6% im 2. Quartal und auf 1,3% im 3. Quartal. Im November 2022 nahm das Momentum (die Veränderung des gleitenden 3-Monatsdurchschnitts gegenüber dem Durchschnitt der vorhergehenden 3 Monate) mit -0,8% einen rückläufigen Wert an (Hendriks et al., 2023). Auf Monatsbasis war der Rückgang noch deutlicher zu sehen: -1,4% im Oktober 2022, gefolgt von -2,5% im November (Abbildung 2.5). Der jüngste Rückgang der Güterimporte war, mit Ausnahme Afrikas, in allen Weltregionen zu beobachten (Abbildung 2.6) und ging mit einem Rückgang der globalen Industrieproduktion einher, wenn auch in etwas abgeschwächter Form (Abbildung 2.5).

Abbildung 2.5: Entwicklung des Welthandels (real) und der globalen Industrieproduktion



Anmerkung: Globale Industrieproduktion – Ländergewichtung nach Industrieproduktion.
Quelle: Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis (CPB), World-trade monitor.

Abbildung 2.6: Entwicklung der Warenimporte (real) in den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern



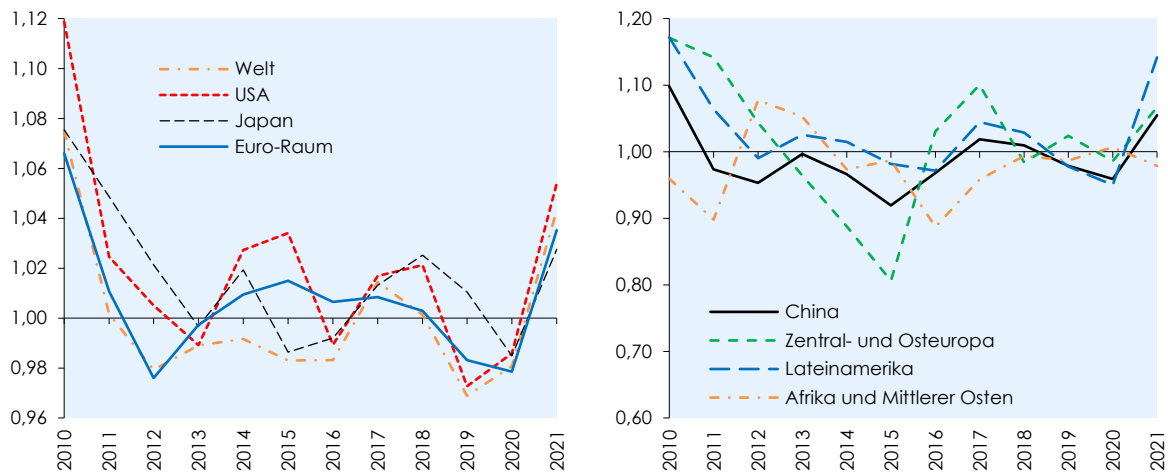
Quelle: Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis (CPB), World-trade monitor.

Die jüngste Umkehr des Güterhandels ist nur teilweise auf die Konjunkturschwäche zurückzuführen, auch die Verschiebung der Nachfragestrukturen hat eine Rolle gespielt. Die Struktur des privaten Konsums in vielen Teilen der Welt hat sich nach dem ursprünglichen COVID-19-bedingten Schock inzwischen weitgehend "normalisiert". Dabei hat sich die Nachfrage nach vielen Dienstleistungen (wie etwa dem Reiseverkehr), die in der Anfangsphase der Pandemie besonders stark eingebrochen war, zuletzt wieder erholt und entwickelte sich dynamischer als die Güternachfrage. Diese Strukturverschiebung manifestierte sich auch in den unterschiedlichen Wachstumsraten des Handels mit Gütern und Dienstleistungen. Auf der positiven Seite ist zu verbuchen, dass die Verschiebung der Nachfragestruktur zu einer Abnahme der im Zuge der COVID-19-Pandemie entstandenen globalen Lieferengpässe führte. Die Transportkosten sind in der zweiten Jahreshälfte 2022 gesunken, und die Lagerbestände haben sich wieder normalisiert (World Bank, 2023). Die

weniger starken globalen gesundheitspolitischen Beschränkungen haben hierzu positiv beigetragen.

Abbildung 2.7: Einkommenselastizität des Handels

Verhältnis des Wachstums der realen Güterimporte zum realen BIP-Wachstum



Quelle: Warenhandel - Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis (CPB), World-trade monitor; BIP - wiiw-Berechnungen.

Nach 10,4% 2021 und 5,4% im Vorjahr dürfte sich das globale Außenhandelswachstum von Gütern und Dienstleistungen heuer auf nur 2,4% verlangsamen (IMF, 2023). Mittelfristig könnte es auch durch die zunehmende Fragmentierung der Weltwirtschaft beeinträchtigt werden. Die Anzeichen einer solchen Fragmentierung konnte man bereits im vergangenen Jahrzehnt klar beobachten. Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008/09, der Brexit, die Zunahme eigener Produktion von Zwischenprodukten in China und die Zuspitzung der Handelsspannungen zwischen den USA und China, globale Lieferengpässe im Zuge der COVID-19-Pandemie (und die damit verbundenen Reshoring- und Nearshoring-Trends) sowie zuletzt der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine haben zu dieser Entwicklung beigetragen. Als Ergebnis ist der Offenheitsgrad der globalen Wirtschaft (definiert als die Summe von Exporten und Importen im Verhältnis zum BIP), der seit den 1950er-Jahren und bis zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008/09 nahezu ununterbrochen kontinuierlich gestiegen war, in der letzten Dekade bei etwa 55% stagniert (Aiyar et al., 2023)⁹⁾.

⁹⁾ Das vergangene Jahrzehnt wird aus diesem Grund auch oft als die Zeit der "slowbalization" bezeichnet.

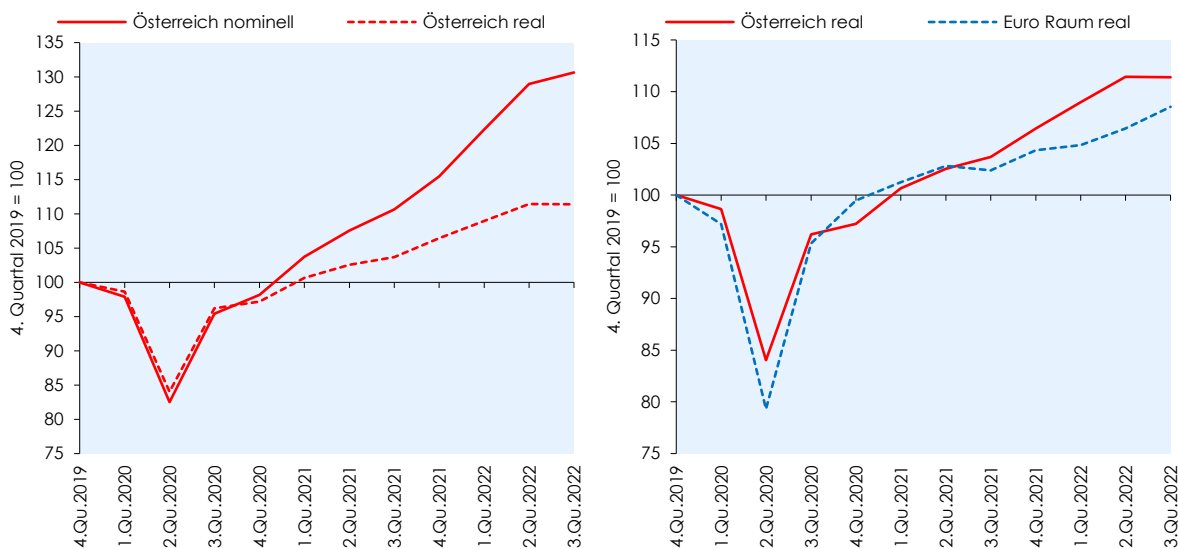
3. Lage der österreichischen Außenwirtschaft bis zum 3. Quartal 2022

Bettina Meinhart

3.1 Überblick

Die Nachwirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine verschlechterten die internationalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den österreichischen Außenhandel. Die dämpfenden Effekte gewannen aber erst verzögert die Überhand. In der ersten Jahreshälfte 2022 nahmen die Warenexporte und -importe trotz der gestiegenen Unsicherheiten und Preissteigerungen noch deutlich zu. Wichtige Gründe dafür waren hohe Auftragsbestände der Sachgütererzeugung, die aufgrund von Lieferengpässen weniger schnell als üblich abgebaut wurden sowie der Aufbau von Vorsorgelagern und hohe Energieimporte. Danach flachte die Dynamik ab und die weiteren Steigerungen waren vor allem preisgetrieben. Folglich erhöhte sich der Außenhandel energieintensiver Waren. Der Dienstleistungshandel belebte sich nach den COVID-19-bedingten Schwierigkeiten, wobei insbesondere der Wintertourismus zu Beginn des Jahres 2022 zu einer Verbesserung der Dienstleistungsbilanz beitrug.

Abbildung 3.1: Entwicklung der Warenexporte Österreichs und des Euro-Raums
Saisonbereinigt



Anmerkung: Um Saisoneffekte und Arbeitstage bereinigte Exportwerte.
Quelle: Statistik Austria, Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Trotz der negativen wirtschaftlichen Einflüsse expandierten die österreichischen Warenexporte stark, insbesondere im Vergleich zu anderen EU-Ländern. Bis September 2022 entwickelten sich die österreichischen Warenexporte sehr dynamisch, wobei sich die Wachstumsdynamik ab dem 2. Quartal 2022 etwas abschwächte. Der Zuwachs der saisonbereinigten Warenexporte erreichte bis September 2022 18,6% zu laufenden Preisen (nominell) und 8,1% zu konstanten Preisen (real). Der wachsende Abstand zwischen nomineller und realer Entwicklung spiegelt die gestiegenen Exportpreise wider (Abbildung 3.1). Im Vergleich zum Euro-Raum zeigt sich,

dass Österreichs Warenexporte überdurchschnittlich stark gestiegen sind. Kaum ein anderes EU-Land konnte die Entwicklung der österreichischen Warenexporte bis Ende des 2. Quartals 2022 übertreffen (vgl. Wolfmayr, 2022).

Übersicht 3.1: Entwicklung der österreichischen Warenimporte von Rohstoffen aus Russland und der Ukraine

Nominell							
	2021	2021	1.-3.Qu. 2022		2021	2021	1.-3.Qu. 2022
	Anteile am Import aus der Welt in %	Anteile am Gesamt- import in %	Veränd. in %		Anteile am Import aus der Welt in %	Anteile am Gesamt- import in %	Veränd. in %
Russland				Ukraine			
Rohstoffe	3,52	6,20	-24,0	Rohstoffe	7,83	61,45	-1,7
And. mineral. Rohst. (Schlack.)	19,94	1,68	39,3	Eisenerze, Konzentrate	41,23	58,93	-3,7
Erze v. unedlen Metall., Konzentr.	13,69	0,41	-48,6	Ölsaaten, ölhalt. Früchte	8,15	0,52	1,7
Eisenerze, Konzentr.	9,18	2,95	-63,1	Brennholz, Holzkohle	4,57	0,11	11,9
Alle Waren	2,62	100,00	102,3	Alle Waren	0,59	100,00	12,6

Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macroband.

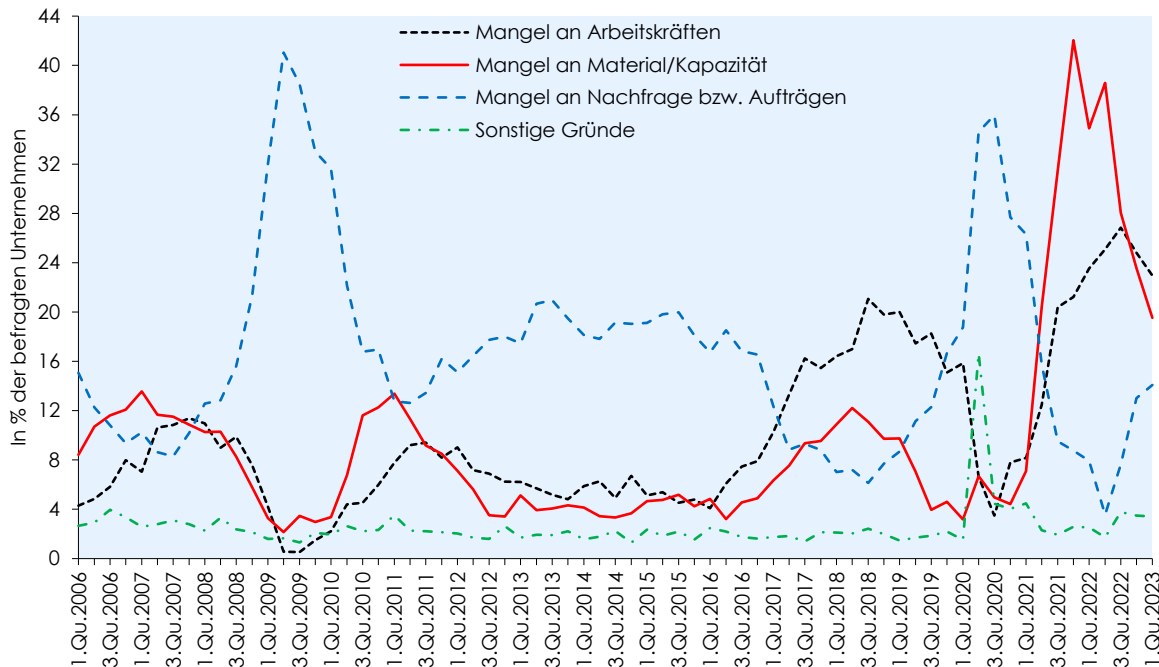
Aus verschiedenen Gründen wirken sich die durch den Krieg verursachten negativen Wirtschaftsaussichten auch dämpfend auf den Welthandel und den österreichischen Außenhandel aus. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine beeinträchtigt die Produktion russischer und ukrainischer Unternehmen und damit auch direkt den Außenhandel mit diesen Ländern. Die Sanktionen gegen Russland und dessen Gegenmaßnahmen wirken sich direkt auf den Handel aus, weil bestimmte Güter wie Erdöl, Kohle, Stahl und Luxusgüter sanktioniert wurden, und indirekt durch Einschränkungen der Handelswege und der Finanztransaktionen. Die angespannte Situation führt zu Unsicherheiten bei den russischen Brenn- und Rohstofflieferungen – insbesondere bei Erdgas. Die Ungewissheit über den Lieferstopp hat die Energiepreise weiter in die Höhe getrieben und in Folge auch zu massiven Preissteigerungen bei anderen Waren geführt. Dies wiederum führte zu Verwerfungen in der Sachgüterproduktion und verschärfte die auf Grund von Versorgungsschwierigkeiten und der COVID-19-Pandemie verursachten Engpässe auf der Angebotsseite. Zusätzlich sind von den Verwerfungen in der Sachgüterproduktion Wertschöpfungsketten betroffen und es ergeben sich indirekte Effekte durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine über die negativen Einflüsse auf wichtige Handelspartner Österreichs, die eng mit Russland oder der Ukraine verflochten sind, wie etwa die mittel- und osteuropäischen Länder.

Russland und die Ukraine sind für den österreichischen Außenhandel gesamtwirtschaftlich von geringer Bedeutung, aber in ausgewählten Warengruppen wie den Rohstoffen gibt es eine stärkere wirtschaftliche Verflechtung und Abhängigkeit. Der Anteil der österreichischen Importe aus Russland an den Gesamtimporten betrug im Jahr 2021 nur 2,6%, jener aus der Ukraine 0,6%. Neben den Brennstoffimporten aus Russland, die in Kapitel 3.2 näher erläutert werden, sind für Österreich vor allem die Rohstoffimporte aus Russland von Bedeutung, die 3,5% der österreichischen Rohstoffeinfuhren im Jahr 2021 ausmachten. Insbesondere Eisenerze und deren Konzentrate, Erze von unedlen Metallen und andere mineralische Rohstoffe, vor allem Schlacken, werden in großer Menge importiert. Die Rohstoffimporte aus Russland sind bis zum 3. Quartal 2022 mit 24% stark gesunken, wobei der Rückgang auf den Einbruch bei Eisenerzen zurückzuführen ist. Ebenfalls relevant für Österreich sind die Rohstoffimporte aus der Ukraine, die 7,8% aller österreichischen Importe in dieser Warengruppe ausmachen. Dies entspricht einem

Anteil von 61,5% aller Importe Österreichs aus der Ukraine. Besonders hervorzuheben sind hier Eisenerze und deren Konzentrate sowie Ölsaaten und Brennholz bzw. Holzkohle (Übersicht 3.1). Bis zum 3. Quartal 2022 sind die Rohstoffimporte aus der Ukraine rückläufig, allerdings sind diese Rückgänge stark von der Entwicklung der ersten Monate des Jahres 2022 getrieben.

Die Problematik der Lieferengpässe und der Materialknappheit entspannt sich langsam, bleibt aber auf hohem Niveau. Dies wird unter anderem auch durch Lieferprobleme aus Russland, der Ukraine und Belarus beeinflusst. Laut Ergebnissen der Sonderumfrage zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests wirkten sich die daraus entstandenen Engpässe insbesondere auf die österreichische Bauwirtschaft aus (Hözl et al., 2022). Im WIFO-Konjunkturtest nannte die Mehrheit der Unternehmen Preissteigerungen bei Energie und Vorleistungen als Grund für die kriegsbedingten Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit. Wenn weniger Erdgas zur Verfügung stünde, würde dies bei vielen Unternehmen zu einem Produktionsrückgang führen. Da Erdgas für die österreichische Wirtschaft auch im Herstellungsprozess vieler Produkte und Dienstleistungen eine Rolle spielt, sorgte die Diskussion um Erdgas-Lieferstopps seitens Russlands in Österreich für große Besorgnis. Einige Branchen sind direkt von Erdgas abhängig und praktisch jeder andere Sektor ist indirekt von der Verteuerung der Vorleistungen wie Strom, Papier oder Chemikalien betroffen (Böheim et al., 2022). Insgesamt betrachtet, werden von den Unternehmen Materialengpässe und der Mangel an Arbeitskräften als wichtigste Produktionshemmnisse angeführt. Zuletzt hat aber auch, in Folge der sich verlangsamenden Wachstumsdynamik, der Mangel an Neuaufträgen als Hindernis der Geschäftstätigkeit an Bedeutung gewonnen.

Abbildung 3.2: Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit in der Sachgütererzeugung



Quelle: WIFO-Konjunkturtest.

Im österreichischen Dienstleistungsaußenhandel hat sich nach den pandemiebedingten Einschränkungen der Vorjahre im Jahr 2022 vor allem der Reiseverkehr dynamisch entwickelt.

Der Reiseverkehr lieferte damit bis zum 3. Quartal 2022 die höchsten Wachstumsbeiträge. Auch die anderen für Österreich wichtigen Dienstleistungssektoren, Transport und unternehmensbezogene Dienstleistungen, die eng mit dem Warenexport verbunden sind,

konnten nach einer bereits guten Entwicklung im Jahr 2021 erneut Zuwächse verzeichnen. Trotz der Zuwächse im Dienstleistungsexport im Vergleich zum Vorjahreszeitraum liegen die Reiseverkehrsexporte laut den Prognosen im Jahr 2022 bei lediglich 72% des Vorkrisenniveaus von 2019. Die sonstigen Dienstleistungen (ohne Reiseverkehr) konnten bereits im Jahr 2022 das Vorkrisenniveau übertreffen (vgl. Kapitel 4.1).

3.2 Warenaußenhandel

Die österreichischen Warenexporte stiegen im Vergleich zum Vorjahr stark an, wobei sich die Dynamik ab Mai 2022 abschwächte. Basierend auf den vorläufigen Daten der Statistik Austria zeigt sich ein kräftiges Wachstum bis zum 3. Quartal 2022 im Vorjahresvergleich zu laufenden Preisen (nominell) in Höhe von 18,7% und zu konstanten Preisen (real) von 8,1% (Übersicht 3.2). Damit ergibt sich nominell der bisher höchste Wert der Warenexporte, der historisch bis zum Ende des 3. Quartals des Jahres erreicht wurde. Der große Unterschied zwischen der nominellen und der realen Veränderung spiegelt die gestiegenen Exportpreise wider. Trotz des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine Ende Februar hat sich der Warenexport damit vor allem im ersten Halbjahr robust entwickelt (Abbildung 3.3).

Die Auswirkungen des im Februar 2022 begonnenen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine machten sich erst im späteren Jahresverlauf bemerkbar. Bis Mai 2022 überwogen die positiven Effekte eines hohen Auftragsbestandes der ausländischen Investitionsgüterindustrie, insbesondere jener Deutschlands, für die die österreichische Sachgütererzeugung ein wichtiger Zulieferer ist. Auch der Aufbau von Vorsichtslagern, um den entstandenen Unsicherheiten entgegenzuwirken, stützte den österreichischen Warenexport. Danach flachte die Entwicklung ab, da die negativen Folgen des Kriegs, insbesondere durch den ausgelösten Energiepreisschock, hoher Inflation und einer Dämpfung der internationalen Konjunktur die Oberhand gewannen.

In den ersten drei Quartalen 2022 stiegen die österreichischen Warenimporte gemäß den vorläufigen Daten der Statistik Austria im Vergleich zum Vorjahr nominell um 21,6% und damit etwas stärker als die nominellen Warenexporte (Übersicht 3.2). Hingegen wuchsen die realen Importe lediglich um 5,6% und demnach weniger stark. Dies ist eine Folge der sehr hohen Importpreissteigerungen von 15,3% von Jänner bis September 2022.

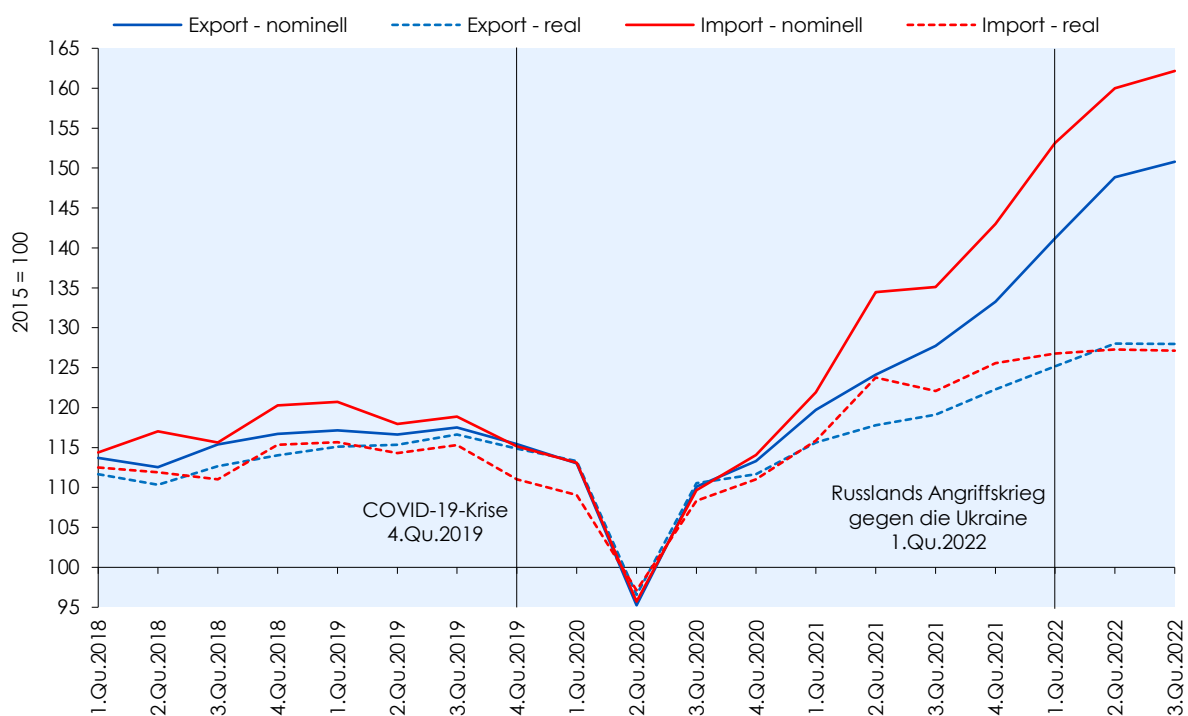
Übersicht 3.2: Österreichs Warenaußenhandel im Überblick

	Ex- port	Ex- port	Ex- port	Ex- port	Im- port	Im- port	Im- port	Im- port	Han- dels- bilanz	Han- dels- bilanz	ToT ¹⁾
	Nom. Mrd. €	Nom. Ver- änd. in %	Real Ver- änd. in %	Preise ¹⁾ Ver- änd. in %	Nom. Mrd. €	Nom. Ver- änd. in %	Real Ver- änd. in %	Preise ¹⁾ Ver- änd. in %	Nom. Mrd. €	Nom. Ver- änd. in Mrd. €	Ver- änd. in %
1.-3.Qu.2021	121,6	16,1	9,5	6,1	130,3	22,9	15,0	6,9	-8,6	-7,4	-0,8
1.-3.Qu.2022	144,3	18,7	8,1	9,7	158,4	21,6	5,6	15,3	-14,1	-5,5	-4,8
1.Qu.2021	39,2	4,4	0,5	3,9	40,9	7,8	5,5	2,2	-1,7	-1,3	1,7
2.Qu.2021	41,3	31,4	23,0	6,9	45,1	40,6	28,5	9,4	-3,8	-3,1	-2,3
3.Qu.2021	41,2	15,0	7,0	7,4	44,2	23,2	12,5	9,4	-3,0	-3,0	-1,8
4.Qu.2021	43,9	16,2	8,7	6,9	48,2	25,3	13,1	10,8	-4,2	-3,6	-3,5
1.Qu.2022	47,0	20,0	9,7	9,3	51,4	25,7	10,2	14,0	-4,4	-2,7	-4,1
2.Qu.2022	49,2	19,3	8,1	10,4	53,7	19,1	2,3	16,4	-4,5	-0,7	-5,2
3.Qu.2022	48,1	16,8	6,6	9,5	53,3	20,5	4,5	15,3	-5,2	-2,1	-5,0

Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Preise laut VGR.

Bei den saisonbereinigten Warenimporten zeigt sich ein Aufwärtstrend. (Abbildung 3.3). Das Importwachstum entwickelte sich von Jänner bis Mai 2022 sehr dynamisch, wobei sich die Preissteigerungen bei Energie und Vorprodukten in den nominellen Werten noch deutlicher als beim Warenexport niederschlugen. Die Entwicklung zu konstanten Preisen verlief deutlich schwächer und stagnierte bereits ab dem 2. Quartal. Die entstandenen Unsicherheiten und Verwerfungen im Welthandel begünstigten zunächst noch den Aufbau von Vorsichtslagern. Ab dem Frühjahr sank die Einfuhr der Energiemengen. Darüber hinaus dämpften die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und insbesondere die schwache heimische Investitionskontunktur die reale Importdynamik zunehmend.

Abbildung 3.3: Entwicklung der österreichischen Warenexporte und -importe
Saisonbereinigt



Anmerkung: Um Saisoneffekte und Arbeitstage bereinigte Export- und Importwerte.
Quelle: WIFO-Berechnungen.

Der Terms-of-Trade-Schock belastet die Warenhandelsbilanz. Bis ins 3. Quartal 2022 erhöhte sich das Defizit der Handelsbilanz im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um insgesamt 5,5 Mrd. € auf ein Gesamtsaldo von -14,1 Mrd. €. Dazu trug die Verschlechterung des Verhältnisses der Export- zu den Importpreisen (Terms-of-Trade, ToT) um 4,8% im Vorjahresvergleich wesentlich bei. Dies ist eine direkte Folge der hohen Energie- und Rohstoffpreise, die einen größeren Einfluss auf die österreichischen Importe als auf die Exporte ausüben. Darüber hinaus wirkten sich die Inflation sowie die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar preistreibend auf die Importe aus.

Die deutlichen Zuwächse der österreichischen Intra-EU-Warenexporte sind breit gestreut. Die Ausfuhren Österreichs in die EU stiegen bis zum Ende des 3. Quartals 2022 im Vorjahresvergleich um 19,5% (Übersicht 3.3). Am meisten trugen die wichtigsten EU-Märkte zum Gesamtwachstum der österreichischen Exporte bei (Abbildung 3.4). Unter den Top-10 Exportmärkten Österreichs fiel das Wachstum besonders hoch bei den Exporten nach Ungarn (+30,7%), Frankreich

(+27,7%), Italien (+21,4%) und in die Schweiz (+19,2%) aus. Im Detail zeigt sich, dass die Zuwächse bei den österreichischen Exporten nach Ungarn auf das 1. Quartal 2022 zurückzuführen sind und die größten Wachstumsbeiträge von den Warengruppen Brennstoffe, bearbeitete Waren, Maschinen und Fahrzeuge stammen. Das Exportwachstum nach Frankreich ist wie in vergangenen Jahren neuerlich stark von den Sondereffekten der Ausfuhr von pharmazeutischen Erzeugnissen beeinflusst (seit 2010 unregelmäßige, stark schwankende Lieferungen von Polypeptidhormonen)¹⁰⁾. Nach Italien wurden die Exportzuwächse von Lieferungen bearbeitbarer Waren und Maschinen getragen.

Übersicht 3.3: Entwicklung des österreichischen Warenaußenhandels nach Regionen und Top-10-Exportmärkten

Nominell

	Export 2021 Anteile in %	Export 1.-3-Qu. 2022 Veränd. in %	Import 2021 Anteile in %	Import 1.-3-Qu. 2022 Veränd. in %	Handelsbilanz 1.-3-Qu. 2022 Mrd. €	Handelsbilanz 1.-3-Qu. 2022 Veränderung in Mrd. €
Intra-EU 27	68,1	19,8	66,7	19,5	-4,84	-0,62
Euro-Raum 19	51,9	18,9	53,0	18,4	-7,02	-0,82
EU 6	14,5	22,8	12,3	24,5	1,89	0,13
EU Rest	1,7	20,5	1,4	18,4	0,30	0,08
MOEL 5	15,3	23,9	13,6	26,1	1,03	-0,11
Extra-EU 27	31,9	16,3	33,3	25,9	-9,27	-4,87
Westbalkan	1,0	25,4	0,9	31,6	-0,06	-0,07
Schwarzmeerraum	1,4	6,7	1,9	22,3	-1,28	-0,45
NAFTA	8,4	18,6	3,7	9,3	6,37	1,39
6 dyn. Länder Asiens	2,3	22,1	2,1	24,8	-0,07	-0,07
BRIC	5,2	11,6	10,8	47,9	-12,66	-5,65
Deutschland	30,2	16,7	33,1	18,4	-8,37	-1,83
Italien	6,8	21,4	6,5	16,4	0,09	0,36
USA	6,7	17,6	3,2	9,6	4,65	0,99
Schweiz	5,2	19,2	5,7	1,7	-0,29	1,09
Polen	4,0	12,9	3,2	21,4	0,37	-0,28
Frankreich	3,8	27,7	2,5	12,9	2,05	0,83
Ungarn	3,7	30,7	2,6	19,3	1,72	0,70
Tschechien	3,6	20,4	4,3	32,8	-1,92	-0,89
China	2,9	11,9	7,3	32,7	-8,50	-2,65
Vereinigtes Königreich	2,7	16,8	1,6	51,1	0,96	-0,43
Insgesamt	100,0	18,7	100,0	21,6	-14,11	-5,49

Anmerkung: EU 6 = Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn; EU Rest = Dänemark, Schweden; MOEL 5 = Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn; Westbalkan = Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien; Schwarzmeerraum = Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Türkei, Ukraine; 6 dynamische Länder Asiens = Hongkong, Malaysia, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand; BRIC = Brasilien, Russland, Indien, China.

Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Eine deutliche Expansion war bei den österreichischen Extra-EU-Warenexporten zu verzeichnen, allerdings stiegen die Exporte nicht in alle Länder gleich stark an. Das Wachstum der Extra-EU-Warenexporte Österreichs belief sich bis ins 3. Quartal 2022 auf 16,3%. Überdurchschnittlich stark stiegen die Warenexporte Österreichs in die USA, die sich insbesondere ab Mai 2022 dynamisch entwickelten. Im (nach der USA und Schweiz) drittgrößten Extra-EU-Exportmarkt China nahmen die Warenexporte im Vergleich zum Vorjahr um 11,9% zu. Allerdings entwickelten sich die Ausfuhrwerte über die einzelnen Produktgruppen hinweg sehr heterogen, wobei die stärksten Zuwächse bei Rohstoffen, Personenkraftwagen und Kraftfahrzeugen zu verzeichnen waren. Im Gegensatz dazu sanken

¹⁰⁾ Das Wachstum der österreichischen Warenexporte nach Frankreich reduziert sich ohne Berücksichtigung der Warengruppe der Polypeptidhormone bis zum 3. Quartal 2022 von 27,7% auf 18,3% gegenüber dem Vorjahr.

die österreichischen Warenexporte nach Russland (-3,5%) und in die Ukraine (-18,6%). Diese Entwicklung wird weiter unten noch näher ausgeführt.

Abbildung 3.4: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Warenexporte nach Regionen und Top-5-Exportmärkten



Anmerkung: EU 6 = Bulgarien, Rumänien, Kroatien, Polen, Tschechien, Ungarn; EU Rest = Dänemark, Schweden.
Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Veränderung gegen das Vorjahr in %.

Im Vergleich zu den österreichischen Warenexporten stiegen die nominellen Warenimporte, beeinflusst durch die hohen Energiepreise, stärker an. Da fossile Energieträger zu einem Großteil importiert werden, entwickelten sich auch die österreichischen Wareneinfuhren aus Extra-EU-Ländern dynamischer (+25,9%) als jene aus Intra-EU-Ländern (+19,5%). Die Importe aus dem Vereinigten Königreich (+51,1%), aus Tschechien (+32,8%), China (+32,7%) und Polen (+21,4%) verzeichneten den größten Anstieg. Die hohe Wachstumsrate der Importe aus dem Vereinigten Königreich ist auf Goldlieferungen (Untergruppe der "sonstigen Waren") zurückzuführen, die etwa die Hälfte des Importwachstums ausmachten. Aber auch die Einfuhren von Brennstoffen und Energie spielten bei den Importen aus dem Vereinigten Königreich eine große Rolle. Dasselbe gilt für das Importwachstum aus Tschechien, wobei die Einfuhren von Brennstoffen und Energie den größten Wachstumsbeitrag zu den tschechischen Importen lieferten. Aus China stiegen die Importe von Waren nach Österreich aufgrund der Lieferungen von Maschinen und konsumnahen Fertigwaren.

Übersicht 3.4: Entwicklung des österreichischen Warenaußenhandels nach Warengruppen
Nominell

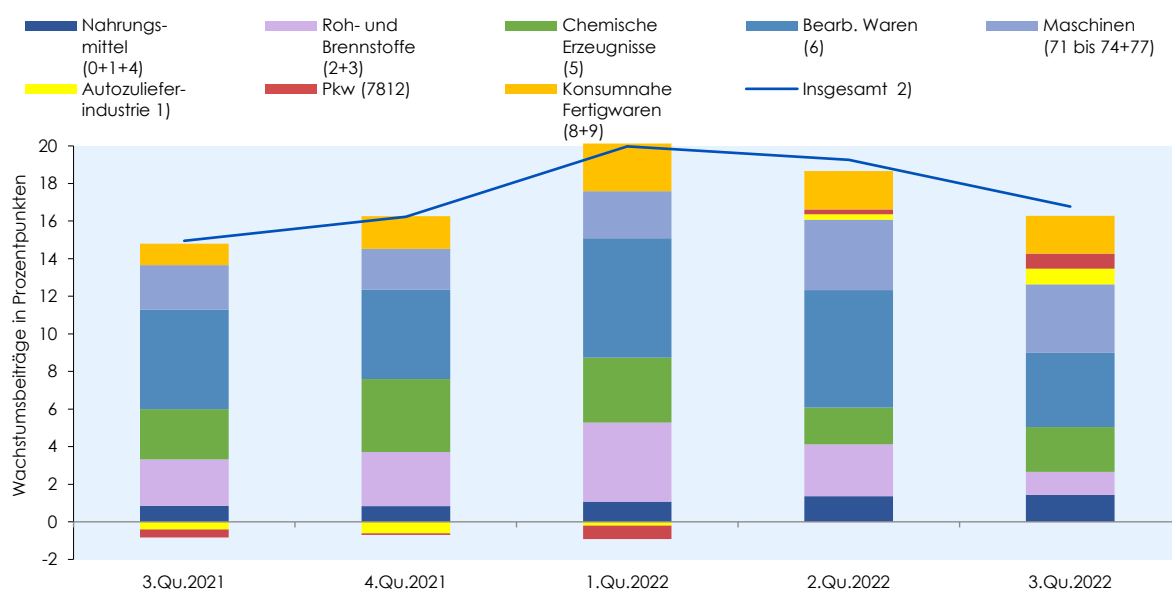
	Export 2021 Anteile in %	Export 1.-3-Qu.2022 Veränd. in %	Import 2021 Anteile in %	Import 1.-3-Qu.2022 Veränd. in %	Handelsbilanz 1.-3-Qu.2022 Mrd. €	Handelsbilanz 1.-3-Qu.2022 Veränderung in Mrd. €
Nahrungsmittel	7,9	16,3	7,0	18,4	0,38	-0,12
Rohstoffe	3,5	16,9	4,6	12,8	-1,88	-0,05
Holz	1,5	14,6	1,0	11,3	0,54	0,11
Brennstoffe	2,5	92,3	7,8	108,7	-13,11	-7,04
Chemische Erzeugnisse	15,3	17,0	14,7	12,9	-0,39	0,62
Bearbeitete Waren	21,3	25,6	16,3	25,4	5,98	1,26
Papier	2,6	39,4	1,2	30,4	2,37	0,77
Textilien	1,1	10,4	1,2	4,2	-0,21	0,07
Eisen, Stahl	5,1	39,9	3,2	38,6	2,83	0,84
Maschinen, Fahrzeuge	37,0	11,7	33,1	9,4	2,48	1,18
Maschinen	23,7	13,9	18,6	15,0	4,65	0,33
Autozulieferindustrie	4,9	6,3	3,9	-2,1	1,27	0,50
Pkw	4,3	3,0	4,4	3,6	-0,71	-0,05
Konsumnahe Fertigwaren	10,7	14,3	13,8	12,7	-5,47	-0,44
Insgesamt	100,0	18,7	100,0	21,6	-14,11	-5,49

Anmerkung: Maschinen (SITC 71 bis 74+77); Autozulieferindustrie (SITC 7132+7139+781-7812+784); Pkw (SITC 7812).

Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

In allen Warengruppen fielen die österreichischen Exportzuwächse im Vergleich zum Vorjahr positiv aus (Übersicht 3.4). Österreichs Exporte stiegen am stärksten bei Brennstoffen und Energie und in energieintensiven Branchen, wie der Stahl- und Papiererzeugung, wobei der Wachstumsbeitrag der Exporte bis zum 3. Quartal 2022 bei bearbeiteten Waren, chemischen Erzeugnissen und Maschinen am höchsten war. In der Autozulieferindustrie und bei Pkw war der Wachstumsbeitrag im 1. Quartal 2022 noch negativ, dies änderte sich jedoch ab Mai (Abbildung 3.5). Ein ähnliches Bild zeigt sich auf der Importseite mit einem starken Importwachstum in den von den hohen Energiepreisen betroffenen Branchen. Lediglich die Autozulieferindustrie verzeichnete leichte Rückgänge, beeinflusst durch die Schwierigkeiten im deutschen Automobilsektor.

Abbildung 3.5: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Warenexporte nach Warengruppen (SITC)



Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) SITC 7132+7139+781-7812+784. – 2) Veränderung gegen das Vorjahr in %.

Die weitere Verschlechterung der Handelsbilanz wurde durch den Außenhandel mit Brennstoffen und Energie getragen, während es in anderen Warengruppen eine positive Entwicklung gab. Der Saldo der Exporte und Importe verschlechterte sich aufgrund teurer Energieimporte um 5,5 Mrd. €. Dagegen verbesserte sich die Handelsbilanz in einigen Warengruppen, u. a. bei chemischen Erzeugnissen (+0,62 Mrd. €), Papier (+0,77 Mrd. €), Stahl (+0,84 Mrd. €) und in der Autozulieferindustrie (+0,50 Mrd. €).

Übersicht 3.5: Entwicklung des österreichischen Warenaußenhandels mit Russland und der Ukraine

Nominell

	Export 2021 Anteile am Export in die Welt in %	Export 2021 Anteile in %	Export 1.-3.Qu. 2022 Veränd. in %	Import 2021 Anteile am Import aus der Welt in %	Import 2021 Anteile in %	Import 1.-3-Qu.2022 Veränd. in %
Russland						
Nahrungsmittel	1,55	10,09	36,4	0,10	0,27	34,3
Rohstoffe	0,99	2,90	8,7	3,52	6,20	-24,0
Brennstoffe	0,02	0,05	593,5	29,07	86,61	123,0
Chemische Erzeugnisse	2,55	32,23	23,6	0,21	1,19	-19,4
Bearbeitete Waren	0,80	14,17	-27,1	0,62	3,87	17,4
Maschinen, Fahrzeuge	1,07	32,69	-22,1	0,06	0,78	2,2
Konsumnahe Fertigwaren	0,89	7,88	-44,1	0,07	0,35	-38,8
Alle Waren	1,21	100,00	-3,5	2,62	100,00	102,3
Ukraine						
Nahrungsmittel	0,47	9,77	-28,9	0,58	6,91	58,0
Rohstoffe	0,34	3,19	9,4	7,83	61,45	-1,7
Brennstoffe	0,01	0,05	-5,6	0,00	0,01	-52,7
Chemische Erzeugnisse	0,68	27,53	-5,9	0,07	1,80	98,9
Bearbeitete Waren	0,37	20,83	-25,0	0,49	13,72	46,4
Maschinen, Fahrzeuge	0,29	28,95	-18,5	0,13	7,12	13,2
Konsumnahe Fertigwaren	0,31	8,77	-41,7	0,38	8,98	25,4
Alle Waren	0,38	100,00	-18,6	0,59	100,00	12,6

Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Aufgrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine gingen die österreichischen Warenexporte in beide betroffene Länder zurück. Im Vorjahresvergleich sanken die österreichischen Warenexporte nach Russland bis September 2022 um 3,5%, wobei die Rückgänge ab dem Ausbruch des Kriegs eintraten. In den einzelnen Produktgruppen verlief die Entwicklung recht heterogen. Exporte von Maschinen sowie Kraftwagen und Personenkraftwagen waren bereits 2021 rückläufig. Andere Produktgruppen, vor allem jene, die von den Sanktionen betroffenen sind, verzeichneten erst 2022 starke Exportrückgänge (konsumnahe Fertigwaren und bearbeitete Waren). Zuwächse der österreichischen Exporte nach Russland gab es bei den Warengruppen Nahrungsmittel (ausdrücklich von den Sanktionen ausgenommen), Rohstoffe und chemische Erzeugnisse. Die Importe aus Russland stiegen bis zum 3. Quartal 2022 um 102,3% gegenüber dem Vorjahr. Ein Vergleich der Importe Österreichs aus Russland, nicht nur in Bezug auf das Vorjahr, sondern auch im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2021, zeigt ebenfalls einen besonders hohen Importanstieg. Nach Slowenien weist Österreich im EU-Vergleich den höchsten Importzuwachs aus Russland auf, woraus sich die überdurchschnittliche Abhängigkeit Österreichs von russischen Energieträgern ableiten lässt (siehe Kapitel 3.4). Andere Länder, wie z. B. Deutschland, konnten

die Importe aus Russland nach Kriegsausbruch und insbesondere in den letzten Monaten des Jahres 2022 reduzieren¹¹⁾.

An dieser Stelle muss jedoch erneut auf den enormen Preiseffekt hingewiesen werden, der durch die hohen Energiepreise verursacht wird. Betrachtet man die Importe mengenmäßig und nicht wertmäßig, so zeigt sich, dass der Effekt des Importwachstums Österreichs auf die Preisentwicklung zurückzuführen ist. Die Importmengen sanken in allen Sektoren, mit Ausnahme der Produktgruppen Nahrungsmittel und Maschinen und Fahrzeuge. Bei den Exporten in die Ukraine war ein noch stärkerer Rückgang bis zum 3. Quartal 2022 um 18,6% zu verzeichnen, wobei der Einbruch in allen Warengruppen außer im Bereich Rohstoffe stattfand. Im August und September hat sich die Lage etwas verbessert und es kam zu Exportzuwächsen in die Ukraine.

3.3 Dienstleistungsausßenhandel

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die hohe Inflation haben sich seit Anfang 2022 die Dienstleistungsexporte nach dem weitgehenden Auslaufen der pandemiebedingten Einschränkungsmaßnahmen zunehmend erholt. Insgesamt stiegen die Dienstleistungsexporte preisbereinigt um 25% gegenüber dem Vorjahr und damit deutlich stärker als die Warenexporte (+8,1%). Insbesondere im 1. Quartal (+52,8 %) und 2. Quartal (+26,3 %) war ein starker Anstieg zu verzeichnen, der laut den vorläufigen VGR-Daten von Statistik Austria auf starke Zuwächse bei den Reiseverkehrsexporten zurückzuführen ist (Übersicht 3.6).

Übersicht 3.6: Österreichs Dienstleistungsausßenhandel lt. VGR im Überblick

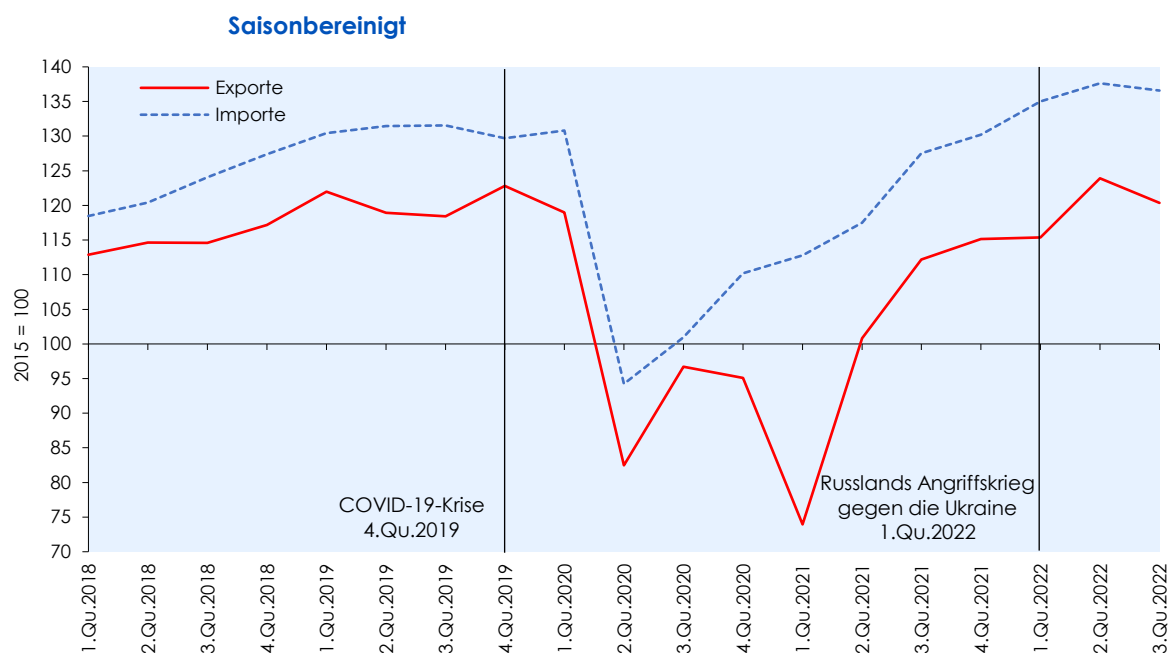
	Ex- port	Ex- port	Ex- port	Ex- port	Im- port	Im- port	Im- port	Im- port	Han- dels- bilanz	Han- dels- bilanz	ToT
	Nom. Mrd. €	Nom. Ver- änd. in %	Real Ver- änd. in %	Preise Ver- änd. in %	Nom. Mrd. €	Nom. Ver- änd. in %	Real Ver- änd. in %	Preise Ver- änd. in %	Nom. Mrd. €	Nom. Ver- änd. in Mrd. €	Ver- änd. in %
1.-3.Qu.2021	41,7	-3,0	-5,3	2,4	40,3	12,5	9,5	2,8	1,4	-5,8	-0,3
1.-3.Qu.2022	54,9	31,5	25,0	5,2	48,7	20,8	14,1	5,9	6,2	4,8	-0,6
1.Qu.2021	11,3	-36,8	-38,1	2,1	11,2	-13,4	-15,3	2,2	0,1	-4,9	-0,1
2.Qu.2021	13,0	23,3	21,2	1,7	13,1	24,2	21,2	2,5	-0,1	-0,1	-0,8
3.Qu.2021	17,4	19,6	16,4	2,7	16,0	29,8	25,8	3,2	1,4	-0,8	-0,5
4.Qu.2021	17,3	26,4	22,1	3,5	16,1	24,8	20,0	4,1	1,2	0,4	-0,5
1.Qu.2022	18,1	59,9	52,8	4,7	14,5	29,1	22,3	5,6	3,6	3,5	-0,9
2.Qu.2022	17,3	33,3	26,3	5,5	16,3	25,1	18,5	5,6	1,0	1,0	-0,1
3.Qu.2022	19,5	11,7	5,6	5,8	17,8	11,3	4,6	6,5	1,6	0,2	-0,6

Anmerkung: Abweichung zu den Daten laut Zahlungsbilanz ergeben sich aus Abgrenzungsunterschieden.

Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

¹¹⁾ Siehe <https://www.politico.eu/article/numbers-delayed-impact-eu-european-union-war-sanctions-russia-vladimir-putin/>, vom 15.3.2023.

Abbildung 3.6: Entwicklung der realen Dienstleistungsexporte und -importe Österreichs laut VGR



Anmerkung: Um Saisoneffekte und Arbeitstage bereinigte reale Export- und Importwerte.

Quelle: Berechnungen der Statistik Austria.

Das Entwicklungsmuster der preis- und saisonbereinigten Quartalsdaten der Dienstleistungsexporte (Abbildung 3.6) zeigt eine leichte Abschwächung der Dynamik ab Juli. Dies kann als erstes Anzeichen für die Auswirkungen der Inflation in Folge des Kriegs gewertet werden.

Übersicht 3.7: Entwicklung des österreichischen Dienstleistungsaußenhandels laut Zahlungsbilanz nach Regionen und Top-10-Exportmärkten

	Export		Import		Saldo	
	Anteile in %	Veränderung in %	Anteile in %	Veränderung in %	Mio. €	Veränderung in Mio. €
Intra-EU 27	73,3	38,5	75,2	25,4	3.982	3.991
Euro-Raum 19	61,2	38,5	57,7	26,4	5.877	3.671
EU 6	9,4	35,7	15,1	22,0	-2.385	6
EU Rest	2,7	47,4	2,4	23,4	490	314
MOEL 5	9,5	32,4	13,8	19,3	-1.480	198
Extra-EU 27	26,7	19,1	24,8	24,2	1.040	-258
BRICS	3,1	-3,1	3,7	0,7	-276	-51
Deutschland	40,1	36,9	28,6	26,4	8.629	3.187
Schweiz	7,6	12,4	4,5	19,6	1.500	51
Italien	4,8	26,4	5,3	3,7	126	459
Vereinigtes Königreich	3,8	35,2	4,6	16,8	-22	238
Niederlande	3,8	67,1	3,3	27,5	1.018	716
USA	3,2	44,2	4,0	46,0	-354	-128
Tschechien	2,6	33,8	2,5	19,1	264	178
Ungarn	2,3	35,8	2,9	18,5	-107	126
Frankreich	2,3	23,4	2,0	42,6	44	-117
Polen	1,9	33,9	3,7	18,6	-719	-12
Insgesamt	100,0	33,3	100,0	25,2	5.022	3.733

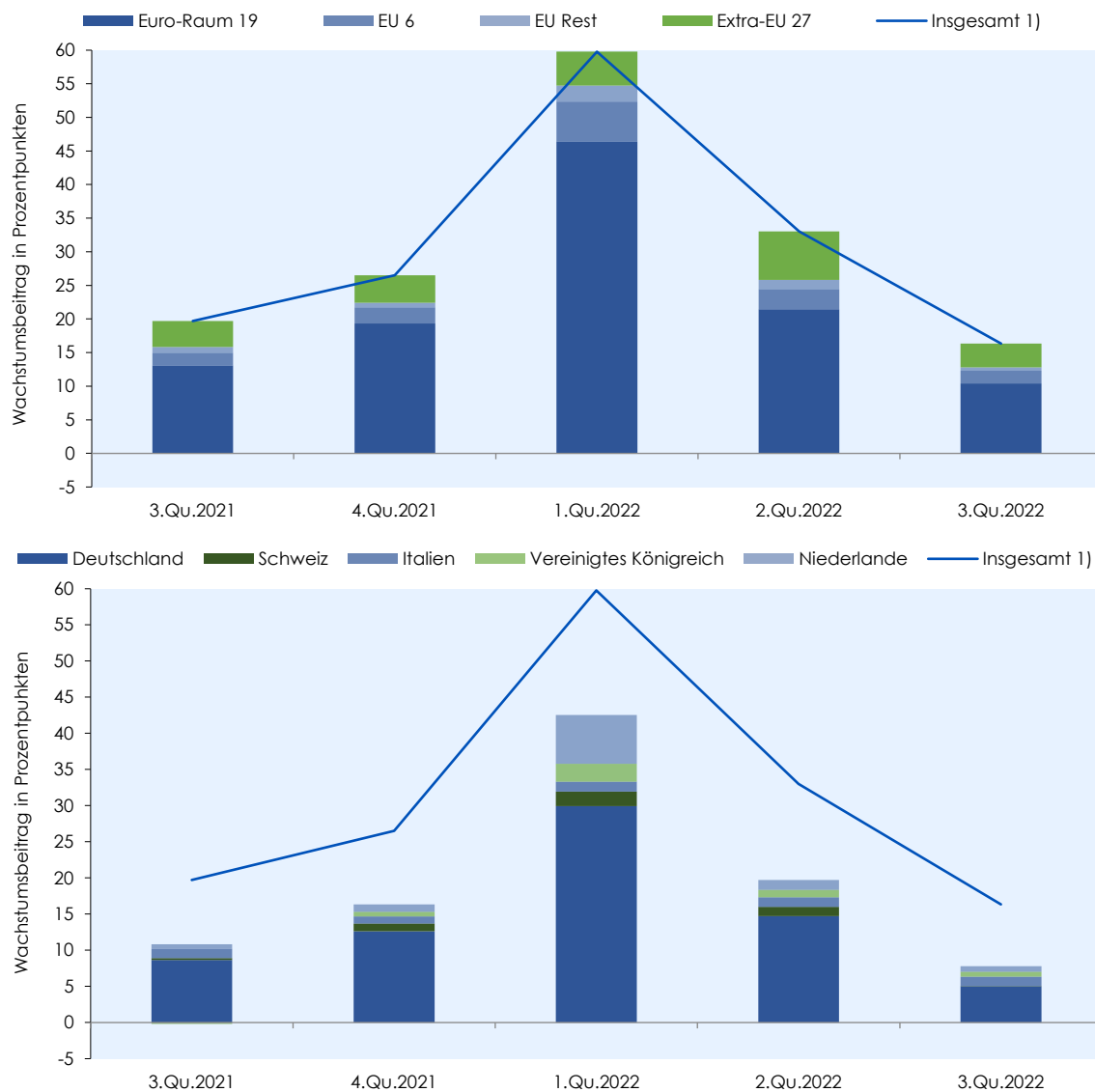
Anmerkung: Daten laut Zahlungsbilanz; Abweichung zu den Daten laut VGR ergeben sich aus Abgrenzungsunterschieden.

EU 6 = Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn; EU Rest = Dänemark, Schweden. MOEL 5 = Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn; BRICS = Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika.

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Die Importe von Dienstleistungen nehmen zu, allerdings in geringerem Ausmaß als die Exporte, damit verbessert sich die Dienstleistungsbilanz. Nach den vorläufigen VGR-Daten von Statistik Austria sind die österreichischen Dienstleistungsimporte bis September 2022 real um 14,1% gestiegen. Der höchste Anteil an den Gesamtimporten entfällt auf Transport- und unternehmensbezogene Dienstleistungen. Getrieben wurde das Wachstum jedoch durch die Zunahme der Auslandsreisen von Österreicher:innen im 1. Quartal 2022. Wie bereits im Jahr 2021 sind die ToT negativ (-0,6%), da die Preissteigerungen bei Importen höher ausfielen. Doch trotz negativer ToT verbesserte sich die Dienstleistungshandelsbilanz deutlich. Der positive Saldo stieg um 4,8 Mrd. € auf 6,2 Mrd. € (Übersicht 3.6).

Abbildung 3.7: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Dienstleistungsexporte laut Zahlungsbilanz nach Regionen und Top-5-Exportmärkten



Anmerkung: EU 6 = Bulgarien, Rumänien, Kroatien, Polen, Tschechien, Ungarn; EU Rest = Dänemark, Schweden.
 Quelle: OeNB, Statistik Austria. – 1) Veränderung gegen das Vorjahr in %.

Mit der Erholung des Wintertourismus zu Beginn des Jahres 2022 wuchsen die Intra-EU-Dienstleistungsexporte schneller als jene in die Extra-EU-Länder (Abbildung 3.7). Nach

vorläufigen Daten der Zahlungsbilanzstatistik wuchsen die österreichischen nominellen Intra-EU-Dienstleistungsexporte in den ersten drei Quartalen (+38,5%) deutlich stärker als die Extra-EU-Exporte (+19,1%). Ausschlaggebend für das starke Wachstum im 1. Quartal war vor allem der Skitourismus, der traditionell von Gästen aus Deutschland und den Niederlanden getragen wird (Abbildung 3.7). Aufgrund des kräftigen Zuwachses der Dienstleistungsexporte aus Deutschland (insbesondere des Reiseverkehrs) erhöhte sich der Saldo der Dienstleistungsbilanz mit Deutschland auf 8,6 Mrd. €.

Die Abnahmen der österreichischen Dienstleistungsexporte in die BRICS-Länder sind auf Russland und China zurückzuführen. Während der Rückgang der Dienstleistungsexporte nach Russland auf Reduktionen bei den Transportdienstleistungen beruht, ist der Rückgang der Dienstleistungsexporte nach China durch Abnahmen bei den sonstigen unternehmensbezogenen Dienstleistungen zu erklären. In beiden Ländern liegen die Reiseverkehrsexporte immer noch deutlich unter dem Niveau vor der COVID-19-Pandemie im Jahr 2019, obwohl es in den ersten drei Quartalen 2022 sowohl für China als auch für Russland einen leichten Anstieg der Reiseverkehrsexporte gegenüber dem Vorjahr gab.

Die drei wichtigsten Dienstleistungsarten der österreichischen Dienstleistungsexporte sind unternehmensbezogene Dienstleistungen mit 31%, der Transport mit 27,4% und der Reiseverkehr mit 14,2%. Seit der COVID-19-Pandemie hat sich vor allem der Anteil der Reiseverkehrsexporte verringert, der vor der Krise im Jahr 2019 noch einen Anteil von 30% an den gesamten Dienstleistungsexporten ausmachte¹²⁾.

Übersicht 3.8: Entwicklung des österreichischen Dienstleistungsaußenhandels laut Zahlungsbilanz nach Dienstleistungsarten

Nominell

	Export 2021 Anteile in %	Export 1.-3.Qu.2022 Veränd. in %	Import 2021 Anteile in %	Import 1.-3.Qu.2022 Veränd. in %	Saldo 1.-3.Qu.2022 Mio. €	Saldo 1.-3.Qu.2022 Veränd. in Mio. €
Gebühren für Lohnveredelung, Reparaturdienstleistungen	4,4	15,9	6,3	9,9	-626	49
Transport	27,4	32,6	29,0	26,9	249	569
Reiseverkehr	14,2	126,9	11,0	73,8	5.818	4.370
Bauleistungen	1,5	5,0	1,2	10,5	90	-21
Versicherungs- und Finanzdienstleistungen	5,4	18,7	5,8	0,1	257	421
Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen	13,9	13,0	14,1	15,8	54	-132
Sonst. Unternehmensdienstleistungen, Patente, Lizenzen	31,0	6,4	29,7	18,7	-417	-1.360
Persönliche Dienstleistungen, Regierungsleistungen	2,2	-4,3	2,9	10,1	-402	-161
Insgesamt	100,0	33,3	100,0	25,2	5.022	3.733

Quelle: OeNB, Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Nach der Aufhebung des bundesweiten COVID-19-bedingten Lockdowns Mitte Dezember 2021 erholte sich der Wintertourismus zu Beginn des Jahres 2022 rasch und damit auch die

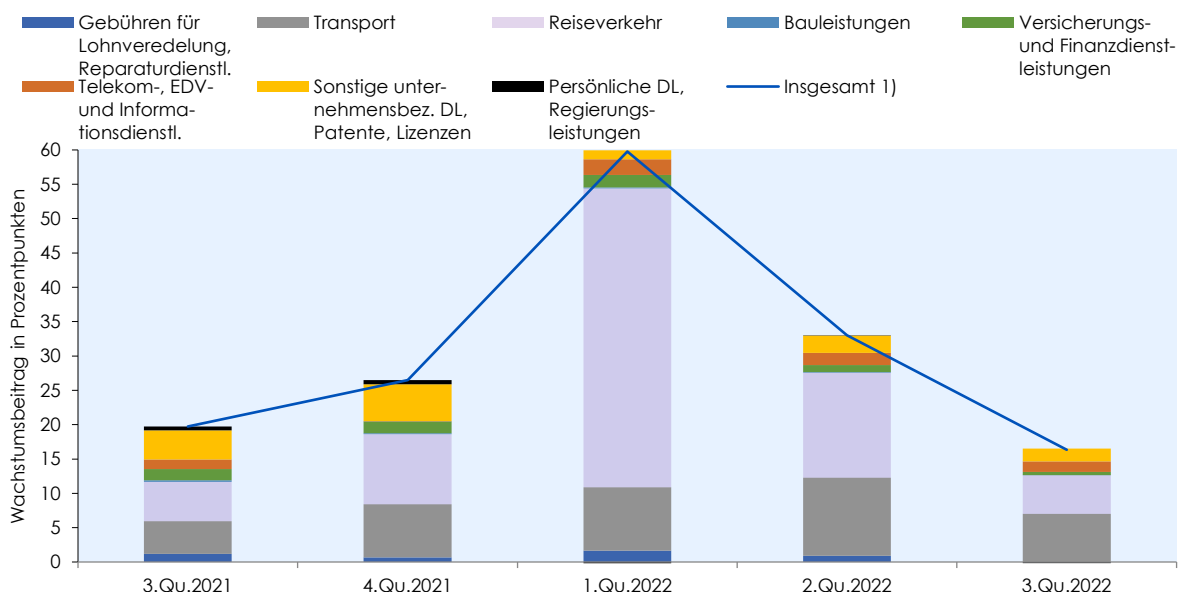
¹²⁾ Detaillierte Auswertungen des Dienstleistungsaußenhandels nach Partnerregionen bzw. -ländern oder nach Dienstleistungsarten sind nur auf Basis der Zahlungsbilanzstatistik und nur zu laufenden Preisen (nominell) möglich. Unterschiede zum Dienstleistungsverkehr laut VGR sind vor allem auf Abgrenzungsunterschiede im Reiseverkehr zurückzuführen.

Reiseverkehrsexporte. Insbesondere im Vergleich zum Vorjahr, in dem die Reiserverkehrsdienstleistungen stark rückläufig waren, gab es ein starkes Wachstum, das sich bis zum Ende des 3. Quartals auf 126,9% kumulierte. Der traditionelle Überschuss im Außenhandel mit Reiseverkehrsdienstleistungen stieg wieder an, nachdem er 2021 stark gesunken war. Der Saldo erhöhte sich um 4,4 Mrd. € auf einen Überschuss von rund 5,8 Mrd. € am Ende des 3. Quartals 2022.

Die Exporte von Transportdienstleistungen wuchsen über den gesamten Zeitraum von Jänner bis September 2022. Der Wachstumsbeitrag erwies sich, im Gegensatz zu den stärkeren Schwankungen im Reiseverkehr, für den Transportbereich für die drei Quartale im Jahr 2022 hinweg als ähnlich. Im Vorjahr machten die Exporte der Transportdienstleistungen 27,4% der Exporteinnahmen im Dienstleistungssektor aus, die größtenteils durch den Straßenverkehr, insbesondere den Güterverkehr, erbracht werden. Sie sind eng mit dem grenzüberschreitenden Warenhandel verbunden, der stark zugenommen hat. Der Export von Transportdienstleistungen erhöhte sich bis zum 3. Quartal 2022 um insgesamt 32,6% gegenüber dem Vorjahr, wobei der Wachstumsbeitrag in den beiden ersten Quartalen höher war als im 3. Quartal. Der Saldo stieg auf einen Überschuss von knapp 0,3 Mrd. € (Übersicht 3.8).

Die Exporte von unternehmensbezogenen Dienstleistungen stiegen bis zum 3. Quartal 2022 um 6,4% gegenüber dem Vorjahr. Diese waren vom Infektionsgeschehen während der COVID-19-Krise weniger beeinflusst und haben sich bereits 2021 deutlich günstiger entwickelt als andere Dienstleistungsbereiche. Das Aufholpotential nach dem Höhepunkt der Pandemie war damit bereits vor 2022 stärker ausgeschöpft. Die erklärt das vergleichbar niedrigere Wachstumstempo. Der Anteil der unternehmensbezogenen Dienstleistungen, zu denen technische Dienstleistungen, Rechts- und Unternehmensdienstleistungen sowie Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen gehören, lag 2021 bei 31% und machte damit den größten Anteil der Dienstleistungsexporte aus. Die Importe in diesem Bereich stiegen stärker an als die Exporte, so dass der Saldo bis September 2022 ein Defizit von rund 0,4 Mrd. € erreichte.

Abbildung 3.8: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Dienstleistungsexporte laut Zahlungsbilanz nach Dienstleistungsarten



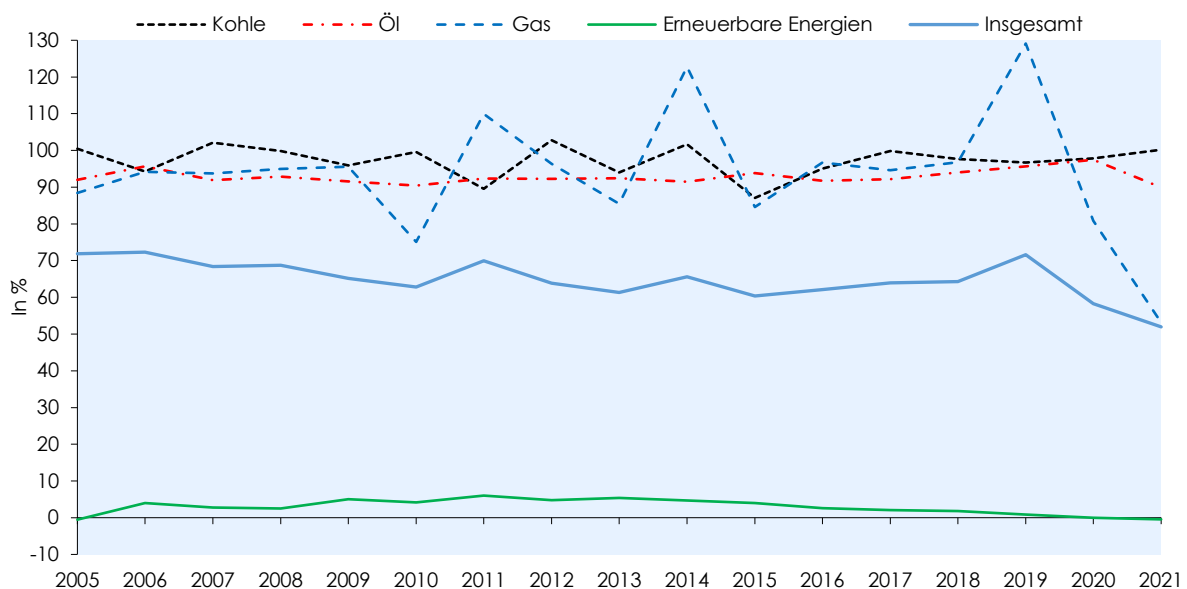
Quelle: OeNB, Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Veränderung gegen das Vorjahr in %.

Die Exporte von Versicherungs- und Finanzdienstleistungen verzeichneten einen starken Anstieg, der jedoch im 2. und 3. Quartal 2022 geringer ausfiel. Dies könnte zum Teil eine Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine aufgrund der Sanktionen im Finanzsektor sein. Telekommunikations-, Computer- und Informationsdienstleistungen verzeichneten, im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, ebenfalls deutlich positive Wachstumsraten (Übersicht 3.8, Abbildung 3.8).

3.4 Importabhängigkeit der Energieversorgung Österreichs

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Unsicherheiten in Bezug auf die russischen Energielieferungen haben die Frage der Abhängigkeit der Energieversorgung Österreichs zum zentralen Thema der wirtschaftspolitischen Diskussion gemacht. Insbesondere die Importabhängigkeit von fossilen Energieträgern ist Gegenstand intensiver Diskussionen. Die angespannte Situation nach dem Kriegsausbruch Ende Februar 2022 und die russischen Lieferbeschränkungen für Erdgas ab dem Sommer trieben die bereits 2021 gestiegenen Energiepreise noch weiter in die Höhe. Dementsprechend versechsfachte sich der Erdgaspreis (Dutch TTF-Terminmarkt-Gaspreis als Benchmark für Europa), der in der Periode 2010/2019 relativ stabil bei durchschnittlich 22,4 € je MWh lag, auf 163 € je MWh (Stand Oktober 2022). Der Strompreis stieg auf das Neunfache, von durchschnittlich rund 40 € je MWh im Zeitraum 2018/2020 auf 361 € je MWh (Stand Oktober 2022, vgl. Baumgartner, 2022a). Bis Ende 2022 hat sich die Lage bei den Energiepreisen auf Grund gut gefüllter Vorratslager und einer damit rückläufigen (globalen) Nachfrage jedoch etwas entspannt.

Abbildung 3.9: Nettoimporttangente Österreichs



Anmerkung: Nettoimporttangente = (Importe-Exporte)/Bruttoinlandsverbrauch. Erneuerbare Energien umfassen Scheitholz, biogene Brenn- und Treibstoffe, Umgebungswärme, Wasserkraft, Wind und Photovoltaik. Werte über 100% erklären sich dadurch, dass Importe zur Aufstockung der Lagerbestände Verwendung finden. Der starke Rückgang bei den Import- und Exportmengen von Gas im Jahr 2021 ist darauf zurückzuführen, dass ab 2021 aufgrund von Anpassungen der internationalen Methodik der Energiestatistiken keine Transitmengen mehr ausgewiesen werden.

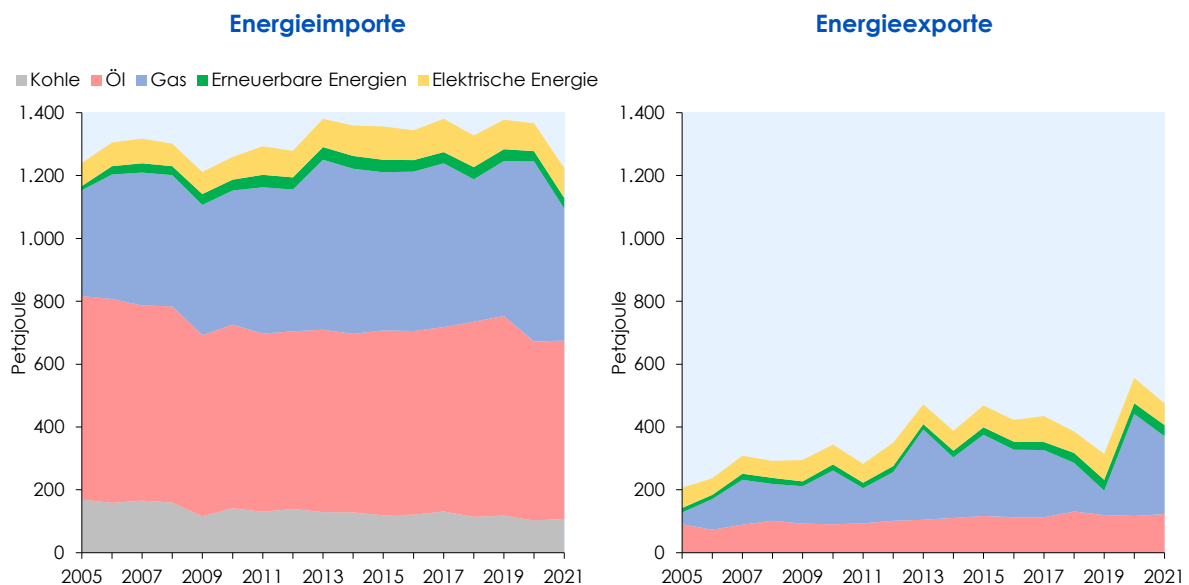
Quelle: Statistik Austria (Energiebilanzen), E-Control.

Aufgrund der vergleichsweise niedrigen Vorkommen fossiler Energieträger in Österreich besteht eine hohe Importabhängigkeit der österreichischen Energieversorgung. Die Energieimportabhängigkeit lässt sich aus dem Import-Export-Saldo dividiert durch den

Bruttoinlandsverbrauch eines Landes berechnen, die sogenannte Nettoimporttangente (BMK, 2022). Im Jahr 2021 (aktuellere Daten für 2022 liegen noch nicht vor) erreichte der Wert für Österreich insgesamt 52%, den niedrigsten Wert im Darstellungszeitraum, wobei der Anteil der Nettoimporte am Inlandsverbrauch für die einzelnen Energieträger heterogen ist. Im Falle der erneuerbaren Energieträger liegt die Nettoimporttangente bei nahezu 0%, da der Bruttoinlandsverbrauch an erneuerbaren Energieträgern größtenteils aus der inländischen Erzeugung stammt (Abbildung 3.9). Hingegen besteht bei den fossilen Energieträgern eine sehr hohe Importabhängigkeit. Der starke Rückgang der Nettoimporttangente bei Gas im Jahr 2021 überzeichnet die Veränderung der Importabhängigkeit, da er zu einem Großteil auf Änderungen in der Gashandelsstatistik zurückzuführen ist. Der Eigenversorgungsgrad Österreichs über alle Energieträger hinweg, der sich aus der inländischen Erzeugung (526,0 PJ, 2021) im Verhältnis zum Bruttoinlandsverbrauch (1.426,4 PJ, 2021) ergibt, lag im Jahr 2021 bei 36,9%.

Österreich importiert etwa viermal so viel Energie wie es exportiert, wobei die Importe von Erdölprodukten mengenmäßig den weitaus größten Anteil an den Gesamtenergieimporten ausmachen, gefolgt von Gas¹³. Im Jahr 2021 beliefen sich die Energieimporte auf 1.223,7 PJ, wovon 46,3% auf Öl, 34,3% auf Gas, 8,8 % auf Kohle, 7,8% auf elektrische Energie und 2,7% auf erneuerbare Energien entfielen. Im Zeitraum von 2005 bis 2021 sanken die gesamten Energieimporte um 1,3%, wobei nur die Kohle- und Öleinfuhren rückläufig waren. Die Einfuhren von Gas, erneuerbarer Energie und elektrischer Strom sind gestiegen. Die gesamten Energieexporte im Jahr 2021 betragen 474,2 PJ, davon entfielen 52,3% auf Gasexporte, 25,9% auf Ölexporte, 14,3% auf Stromexporte und 7,5% auf Exporte von erneuerbaren Energien. Im Zeitraum 2005 bis 2021 stiegen die Gesamtexporte um 129,6 %.

Abbildung 3.10: Energiemengen im österreichischen Außenhandel nach Energieträgern

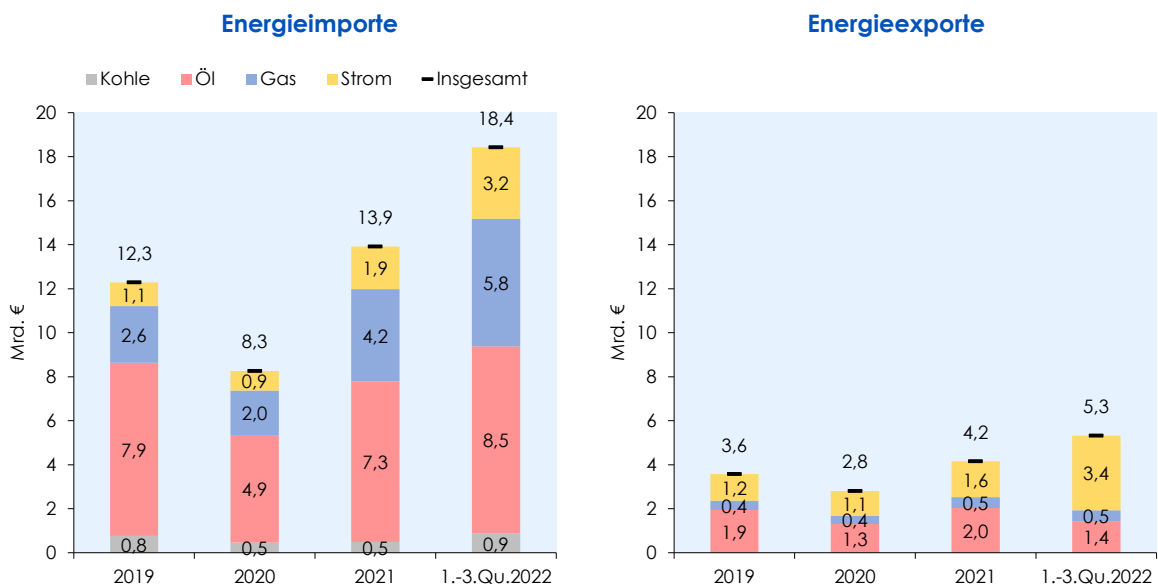


Anmerkung: Erneuerbare Energien umfassen Scheitholz, biogene Brenn- und Treibstoffe, Umgebungswärme, Wasserkraft, Wind und Photovoltaik. Der Energieträger Gas ist ohne Transitmengen ausgewiesen.
Quelle: Statistik Austria (Energiebilanzen), E-Control, WIFO-Berechnungen.

¹³ In diesem Abschnitt bezieht sich Öl auf den SITC-2-Steller "Erdöl, Erdölzeugnisse und verwandte Waren" und Gas auf den SITC-2-Steller "Gas", bestehend aus Erdgas und Mischgas.

Bei rückläufigen Export- und Importmengen stiegen die Einnahmen und Ausgaben im Energieaußenhandel durch die Preissteigerungen kräftig. Im Jahr 2021 erhöhten sich die nominellen Importausgaben von 12,3 Mrd. € (2019) auf 13,9 Mrd. € (2021), was einem Plus von 13,3% entspricht. Den größten Zuwachs verzeichneten die Ausgaben für Energieimporte im Jahr 2021 für Gas, von 2,6 Mrd. € auf 4,2 Mrd. €. Die Ausgabensteigerungen entsprachen keiner Mengenausweitung, was darauf hindeutet, dass sie ausschließlich auf Preiseffekte zurückzuführen sind. Vorläufige Daten aus der Außenhandelsstatistik der Statistik Austria für die ersten drei Quartale 2022 zeigen, dass sich die Preiseffekte im Jahr 2022 noch stärker auf die Energieausgaben auswirken. Bereits bis September 2022 lagen die Energieausgaben für Importe mit 18,4 Mrd. € höher als im Gesamtjahr 2021. Zudem erhöhten sich die Einnahmen aus Energieexporten in den ersten drei Quartalen 2022 deutlich stärker als im Vorjahr, wenn auch weniger stark als die Importausgaben. Österreichs Einnahmen aus Energieexporten betragen im Jahr 2021 noch 4,2 Mrd. €, wobei die höchsten Einnahmen aus Öl- und Stromexporten stammten. Dies steht im Kontrast zu den mengenmäßigen Exporten, bei denen Gas- und Ölexporte den größten Anteil ausmachen.

Abbildung 3.11: Österreichs Ausgaben und Einnahmen im Energieaußenhandel nach Energieträgern



Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Um die Abhängigkeit der österreichischen Energieversorgung von einzelnen Ländern beurteilen zu können, ist es von Relevanz, aus welchen Ländern die Importe stammen, und wie sich die Energieimporte seit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verändert haben.

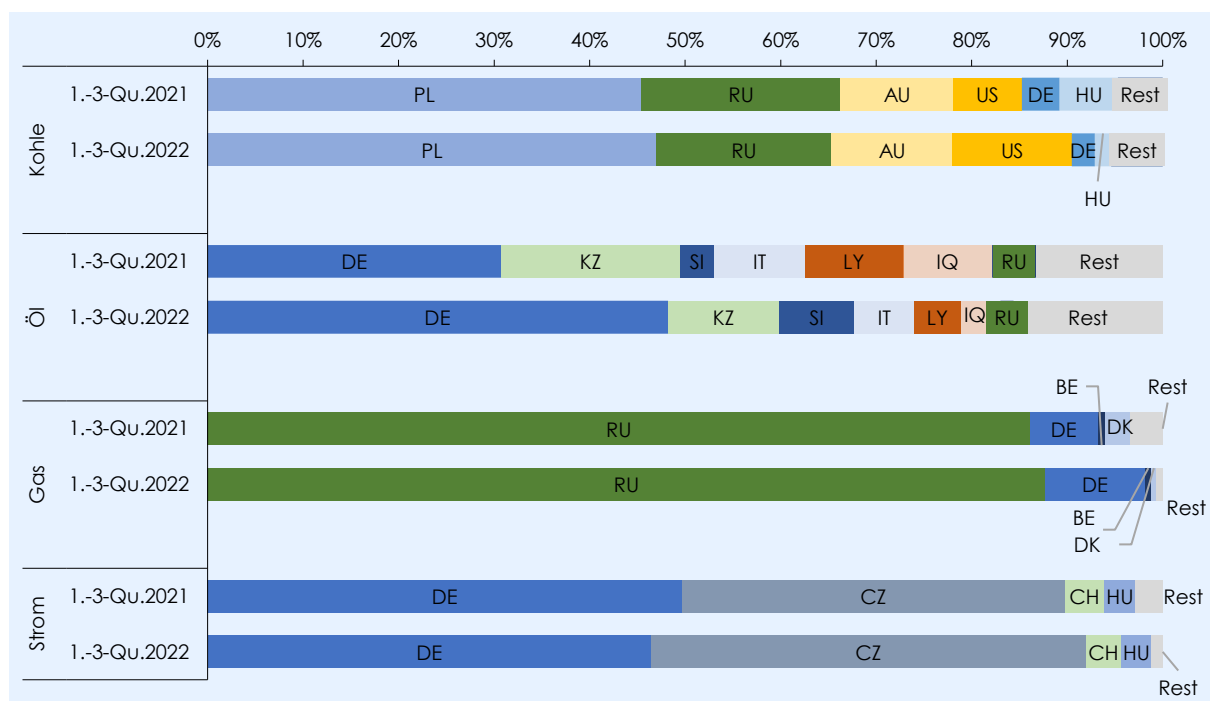
Von besonderem Interesse sind die zwei wichtigsten fossilen Energieträger in Bezug auf den Bruttoinlandsverbrauch, Öl und Gas. In Abbildung 3.12 ist die Länderstruktur der Importe nach Energieträgern für die ersten drei Quartale 2021 und 2022 dargestellt. Dabei handelt es sich um Anteile an den Ausgaben für Energieimporte, nicht um Mengen. Angesichts der seit Ende 2021 sehr stark gestiegenen Energiepreise, die von Land zu Land zum Teil erheblich variieren, kann das Bild der mengenmäßigen Energieimportanteile stark von dem der wertmäßigen Energieimportanteile abweichen.

Österreich ist lediglich in geringem Ausmaß direkt von russischem Rohöl abhängig. Kasachstan ist das wichtigste Importland von Rohöl für Österreich. Da die Pipeline von Kasachstan über russisches Hoheitsgebiet zum russischen Schwarzmeerhafen Noworossijsk geliefert wird, besteht

jedoch ein indirektes Risiko durch Russlands Zugriffsmöglichkeit. Betrachtet man nicht nur Rohöl, sondern zudem auch Erdölzeugnisse, so zeigt sich, dass die wichtigsten Importländer Österreichs im Jahr 2021 Deutschland (30,8%), Kasachstan (18,7%), Libyen (10,3%), Italien (9,4%), Irak (9,3%) und Russland (4,6%) waren, wobei Deutschland zwar nicht das Erdöl, aber den Großteil der Erdölzeugnisse, wie etwa Treibstoffe, nach Österreich liefert (Baumgartner et al., 2022).

Seit dem Ausbruch des Kriegs hat sich die Länderstruktur der wertmäßigen Einfuhr von Erdöl und Erdölzeugnissen stark verändert. Auf politischer Ebene kam es zu Änderungen, nachdem der Europäische Rat im Juni 2022 im Rahmen des sechsten Sanktionspakets gegen Russland unter anderem den Kauf, die Einfuhr oder den Weitertransport von Rohöl und bestimmten Erdölprodukten aus Russland in die EU untersagte. Diese Verordnung ist seit dem 5. Dezember 2022 für Rohöl und ab dem 5. Februar 2023 für andere Erdölprodukte in Kraft. Die Diskussionen über ein Ölembargo begannen schon lange vor dieser Entscheidung, und so versuchten österreichische Ölimporteure andere Handelspartner zu finden und vom russischen Öl unabhängig zu werden. Nach Ausbruch des Kriegs bezog Österreich kaum noch Öl aus Russland. Der Importanteil von russischem Erdöl und Erdölzeugnissen sank bis zum 3. Quartal 2022 auf 1,4%. Relativ stark war der Anstieg der Importausgaben für Erdöl und Erdölzeugnisse aus Deutschland, sodass der deutsche Importanteil auf 48,2% anstieg.

Abbildung 3.12: Österreichs Länderstruktur der Energieimporte nach Energieträgern

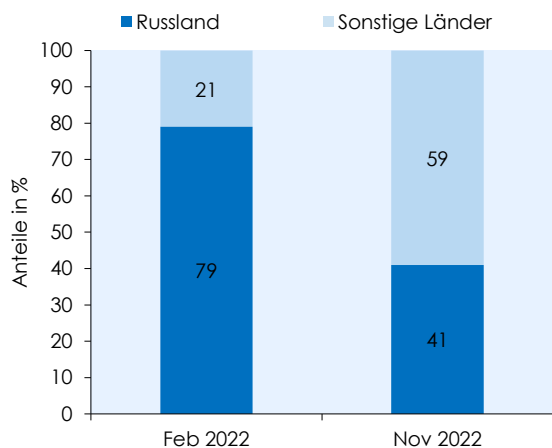


Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Die Importabhängigkeit Österreichs von russischem Gas lässt sich nur bedingt anhand von Außenhandelsdaten abbilden. Die wichtigsten Importländer für Gas im Jahr 2021 waren Russland (86,1%), Deutschland (7,1%), Dänemark (2,6%) und die Niederlande (1,1%). Laut Außenhandelsstatistik gab es nur geringfügige Verschiebungen bei den Hauptimportländern. Allerdings können aufgrund der statistischen Erfassung in der offiziellen Außenhandelsstatistik die Ursprungsländer der Importe nicht hinreichend zugeordnet werden. Darüber hinaus verzerren starke Gaspreiserhöhungen Russlands die Ergebnisse. Eine alternative Datenquelle beruht auf Modellschätzungen der E-Control zu den Importmengen. Diese beruht jedoch auf

Modellschätzungen und ist starken Schwankungen unterworfen, da die Teilnehmer am Gasmarkt nicht verpflichtet sind, die Herkunft der Gasimporte anzugeben. Zieht man diese Statistik der Importmengen heran, so ist laut Infoportal des BMK¹⁴⁾ die Abhängigkeit Österreichs von russischem Gas im November 2022 deutlich auf 41% gesunken (Abbildung 3.13). Die anderen Bezugsquellen von Erdgas setzten sich laut E-Control aus norwegischem Erdgas, Flüssiggasimporten und in geringem Ausmaß aus Erdgas aus Nordafrika und Zentralasien zusammen.

Abbildung 3.13: Österreichs Importabhängigkeit von russischem Gas



Anmerkung: Anteile an importierten Gasmengen.

Quelle: Österreichs Infoportal zur Energiesituation (<https://energie.gv.at/>), WIFO-Darstellung.

Bei den Einfuhren von Kohle und elektrischem Strom kam es nur zu kleinen Veränderungen hinsichtlich der wichtigsten Importländer. Die Haupteinfuhrländer Österreichs für Kohle sind Polen, Russland, Australien und die USA, wobei sich das Bild zwischen den beiden Jahren 2021 und dem 3. Quartal 2022 nur leicht verschoben hat. Das Gleiche gilt für die Stromimporte trotz der Verdoppelung der Ausgaben im letzten Jahr. Die wichtigsten Importländer sind Deutschland und Tschechien.

Im Sinne der Versorgungssicherheit und zur Erreichung der österreichischen Klimaziele sollte der Ausbau erneuerbarer Energieträger im Vordergrund stehen. Fossile Energieträger machen rund zwei Drittel des Bruttoinlandsverbrauchs in Österreich aus. Diese werden zu einem großen Teil importiert. Österreich ist es gelungen, seine Abhängigkeit von russischen Energieträgern im Laufe des Jahres 2022 zu reduzieren. Dennoch ist es im Interesse der Versorgungssicherheit wichtig, Energieträger, die aufgrund unzureichender heimischer Verfügbarkeit nur durch Importe gedeckt werden können, aus verschiedenen Quellen zu beziehen. Die Diversifizierung der Lieferländer soll das Risiko von Lieferengpässen reduzieren. Im Hinblick auf Österreichs Ziel der Nettoklimaneutralität bis 2040 sind weitere Maßnahmen notwendig, wie u. a. die Steigerung der Energieeffizienz und der Ausbau erneuerbarer Energieträger.

¹⁴⁾ Siehe E-Control-Website <https://www.e-control.at/> und BMK Infoportal <https://energie.gv.at/#gas-aus-russland> (zuletzt abgerufen am 13.1.2023).

4. Österreichischer Außenhandel: Erwartungen und kurzfristige Prognose 2022 bis 2024

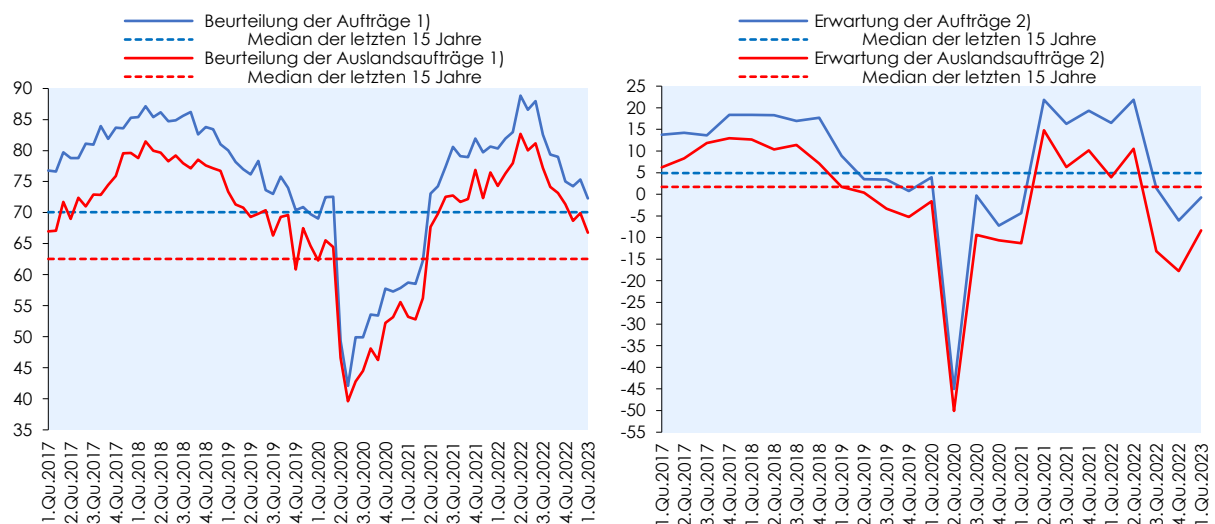
Yvonne Wolfmayr

4.1 Kurzfristige Prognose des Waren- und Dienstleistungsausdenhandels

Im Jahr 2022 dürfte der österreichische Warenexport real um 6,8% wachsen. Für die Folgejahre 2023 und 2024 wird ein deutlich geringerer Zuwachs von 0,1% bzw. 3,5% prognostiziert. Der Gesamtexport (einschließlich der Dienstleistungsexporte) sollte 2022 ein Wachstum von 8,8% erreichen, im Jahr 2023 um 0,3% und 2024 um 3,3% expandieren.

Die heimische Produktion und Exportwirtschaft zehrten vor allem im ersten Halbjahr 2022 noch von guten Auftragsbeständen und abnehmenden Materialengpässen. In der zweiten Jahreshälfte gewannen die dämpfenden Effekte des weltweiten Konjunkturabschwungs in Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und des daraus folgenden Energiepreisschocks zusehends an Bedeutung. Zusätzlich trübten die Unsicherheit über die künftige Entwicklung der Energiemärkte und die bremsenden Effekte für die Nachfrage aus der raschen Straffung der Geldpolitik die Erwartungen der Exportwirtschaft. Die zunächst kräftige Dynamik der österreichischen Warenexporte schwächte sich im 3. Quartal 2022 erstmals ab (vgl. Kapitel 2.1). Die wichtigsten Vorlaufindikatoren lassen eine weitere Wachstumsabschwächung der österreichischen Warenexporte in den Wintermonaten erwarten. Erst ab dem Frühjahr 2023 dürften wieder positive Impulse aus der Weltwirtschaft wirksam werden und ein moderates Wachstum der heimischen Ausfuhren einleiten.

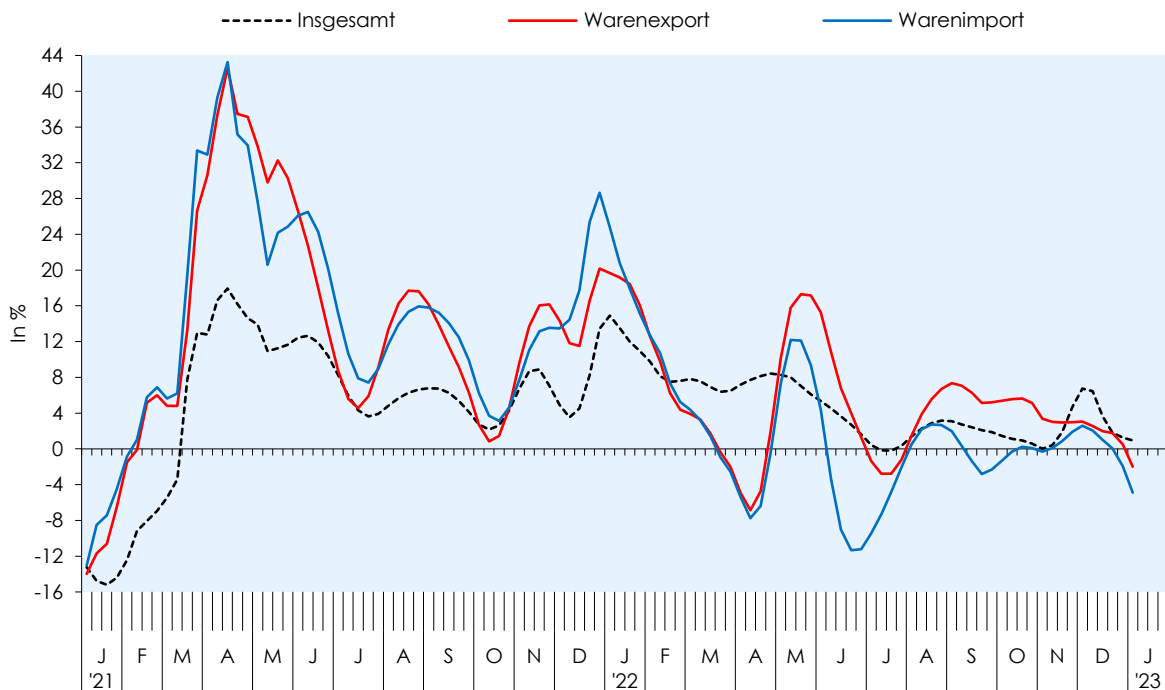
Abbildung 4.1: Beurteilung und Erwartung von Aufträgen in der Sachgüterzeugung



Quelle: WIFO-Konjunkturtest, WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Anteil der Unternehmen, die ihre Aufträge bzw. Auslandsaufträge als "ausreichend" oder "mehr als ausreichend" beurteilen in %. – 2) Anteil der Unternehmen, die in den kommenden drei Monaten steigende Aufträge erwarten, minus Anteil der Unternehmen, die in den kommenden drei Monaten sinkende Aufträge erwarten in Prozentpunkten.

Gemäß dem WIFO-Konjunkturtest beurteilen die Exporteure im Jänner 2023 die Auftragsbestände aus dem Ausland zwar weiterhin überwiegend positiv, der Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen verringert sich aber bereits seit der Juni-umfrage laufend (Abbildung 4.1). Der Saldo liegt derzeit bei 67% und erreicht damit etwa das Vor-COVID-19-Krisenniveau. Die negativen Exporterwartungen der österreichischen Unternehmen überwiegen zum Jahreswechsel 2022/23 aber weiterhin und trüben den Ausblick für neue Exportaufträge in den kommenden Monaten. Daraus kann man schließen, dass die noch relativ hohen (alten) Auftragsbestände zunehmend abgearbeitet werden, sinkende Auftragseingänge aber damit auch immer stärker auf die Produktion und den Export durchschlagen. Der Tiefpunkt der Erwartungen zu Auslandsaufträgen wurde in der Dezemberumfrage 2022 erreicht, in der neuesten Umfrage vom Jänner 2023 erwartet der Großteil der Exporteure weiterhin sinkende Exportaufträge, aber eine erste Besserung ist erkennbar (Abbildung 4.1). Hinweise auf eine Wachstumsabschwächung zum Jahreswechsel 2022/23 ergeben sich auch daraus, dass immer mehr Industrieunternehmen den Nachfragemangel als wichtiges Produktionshemmnis wahrnehmen, auch wenn der Mangel an Arbeitskräften und der Mangel an Material weiterhin dominieren (vgl. Kapitel 2.1). Auch der wöchentliche WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) für den Warenexport unterstützt die Einschätzung einer deutlichen Abschwächung der Exportdynamik im Warenhandel im 4. Quartal 2022 und im 1. Quartal 2023 (Abbildung 4.2).

Abbildung 4.2: Die Entwicklung des wöchentlichen WIFO-Wirtschaftsindex



Anmerkung: Der Wöchentliche WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) ist ein Maß für die realwirtschaftliche Aktivität der österreichischen Volkswirtschaft auf wöchentlicher Basis. Er beruht auf wöchentlichen, monatlichen und vierteljährlichen Indikatoren. Der Index ist auf die Werte der Veränderungsrate des BIP bzw. der Teilindikatoren gegenüber einer entsprechenden Referenzperiode skaliert.
Quelle: WIFO-Berechnungen.

Weitere Hinweise zur Entwicklung der Warenexporte im 4. Quartal 2022 ergeben sich aus den aktuellen Daten der amtlichen Statistik und des OeNB-Exportindicators. Die von Statistik Austria im Jänner 2023 veröffentlichten vorläufigen Außenhandelsdaten bis Oktober 2022 weisen ein kumuliertes Wachstum der nominellen Warenexporte von 18,4% gegenüber dem Vorjahr aus.

Im Oktober expandierten die Warenexporte zu laufenden Preisen um 16,3%. Für die Monate November und Dezember 2022 deuten erste Ergebnisse der Außenhandelsstatistik von Eurostat sowie der Exportindikator der OeNB (Stand Mitte Jänner 2023) auf eine leichte Abschwächung dieser Wachstumsraten im Vorjahresvergleich auf rund 11% bzw. 8,5% hin.

Übersicht 4.1: Aktuelle Entwicklung des österreichischen nominellen Warenaußenhandels

	Export	Export	Import	Import
	Mrd. €	Veränd. in %	Mrd. €	Veränd. in %
Jänner bis Oktober 2021	135,9	15,3	146,0	22,2
Jänner bis Oktober 2022	161,0	18,4	176,9	21,2
September bis Oktober 2021	29,0	11,6	31,6	20,0
September bis Oktober 2022	34,2	17,9	37,6	19,3
September 2021	14,8	14,9	15,8	23,9
Oktober 2021	14,3	8,5	15,8	16,3
September 2022	17,6	19,3	19,1	21,1
Oktober 2022	16,6	16,3	18,5	17,5

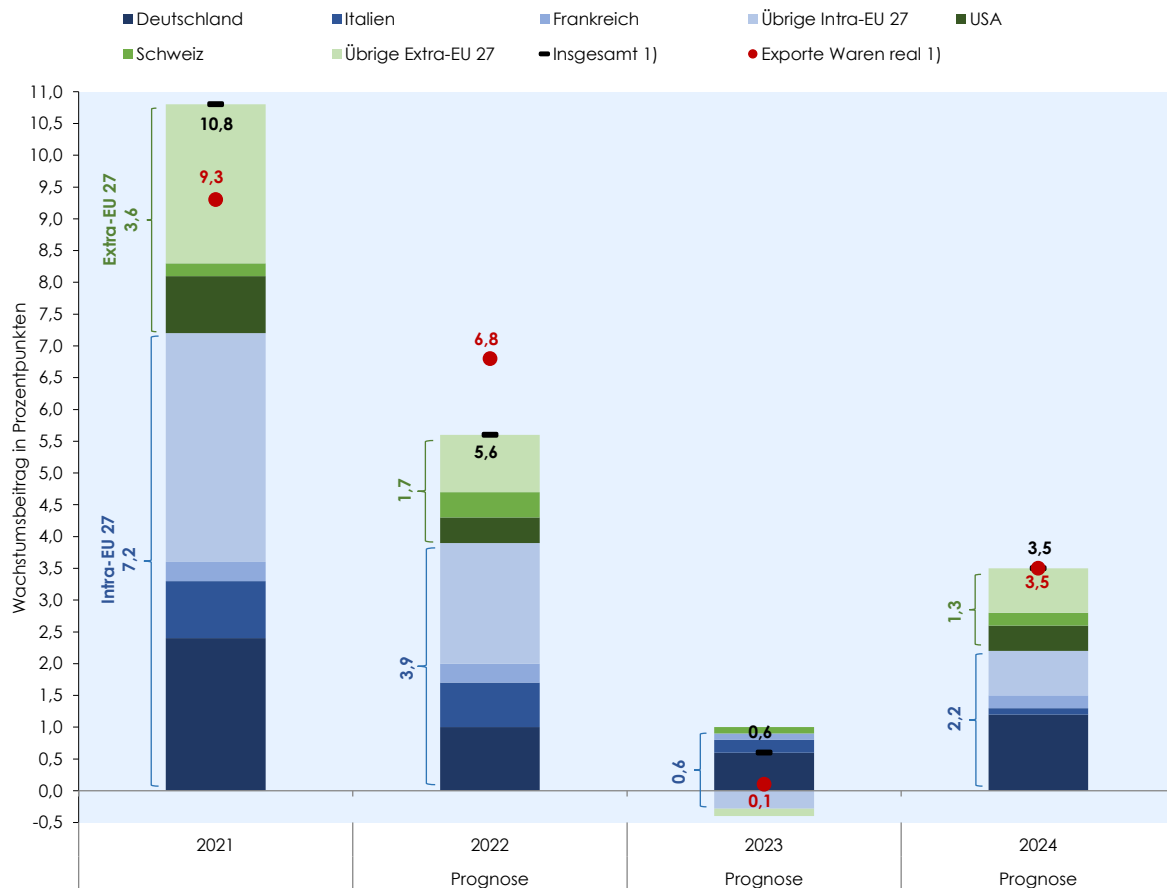
Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Die Prognose für das Gesamtjahr 2022 folgt diesem Bild der Vorlaufindikatoren. **Aufgrund der starken Expansion im ersten Halbjahr werden die österreichischen Warenexporte 2022 auf Basis der Daten laut Außenhandelsstatistik der Statistik Austria preisbereinigt um 6,8% noch kräftig wachsen. Die nominelle Wachstumsrate der Warenexporte dürfte rund 17% erreichen.** Die hohen Wachstumsbeiträge der für Österreich wichtigen EU-27-Länder sowie der Fokus der Nachfrage auf Waren, die in der österreichischen Exportindustrie stark vertreten sind (Maschinen und bearbeitete Waren), sollten 2022 noch Marktanteilsgewinne ermöglichen. Das österreichische Exportwachstum dürfte damit das Wachstum der Exportmärkte übertreffen (Abbildung 4.3).

Das Wachstum der österreichischen Exportmärkte auf Basis der internationalen Konjunkturprognosen im Jahr 2023 wird nur etwa 0,6% erreichen. In diesem Umfeld dürften die Warenexporte im Jahr 2023 stagnieren (0,1%). Die negativen Einflüsse aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld dürften bis zum 2. Quartal 2023 überwiegen und erst dann auf einen moderaten Wachstumskurs einschwenken. Einige der wichtigsten Handelspartner stehen vor einem kräftigen Konjunkturabschwung, der in Deutschland zu einer Stagnation der Wirtschaftsleistung führen dürfte. Das schwache Wachstum der wichtigsten österreichischen Exportmärkte in der EU 27 und die zunehmende Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit durch die hohen Energiepreise machen das Halten von Marktanteilen insbesondere in energieintensiven und damit wichtigen Teilen der österreichischen Exportindustrie (Chemie, Stahl, Papier) immer schwieriger. Der Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit wiegt insbesondere im außereuropäischen Export. So sah sich die europäische und österreichische Industrie im Jahresdurchschnitt 2022 etwa sechsmal höheren

Preisen für Erdgas ("Dutch TTF"¹⁵) als etwa die USA ("Henry Hub")¹⁶) gegenüber und Wettbewerbsvorteile für europäische Exporteure durch die erwartete Abwertung des Euro wiegen dies kaum auf (Baumgartner, 2022b; Ederer und Glocker, 2022). Allerdings dürfte der direkte negative Effekt der Energiepreise auf die Sachgütererzeugung in Österreich etwas schwächer ausfallen als in Deutschland, zumal die Erdgasintensität der österreichischen Industrie etwas geringer ist (Glocker und Ederer, 2022).

Abbildung 4.3: Wachstum der österreichischen Exportmärkte – 2021 und Prognose 2022 bis 2024 nach Regionen und den Top-5-Exportmärkten



Quelle: WIFO-Prognose vom Dezember 2022; eigene Berechnungen. – 1) Veränderung gegen das Vorjahr in %.

Die Prognose für 2023 beruht unter anderem auch auf den Annahmen, dass das Infektionsgeschehen aufgrund der COVID-19-Pandemie in Österreich oder in wichtigen Handelspartnern die heimische Exportwirtschaft kaum mehr trifft. Das schließt auch mit ein, dass die plötzliche Abkehr Chinas von der Null-COVID-Politik im Dezember 2022 nicht mehr Blockaden im internationalen Handel durch das Schließen von Fabriken und Häfen aufgrund hoher Infektionszahlen verursacht als die behördlichen Schließungen zuvor. Als Resultat der Abkühlung der Weltkonjunktur 2023 sollte die Problematik von Engpässen in den Lieferketten

¹⁵) "Dutch TTF" ist die Abkürzung für "Title Transfer Facility" und bezeichnet einen virtuellen Handelspunkt im niederländischen Gasnetz, über den Erdgas für die Niederlande an den Terminbörsen in London und Chicago gehandelt wird.

¹⁶) "Henry Hub"-Erdgas wird durch die Gaspipeline gleichen Namens in den USA befördert und prägt den Preis für Natural Gas Futures, die an der weltgrößten Warenterminbörse, der New York Mercantile Exchange (NYMEX), gehandelt werden.

weiter abebben. Weiters wird angenommen, dass die Spannungen zwischen dem Westen und Russland sowie die gegenseitigen Sanktionen noch länger aufrecht bleiben. Von einem vollständigen Erdgaslieferstopp Russlands nach Europa wird nicht ausgegangen. Der warme Winter in Europa hat das Risiko von Energieengpässen in diesem Jahr stark verringert, somit bleiben Rationierungen von Energie in Europa in diesem Jahr aus und sollten auch im nächsten Winter vermieden werden können. Die Unsicherheiten insbesondere bezüglich der Preisentwicklung bleiben aber aufrecht. Das Niveau der Erdgaspreise bleibt hoch, obwohl sich die Situation auf den Rohstoffmärkten und Energiemärkten zuletzt etwas entspannte. In der Erdgaspreisentwicklung wird erst in der zweiten Jahreshälfte 2023 mit einem allmählichen Rückgang der Preise gerechnet. Eine weitere Entspannung ist im Jahr 2023 auch bei den Frachtraten im internationalen Transport sowie bei den Preisen für Rohöl und Industrierohstoffe zu erwarten (vgl. Kapitel 2 und Glocker und Ederer, 2022). Dies steht mit der Abkühlung der globalen Konjunkturdynamik in Zusammenhang.

Erst mit der Belebung der internationalen Konjunktur im Jahr 2024 werden sich die österreichischen Warenexporte wieder merklich günstiger entwickeln. **Das Wachstum der österreichischen Exportmärkte steigert sich 2024 deutlich und für die österreichischen Warenexporte kann ein preisbereinigter Zuwachs von 3,5% erwartet werden.** Dabei dürften die wichtigsten Impulse aus dem Wachstum der EU-Märkte, insbesondere aus Deutschland, zu erwarten sein.

Übersicht 4.2: Prognose des österreichischen Außenhandels und weiterer Kennzahlen

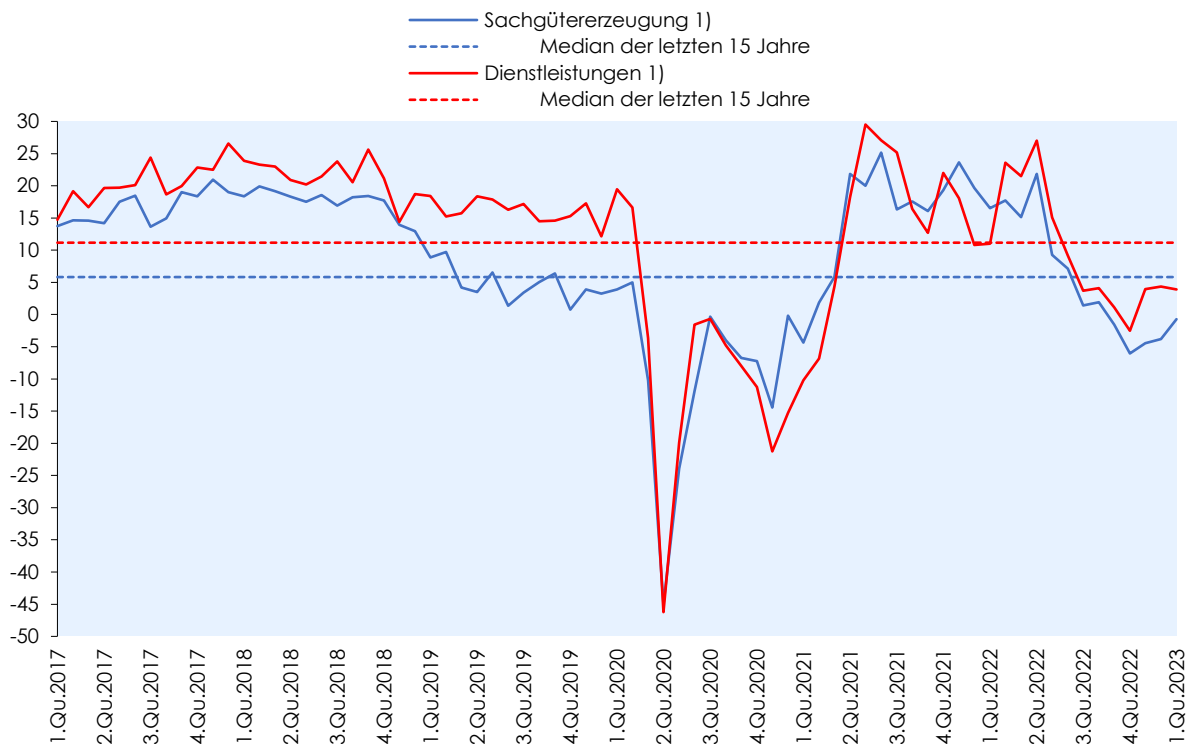
	2021	2022 Prognose	2023 Prognose	2024 Prognose
<i>Veränderung gegen das Vorjahr in %</i>				
Marktwachstum Österreich ¹⁾	10,8	5,6	0,6	3,5
Exporte real ²⁾ insgesamt	9,6	8,8	0,3	3,3
Waren lt. AH-Statistik	9,3	6,8	0,1	3,5
Waren, fob	12,9	6,0	-0,1	3,5
Dienstleistungen	1,3	17,0	1,2	3,0
Importe real ²⁾ insgesamt	13,7	5,1	0,9	3,2
Waren lt. AH-Statistik	14,5	4,4	0,1	3,0
Waren, fob	14,2	3,1	0,1	3,0
Dienstleistungen	12,2	10,9	3,3	3,7
Exportpreise Waren	6,3	9,5	2,9	0,5
Importpreise Waren	7,9	15,0	3,9	0,3
Terms-of-Trade (Waren)	-1,5	-4,7	-1,0	0,2
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren				
Nominell	0,6	-1,8	2,1	2,7
Real	0,2	-2,0	3,0	4,1
Erdölpreis, Brent, \$ je Barrel	-35,1	70,3	-2,8	-4,3
Erdölpreis, Brent, € je Barrel	-37,5	93,8	0,1	-13,7
Mrd. €				
Handelsbilanz Waren lt. AH-Statistik, nominell	-12,9	-20,5	-23,3	-22,6
In % des BIP	-3,2	-4,6	-4,9	-4,5
Leistungsbilanz nominell	1,4	0,2	-1,8	1,0
In % des BIP	0,4	0,0	-0,4	0,2

Quelle: WIFO-Prognose vom Dezember 2022, eigene Berechnungen – ¹⁾ Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen. – ²⁾ Referenzjahr 2015, berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen.

Die Dienstleistungsexporte beleben sich vor allem aufgrund der günstigen Entwicklung des Reiseverkehrs im Zuge der Aufhebung der behördlichen COVID-19-Maßnahmen im Jahr 2022 wesentlich stärker als der Warenexport. Die Inflation und die große Unsicherheit durch multiple Krisen hemmen die Entwicklung 2023, die sich parallel zu den Warenexporten erst 2024 wieder beleben dürfte. Laut derzeitiger Prognose könnte der Dienstleistungsexport 2022 ein

preisbereinigtes Wachstum von 17% erreichen, im Jahr 2023 um 1,2% und 2024 um 3,0% expandieren. Während sich Transportdienste sowie unternehmensbezogenen Dienstleistungen bereits im Jahr 2021 deutlicher und parallel zu den Warenexporten erholten, belebte sich der für den österreichischen Gesamtexport von Dienstleistungen wichtige Reiseverkehr erst mit der weitgehenden Aufhebung der behördlichen COVID-19-Maßnahmen (vgl. Kapitel 2.1). Das beflügelte insbesondere den Skitourismus zu Beginn des Jahres 2022, stütze aber auch das Wachstum der Reiseverkehrsexporte in den Sommermonaten. Die hohe Inflation und Unsicherheit sowie die weltweite Konjunkturabschwächung belasten den österreichischen Reiseverkehr aber zunehmend. Bei unternehmensnahen Dienstleistungen sowie Transportdienstleistungen kam vor allem die Abschwächung der heimischen Produktion und der Warenexporte zunehmend zu tragen.

Abbildung 4.4: Erwartung von Aufträgen in der Sachgütererzeugung und im Dienstleistungssektor
Saisonbereinigt



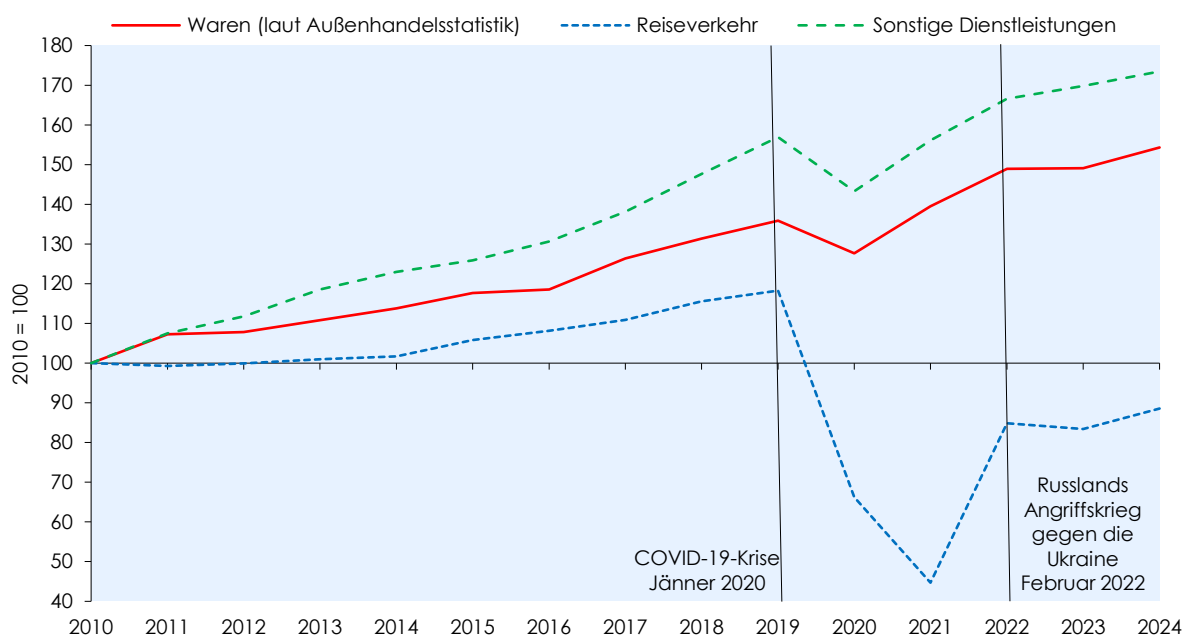
Quelle: WIFO-Konjunkturtest, WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Anteil der Unternehmen, die in den kommenden drei Monaten steigende Aufträge erwarten, minus Anteil der Unternehmen, die in den kommenden drei Monaten sinkende Aufträge erwarten in Prozentpunkten.

Die anfänglich noch große Zuversicht in den Geschäftserwartungen des Dienstleistungssektors trübten sich laut der WIFO-Konjunkturerhebung damit bereits in den Sommermonaten 2022 merklich ein (Abbildung 4.4). Die gute Buchungslage und stabile touristische Nachfrage über Weihnachten und Silvester haben die Stimmung vor allem im Reiseverkehr zu Jahresende wieder etwas belebt. Die Reiseverkehrsexporte dürften damit 2022 kräftig wachsen. Die aktuelle Prognose rechnet auf Basis der von Statistik Austria vorläufigen Realisierungen bis zum 3. Quartal 2022 mit einem realen Zuwachs von knapp 90%. Der COVID-19-bedingte Einbruch aus den beiden Vorjahren kann damit wieder teilweise wettgemacht werden. Im Jahr 2023 wird die weitere Entwicklung aber durch die hohe Teuerung gehemmt, da Einsparungsmaßnahmen eher bei Urlaubsausgaben – durch Verkürzung des Urlaubs, den

Umstieg auf günstigere Unterkünfte, die Einschränkung der Nebenausgaben bei Reisen oder die Wahl anderer Destinationen – als in den Bereichen Lebensmittel oder Wohnen gesetzt werden (Fritz und Burton, 2022). Die Tourismuskonsumnachfrage aus dem Ausland dürfte daher im kommenden Jahr 2023 real leicht sinken (-1,7%) und sich erst 2024 mit der Entspannung auf weltwirtschaftlicher Ebene wieder stärker beleben (+6,2%). **Mit dieser prognostizierten Entwicklung des Reiseverkehrs, als wichtigste Komponente des Dienstleistungsexports, dürften die Gesamtexporte laut VGR (Exporte von Waren und Dienstleistungen) damit im Jahr 2022 preisbereinigt um 8,8% steigen. Im Jahr 2023 wird ein Wachstum von lediglich 0,3% und im Jahr 2024 von 3,3% erwartet.**

Während der Warenexport das Vorkrisenniveau von 2019 bereits 2021 wieder erreicht und übertroffen hat, werden laut diesen Prognosen die Reiseverkehrsexporte auch bis zum Jahr 2024 das Niveau von 2019 erst zu 75% erreichen. Der sonstige Dienstleistungsexport (ohne Reiseverkehr) übertrifft bereits im Jahr 2022 das Niveau vor der Krise, im Jahr 2024 kann das Vorkrisenniveau sogar um rund 10% übertroffen werden (Abbildung 4.5)

Abbildung 4.5: Entwicklung und Prognose der realen Waren- und Dienstleistungsexporte Österreichs, 2010 bis 2024



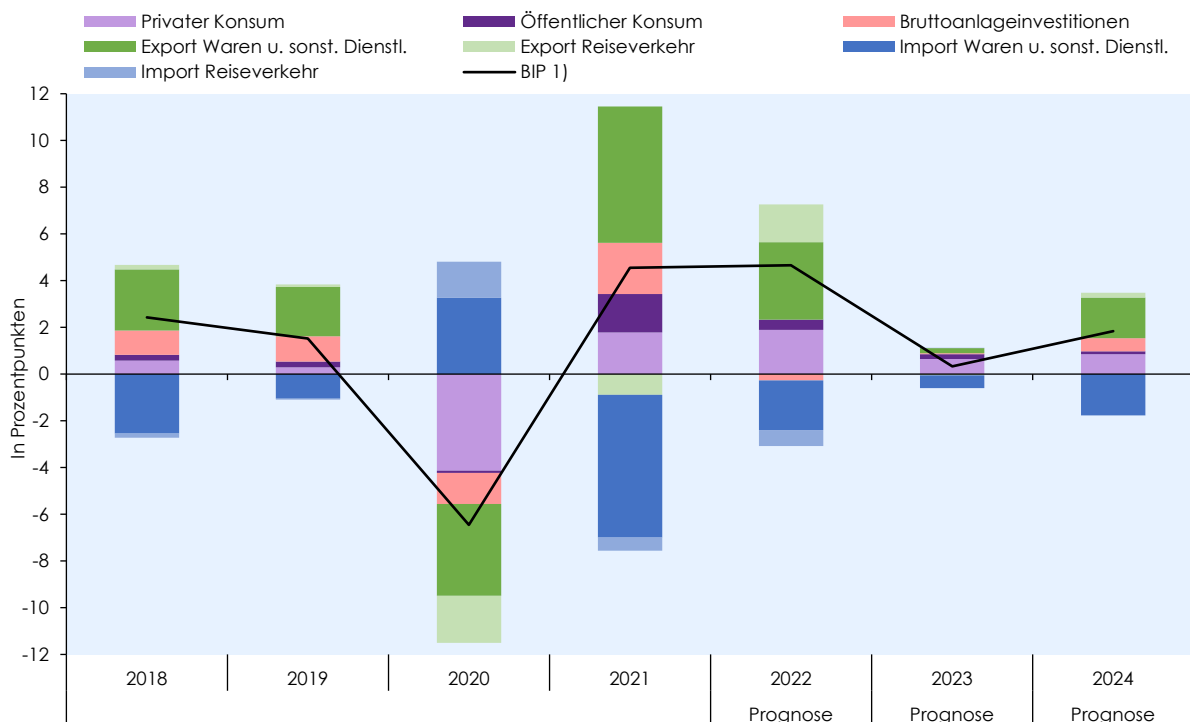
Quelle: Statistik Austria, OeNB, WIFO-Prognose vom Dezember 2022, eigene Berechnungen.

Die konjunkturelle Schwächephase trifft auch den österreichischen Gesamtimport von Waren und Dienstleistungen, der im Jahr 2022 preisbereinigt um 5,1% wachsen und im Jahr 2023 stagnieren dürfte. Erst im Jahr 2024 werden die Importe mit einem realen Wachstum von 3,2% wieder an Fahrt aufnehmen können. Vor allem die nominelle Entwicklung der Warenimporte ist 2022 noch stärker durch die hohen Teuerungsraten beeinflusst als die der Warenexporte und der Abstand zur realen Entwicklung daher besonders hoch. Die nominellen Warenimporte expandieren durch das starke Anziehen der Importpreise kräftig und dürften 2022 ein Wachstum von 20% erreichen. Die reale Importentwicklung fiel deutlich gedämpfter aus und stagniert im Vorquartalsvergleich bereits seit dem 2. Quartal 2022 (vgl. Kapitel 2.1). Der außerordentliche Nachfrageboom nach dauerhaften Konsumgütern während der COVID-19-Pandemie ist nun gänzlich abgeklungen ebenso wie die bis in das Frühjahr 2022 noch hohe Importnachfrage nach Energie und Vorprodukten. Auch die Impulse aus der

Exportindustrie sowie der heimischen Investitionsnachfrage werden sich bis zum Jahresende 2022 weiter abschwächen. Die Warenimporte Österreichs dürften im Jahr 2022 ein reales Wachstum von 4,4% erreichen und damit auch deutlich hinter dem realen Wachstum der Warenexporte (6,8%) bleiben. Parallel zur nachlassenden Exportdynamik und Binnenkonjunktur wird sich das Warenimportwachstum 2023 deutlich abschwächen und im Vorjahresvergleich mit 0,1% stagnieren. Der starke Preisauftrieb im Import dürfte aber im Laufe des Jahres 2023 abebben. Die zuletzt stagnierenden Preise für Industriegüter und der sich in Notierungen an den Terminmärkten absehbare allmähliche Rückgang der Erdgaspreise stellen die wichtigsten Vorboten einer langsameren Preisdynamik dar (vgl. Kapitel 2). Für das Jahr 2024 wird eine Expansion der Wareneinfuhren um 3% prognostiziert. Das Wachstum der realen Gesamtimporte von Waren und Dienstleistungen fällt aufgrund des wiedererstarteten Tourismus im Jahr 2022 mit 5,1% stärker als beim Warenimport aus. Im Folgejahr 2023 werden aber vor allem die Reiseverkehrsimporte aufgrund der hohen Teuerungen und Einsparungen bei den Urlauben wieder beeinträchtigt und real um 0,6% gegenüber dem Vorjahr abnehmen.

Das BIP-Wachstum wurde 2022 vor allem durch die kräftige Ausweitung der Nettoexporte getragen. Der Beitrag der Nettoexporte zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum wird im Jahr 2022 mit 2,1 Prozentpunkten deutlich positiv sein. Erstmals seit Ausbruch der COVID-19-Krise wird dabei auch der Beitrag des Reiseverkehrs stark positiv ausfallen. Im Jahr 2023 und 2024 trägt der Inlandskonsum am meisten zur Gesamtentwicklung bei. Der Beitrag der Nettoexporte wird 2023 mit -0,4 Prozentpunkten leicht negativ und 2024 mit 0,2 Prozentpunkten leicht positiv ausfallen (Abbildung 4.6).

Abbildung 4.6: Wachstumsbeitrag der Nachfragekomponenten zum BIP, real



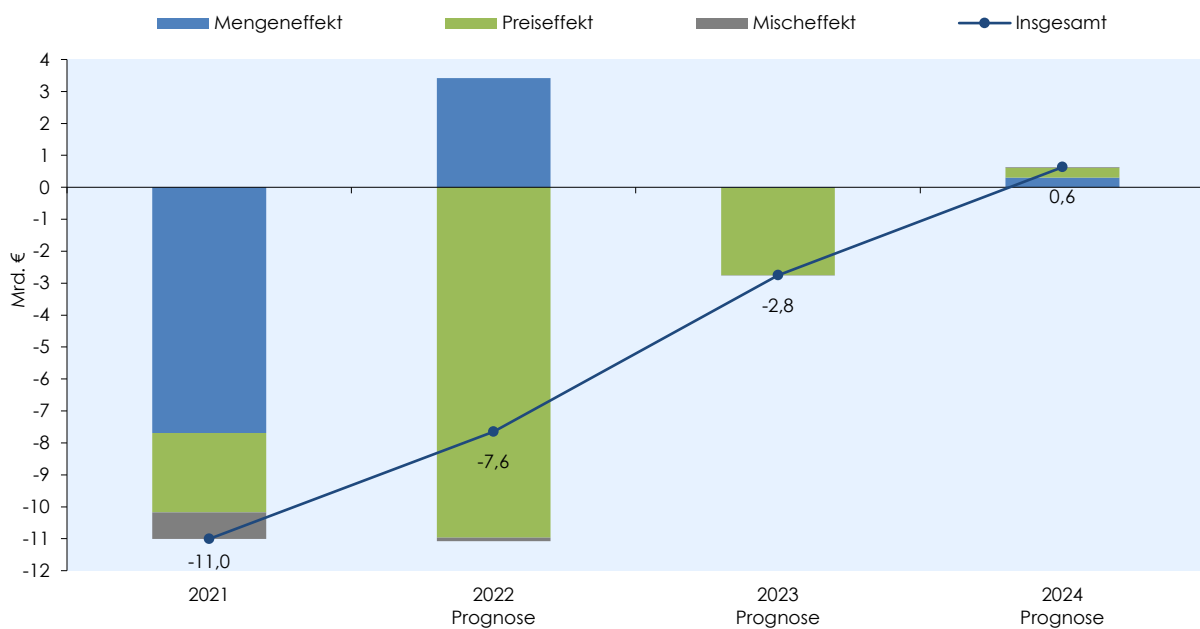
Anmerkung: Ohne Lagerveränderung und Nettozugang an Wertsachen, ohne statistische Differenz.

Quelle: WIFO-Prognose vom Dezember 2022, eigene Berechnungen. – 1) Veränderung gegen das Vorjahr in %.

Der Energiepreisschock hat im Jahr 2022 eine deutliche Verschlechterung der Terms-of-Trade zur Folge und erhöht das Handelsbilanzdefizit um weitere 7,7 Mrd. €. Die Leistungsbilanz bleibt zunächst ausgeglichen.

Die Handelsbilanz wird sich 2022 gegenüber dem Vorjahr neuerlich deutlich verschlechtern (-7,7 Mrd. €) und mit einem Defizit von 20,5 Mrd. € rund 4,6% des BIP erreichen. Belastet wird der Außenhandelsaldo dabei vor allem durch den starken Anstieg der nominellen Warenimporte als Folge der Preishausse auf den internationalen Rohstoff- und Energiemärkten. Mit einer Steigerung der Importpreise um 15% und einem Anziehen der Exportpreise um 9,5% ist für das Jahr 2022 eine deutliche Verschlechterung der Terms-of-Trade um 4,8% zu erwarten. Dieser negative Preisschock bewirkt eine Erhöhung des Defizits in der Warenbilanz von fast 11 Mrd. €, das durch einen positiven Mengeneffekt aufgrund der mäßigen realen Importentwicklung auf 7,6 Mrd. € verringert wird (Abbildung 4.7).

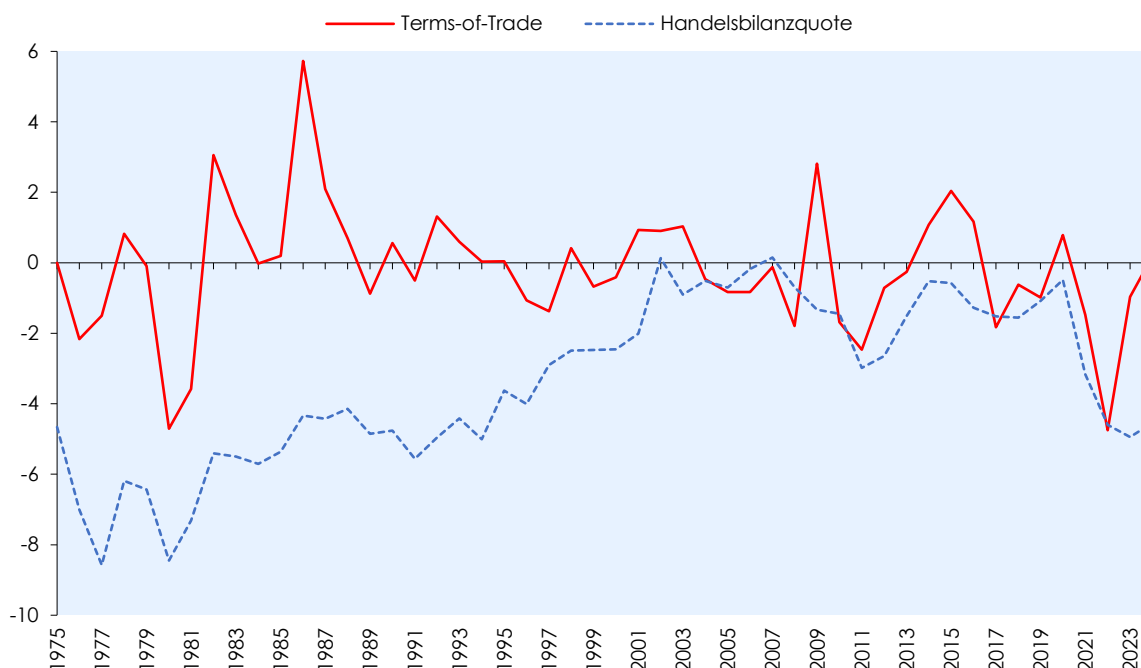
Abbildung 4.7: Beitrag der Mengen- und Preiskomponente des Außenhandels zur Veränderung der Handelsbilanz 2021 bis 2024



Quelle: WIFO-Prognose vom Dezember 2022, eigene Berechnungen.

Die negativen Preiseffekte bewirken ein außerordentlich hohes Defizit der Energiebilanz, das sich für den Großteil der Verschlechterung in der Gesamthandelsbilanz verantwortlich zeigt. Die enorme Verschlechterung der Terms-of-Trade ist ein Höchstwert, der zuletzt 1980 während der zweiten Ölpreiskrise erreicht wurde (Abbildung 4.8). Mit der Verschlechterung der Terms-of-Trade geht ein deutlicher Kaufkraftverlust für die heimische Bevölkerung durch die ungewöhnlich hohen Importpreise einher. Im Jahr 2023 sollte sich die Lage auf den Energiemärkten allmählich entspannen und somit sollten sich auch die negativen Preiseffekte reduzieren. Der Trend zur Verschlechterung der Terms-of-Trade wird aber weiter anhalten, bis die Rohstoff- und Energiepreise wieder sinken. Die Terms-of-Trade dürften sich 2023 um 1% weiter verschlechtern, sollten sich aber im Jahr 2024 mit der anspringenden Konjunktur mit 0,2% wieder leicht verbessern. Das Handelsbilanzdefizit wird sich aber im Prognosezeitraum bis 2024 nicht merklich abbauen und über 4% des BIP bleiben. Zuletzt wurde eine Defizitquote im Warenaußenhandel in dieser Höhe Mitte der 1990er-Jahre erreicht. Im Vergleich zur Ölpreiskrise Anfang der 1980er-Jahre mit einem Defizit in Prozent des BIP von 8,5% fällt das Defizit in Prozent des BIP aktuell geringer aus (Abbildung 4.8).

Abbildung 4.8: Veränderung der Terms-of-Trade und die Handelsbilanzquote, 1975 bis 2024



Anmerkung: Die Terms-of-Trade geben das Verhältnis der Exportpreise zu den Importpreisen wieder, die Veränderung wird im Vergleich zum Vorjahr in % dargestellt. Die Handelsbilanzquote gibt die Warenhandelsbilanz in % des BIP wieder.
Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond, WIFO-Prognose vom Dezember 2022.

Österreich steht mit dieser prognostizierten Entwicklung nicht alleine da. Der internationale Vergleich für das Jahr 2022 zeichnet ein ganz ähnliches Bild der voraussichtlichen Handelsbilanzentwicklung in den wichtigsten Partnerländern Österreichs (Übersicht 4.3). Bis auf die USA und die Schweiz zeichnen sich deutliche Verschlechterungen in der Defizitquote des Warenhandels ab. Die bereits realisierten Veränderungen in der Energieaußenhandelsbilanz bis zum 3. Quartal 2022 verdeutlichen den hohen negativen Beitrag der Energiepreiskrise in den europäischen Vergleichsländern.

Übersicht 4.3: Handelsbilanz Österreichs im internationalen Vergleich

	Insgesamt 2022 Prognose In % des BIP	Insgesamt 2022 Prognose Veränd. in %-Punkten	Energiebilanz 1.-3-Qu.2022 Veränd. in %-Punkten
Österreich	-4,6	-1,4	-1,9
Deutschland	2,0	-2,9	-2,4
USA	-4,7	-0,1	.
Italien	-1,3	-3,7	-4,4
Schweiz	7,2	-0,1	.
Frankreich	-7,2	-2,8	-3,3
Polen	-3,5	-3,4	-1,9
Tschechien	0,2	-4,9	-3,6
Ungarn	-6,7	-5,9	-7,2
Vereinigtes Königreich	-10,2	-3,6	.
EU 27	-2,1	-3,0	-2,7

Quelle: AMECO, UN COMTRADE, WIFO-Prognose vom Dezember 2022, eigene Berechnungen.

Das erwartete hohe Defizit in der Handelsbilanz wird in der österreichischen Zahlungsbilanz im Jahr 2022 durch Überschüsse im Transitverkehr und im nicht grenzüberschreitenden

Warenverkehr¹⁷⁾ im Zusammenhang mit der Lohnveredelung – die dem Güterhandel laut VGR zugerechnet werden und einen Teil der Abgrenzungsunterschiede zum Warenhandel laut Außenhandelsstatistik darstellen – nicht mehr ausgeglichen. Auch die Güterbilanz laut VGR saldiert 2022 mit -4,6 Mrd. € deutlich negativ (Übersicht 4.4) und bleibt auch in den Folgejahren 2023 und 2024 mit -7,1 Mrd. € bzw. -6,0 Mrd. € defizitär. Deutlich entlastet wird die Leistungsbilanz 2022 aber durch den Überschuss im Reiseverkehr, der um 6,4 Mrd. € höher als noch 2021 ausfallen wird. Der erzielte Reiseverkehrsüberschuss erreicht 2022 einen Wert von 9,1 Mrd. €, der sich bis 2024 auf 11,5 Mrd. € erhöhen könnte und damit die Leistungsbilanz maßgeblich entlasten wird.

Übersicht 4.4: Zahlungsbilanzprognose

		2020	2021	2022	2023	2024
				Prognose	Prognose	Prognose
Waren (laut Außenhandelsstatistik)	Mrd. €	-1,85	-12,86	-20,51	-23,27	-22,64
Güter	Mrd. €	3,39	-0,34	-4,60	-7,12	-5,95
Reiseverkehr i.w.S. ¹⁾	Mrd. €	8,92	2,70	9,13	9,74	11,48
Sonstige Dienstleistungen	Mrd. €	-0,87	-0,25	-0,68	-1,39	-2,24
Primäreinkommen	Mrd. €	3,38	1,83	-1,76	-1,03	-0,50
Sekundäreinkommen	Mrd. €	-3,48	-2,50	-1,90	-2,03	-1,84
Leistungsbilanz	Mrd. €	11,35	1,44	0,18	-1,83	0,95
	In % des BIP	3,0	0,4	0,0	-0,4	0,2

Quelle: WIFO-Prognose vom Dezember 2022, eigene Berechnungen. – 1) Einschließlich internationaler Personentransporte.

Die Primäreinkommen haben sich bereits 2021 deutlich erhöht und der positive Saldo hat zum Überschuss in der Leistungsbilanz 2021 – basierend auf großen Datenkorrekturen in der Zahlungsbilanzstatistik im Oktober 2022 – bei stark negativer Handelsbilanz beigetragen¹⁸⁾. Zur Erholung haben insbesondere steigende Vermögenseinkommen durch Dividendenauszahlungen beigetragen. Auch 2022 wachsen diese kräftig, allerdings verschlechtert sich laut derzeitigem Stand der Zahlungsbilanzdaten der Saldo der Einkommen aus Direkt- und Portfolioinvestitionen. Gleichzeitig liefert die Entwicklung der Erwerbseinkommen einen negativen Beitrag zum Primäreinkommenssaldo, da durch die starke Belebung des Reiseverkehrs 2022 nach der COVID-19-Pandemie vor allem die Erwerbseinkommen ausländischer Fachkräfte in den heimischen Hotel- und Beherbergungsbetrieben stärker ansteigen dürften. Damit dürfte sich der Saldo des Primäreinkommens im Jahr 2022 auf ein Defizit von 1,8 Mrd. € drehen. Der negative Effekt touristischer Erwerbseinkommen wird mit der konjunkturellen Abschwächung und den zu erwartenden Rückgang der Reiseverkehrsexporte 2023 bzw. dem mäßigen Entwicklungspfad des Tourismus im Jahr 2024 allmählich ausklingen. Die Prognose der Sekundäreinkommen berücksichtigt Transferzahlungen der EU an Österreich aus dem NextGeneration EU Fonds von jeweils 0,5 Mrd. € pro Jahr von 2022 bis 2024 sowie auf der Passivseite niedrigere BIP-bezogene Beiträge Österreichs. Das Defizit der Sekundäreinkommen sinkt daher 2022 und wird im Prognosezeitraum bis 2024 relativ stabil bleiben.

¹⁷⁾ Die Zahlungsbilanz erfasst alle Rechtsgeschäfte zwischen einem In- und einem Ausländer unabhängig davon, ob die zugrunde liegenden Waren die österreichische Grenze passieren. Kauft demnach ein gebietsansässiges Unternehmen Waren im Ausland und führt diese nicht nach Österreich ein, sind diese zu erfassen. Dasselbe gilt für den Verkauf von Waren. Diese Transaktionen stehen hauptsächlich im Zusammenhang mit Lohnveredelung im Ausland (OeNB: <https://www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=9.1.1.1>).

¹⁸⁾ In der Datenrevision der Zahlungsbilanz vom Oktober 2022 wurde der Saldo des Primäreinkommens für das Jahr 2021 von -0,36 Mrd. € auf +1,83 Mrd. € korrigiert.

Für das Jahr 2022 und 2023 ist aufgrund dieser Entwicklungen in den Teilbilanzen – insbesondere in der Güterbilanz – mit einer Verschlechterung der Leistungsbilanz zu rechnen. Infolge der hohen Zuwächse im Reiseverkehrsexport wird für 2022 aber eine noch ausgeglichene Leistungsbilanz erwartet. Im Jahr 2023 wird sich erstmals seit 2001 ein Defizit von rund 2 Mrd. € bzw. 0,4% des BIP ergeben. Im Folgejahr 2024 kann der Überschuss aus dem Reiseverkehr die Defizite in den anderen Teilbilanzen wieder kompensieren.

4.2 Prognoserisiken

Die Abwärtsrisiken der vorgestellten Prognose überwiegen. Die Unsicherheiten über den weiteren Verlauf des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und der Preisentwicklung stellen die wichtigsten Prognoserisiken dar. Die vorgestellte kurzfristige Prognose stützt sich in den Annahmen zur internationalen Konjunktur, der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Energie und Vorleistungen sowie der Stimmungslage und Einschätzungen der Unternehmen auf den Informationsstand von Mitte Jänner 2023. Der Prognosezeitraum reicht vom 4. Quartal 2022 bis zum 4. Quartal 2024.

Bezüglich der gewählten Annahmen bestehen Unsicherheiten vor allem in Bezug auf die weiteren Auswirkungen des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine, die weitere Preisentwicklung, den weiteren Verlauf der COVID-19-Pandemie in China nach der raschen Abkehr von der Null-COVID-Strategie und auch die möglichen Auswirkungen der geopolitischen Spannungen mit China und den Reaktionen der USA, die wichtige Sektoren wie die Halbleiterindustrie betreffen könnten.

Der Zeitpunkt eines eventuellen Kriegsendes zwischen Russland und der Ukraine bleibt höchst ungewiss und der weitere Verlauf der politischen Spannungen zwischen Russland und der EU ist schwer vorhersehbar. Die Unsicherheiten bezüglich einer vollständigen Unterbrechung der Erdgaslieferungen aus Russland bleiben weiterhin bestehen. Rationierungen von Energie in Europa können im Winter 2022/23 – auch aufgrund des bisher warmen Wetters – vermieden werden, aber Preissteigerungen sowie Knappheiten von Energie könnten erneut schlagend werden, sobald die Lagerbestände wieder niedrig sind und auf den Weltmärkten nicht ausreichend Ersatz für die russischen Lieferungen gefunden werden kann. Das Risiko, dass der hohe Preisauftrieb noch länger anhält, bleibt daher hoch. Das könnte durch das Ausbleiben von Lieferungen aus der Ukraine und Russland auch die Nahrungsmittelpreise betreffen.

Eine weitere Unsicherheit betrifft die möglichen Auswirkungen der Kehrtwende in der COVID-19-Politik Chinas. Diese könnte der Weltwirtschaft kurzfristig hohe Nachfrageimpulse verleihen, denn nach den langen Schließungsphasen während der Phase der Null-COVID-Politik Chinas ist das Aufholpotential im privaten Konsum und bei Auslandsreisen der chinesischen Bevölkerung groß. Andererseits könnte die plötzliche Öffnung zu einer neuerlichen erheblichen Infektionswelle führen und Personalausfälle in Produktionsbetrieben oder Häfen nach sich ziehen. Dies könnte die derzeit beobachtete Entspannung bei den internationalen Lieferketten wieder umkehren und eine zusätzliche Quelle für steigende Preise industrieller Vorprodukte darstellen, oder auch Versorgungsengpässe bei Medikamenten weiter schärfen. Eine weitere Unsicherheit besteht hinsichtlich der Spannungen in Bezug auf Taiwan und wie bereits betont auch hinsichtlich der geopolitischen Spannungen zwischen den USA und China.

5. Mittelfristige Entwicklungen im globalen Handel

Bernhard Moshhammer und Robert Stehrer

5.1 Herausforderungen und Trends

Nach dem Ende der Pandemie hat der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine der weltwirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2022 ihren Stempel aufgedrückt, auch wenn Russlands Rolle im globalen Handel (auch gegeben des Anteils am globalen BIP) gering ist. Global beeinflussen seitdem vor allem die hohen Rohstoffpreise, getrieben von Angebotsverknappung und Unsicherheit, das Wirtschaftsgeschehen. Für Europa kam noch die hohe Abhängigkeit von russischen Energieträgern dazu, die insbesondere für bestimmte Länder wie Österreich oder Deutschland vor dem Kriegsbeginn sehr hoch war. So steht nun die schnellstmögliche Reduktion der russischen (Energie)Abhängigkeit, gepaart mit den Bemühungen schlagkräftige Sanktionspakete gegen Russland zu schnüren im Vordergrund. Die grüne Wende tritt in dieser Hinsicht, kurzfristig, gegenüber den Bemühungen mögliche Versorgungsengpässe im Winter zu vermeiden, in den Hintergrund. Längerfristig können diese Entwicklungen jedoch zu einer Beschleunigung der ökologischen Transformation führen.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine unterstreicht die Dringlichkeit der schon davor ins Treffen geführten geopolitischen Argumente für die Dekarbonisierung, mit dem weiteren Ziel einer Verringerung der energiepolitischen Vulnerabilitäten. Diese Abhängigkeiten beschränken sich nicht nur auf den Energiesektor, wie Rohstoffstrategien, Important Projects of Common European Interest (IPCEI) oder die Bemühungen um den Ausbau der Halbleiterproduktion zeigen. Projekte wie der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus oder die Lieferkettenverordnung zeigen, dass die europäische Handelspolitik sukzessive politischer gedacht wird, offenere Konfrontationen – wie beispielsweise die der USA mit China – aber vermieden werden.

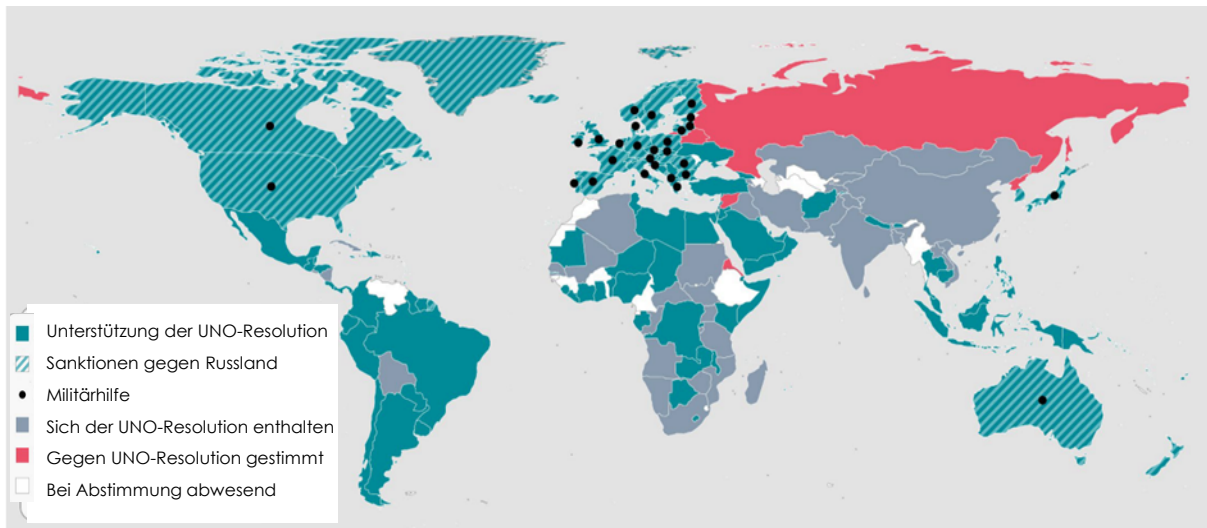
Der Krieg hat die EU und die USA näher zusammenrücken, aber nicht alle Konfliktlinien verblassen lassen, wie das Auf und Ab des Trade and Technology Councils und der Konflikt um den Inflation Reduction Act (IRA) zeigen. Am deutlichsten wird dies allerdings bei China, wo die USA eine deutlich aggressivere Linie verfolgen. China hat zwar Russland die "ewige Freundschaft" geschworen, in der Gemengelage aus eigenen wirtschaftlichen Interessen und (selbst verschuldeten) Herausforderungen, wie der drastischen Kehrtwende in seiner COVID-19-Politik, hat bisher jedoch dieser Freundschaftsankündigung keine Taten folgen lassen.

5.2 Die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine

Obwohl der Anteil Russlands am globalen Handel sehr gering ist – der EU-Handel mit Russland erreicht nur etwa 2% bis 3% (siehe Astrov et al., 2022a) –, waren die Auswirkungen des Angriffskriegs aufgrund der Abhängigkeiten bei Importen von Öl und Gas, der in die Höhe schnellenden Rohstoffpreise und damit einhergehenden Inflationstendenzen (siehe dazu auch Kapitel 2.2) und der allgemeinen Unsicherheiten aus ökonomischer Sicht rasch deutlich spürbar. Politisch wurde der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine von der Weltgemeinschaft schnell und deutlich zurückgewiesen. So verurteilten in der UN-Generalversammlung am 2.3.2022, also nur sechs Tage nach Beginn des russischen Angriffs,

141 Staaten (73,1% aller Staaten der Weltgemeinschaft) den russischen Angriff und forderten Russland auf, "unverzüglich, vollständig und bedingungslos aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine" abzuziehen (Vereinte Nationen, 2022).

Abbildung 5.1: Internationale Reaktionen auf den russischen Angriffskrieg (Stand 3. März 2022)



Quelle: Parry et al. (2022).

Wie Abbildung 5.1 zeigt, ist der Kreis der Länder, welche gleichzeitig auch wirtschaftliche Sanktionen auf Belarus und Russland anwenden (hier türkis-weiß schattiert), aber deutlich kleiner. Dies sind neben der EU und den G7 insbesondere Australien, Südkorea, Neuseeland, Singapur und Taiwan. Darüber hinaus gibt es noch eine Gruppe von Ländern, die sich beispielsweise dem EU-Sanktionsregime angeschlossen haben, wie die EFTA-Staaten Island, Norwegen, Liechtenstein und die Schweiz, sowie die Beitrittskandidaten Albanien, Nordmazedonien und der Beitrittsaspirant Kosovo. Die extra-territoriale Umsetzung von US-Sanktionen durch Unternehmen in Staaten, die selbst keine Sanktionen gegen Russland haben, wie zum Beispiel durch chinesische Unternehmen, sind bei dieser Betrachtung nicht eingeschlossen. Zwar repräsentieren die oben genannten Staaten nur 14,5% der Weltbevölkerung, allerdings erbrachten sie 2021 58,7% der globalen Wirtschaftsleistung und 56,2% der globalen Güterexporte (WDI, National Statistics Republic of China (Taiwan)).

Das erste Sanktionspaket wurde schon vor Ausbruch offener Kriegshandlungen beschlossen.

Schon mit der völkerrechtswidrigen und einseitigen Anerkennung Russlands von Donetsk und Luhansk als "unabhängig" am 21.2.2022 wurde von der Europäischen Union ein erstes Sanktionspaket verabschiedet. Seitdem wurden bislang insgesamt neun Sanktionspakete verabschiedet. Diese richten sich gegen Einzelpersonen, wie die politische Führung Russlands, aber auch gegen Banken, Finanzinstitute, Unternehmen im Bereich Militär, Verteidigung, Luftfahrt, Schiff und Maschinenbau oder umfassen den Entzug von Rundfunklizenzen oder das Aussetzen des Visaverleicherungsabkommens¹⁹⁾. Die bisher neun Sanktionsrunden sind aber auch ein Spiegel der unterschiedlichen (wirtschaftlichen) Interessenslagen, Abhängigkeiten und Einschätzungen der Bedrohlichkeit des Kriegs der EU-Mitgliedstaaten. Die Konsequenzen

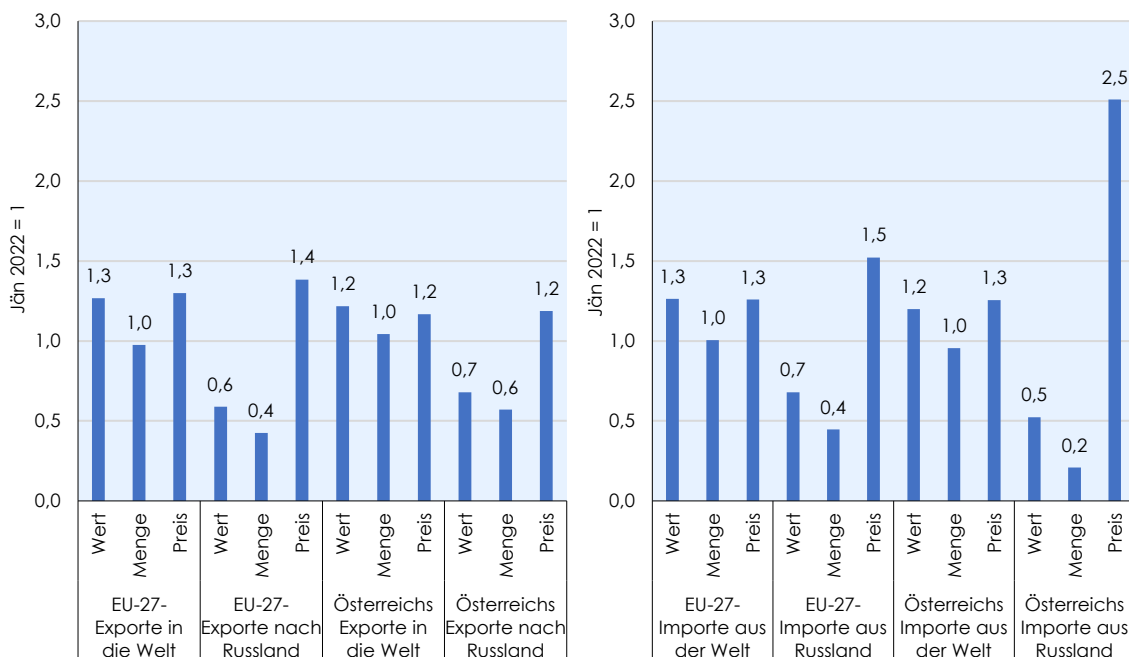
¹⁹⁾ Siehe Europäische Kommission, "Restriktive Maßnahmen der EU gegen Russland aufgrund der Krise in der Ukraine (seit 2014)", <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/restrictive-measures-against-russia-over-ukraine/> (23.1.2023).

sind Sanktionen mit Ausnahmen, was beim Ringen um Energiesanktionen besonders deutlich geworden ist.

Es gibt keine Einigkeit bei europaweiten Energiesubventionen. Die ab der zweiten Jahreshälfte 2021 deutlich steigenden Energiepreise haben zu umfangreichen Hilfspaketen der EU-Mitgliedstaaten geführt, gleichzeitig wurde ein Gaspreisdeckel lange von einzelnen Mitgliedstaaten blockiert. Besonders starker Kritik sah sich Deutschland ausgesetzt, welches einerseits einen Gaspreisdeckel blockierte und gleichzeitig das mit Abstand umfangreichste Energiesubventionspaket verabschiedete. In Summe wurden zwischen September 2021 und Oktober 2022 600,4 Mrd. € zur Dämpfung der Energiepreissteigerungen bereitgestellt (siehe Sgaravatti et al., 2021). Zum Vergleich, die gesamte EU-weite Aufbau- und Resilienzfazilität umfasst 723,8 Mrd. € und davon 338 Mrd. € an Finanzhilfen²⁰).

Beim Handel mit Russland gab es starke Einbrüche bei einer allgemein geringeren Export- und Importdynamik. Aufgrund des russischen Angriffskriegs, der Sanktionen und des negativen Wachstums in Russland – obwohl weniger stark rückläufig als ursprünglich erwartet – brach der Handel mit Russland stark ein.

Abbildung 5.2: EU-27-Handelsentwicklung global und mit Russland bis September 2022



Quelle: Eurostat (Comext), wiw-Berechnungen.

Wie Abbildung 5.2 zeigt, stiegen die EU-27-Exporte im Zeitraum Jänner bis September 2022 um 30%, was jedoch rein auf Preisanstiege zurückzuführen ist, da die exportierten Mengen konstant blieben. Dagegen sind die Exporte nach Russland um 40% (Exportwerte) bzw. 60% (Exportmengen) zurückgegangen. Die österreichischen Exporte in diesem Zeitraum stiegen um 20% (ebenfalls ausschließlich aufgrund der steigenden Preise), während die Exporte nach Russland um 30% (Exportwerte) bzw. 40% (Mengen) – und somit weniger als im Vergleich mit der EU 27 – zurückgingen. Ähnliche Dynamiken zeigen sich bei den Importen, die sind jedoch

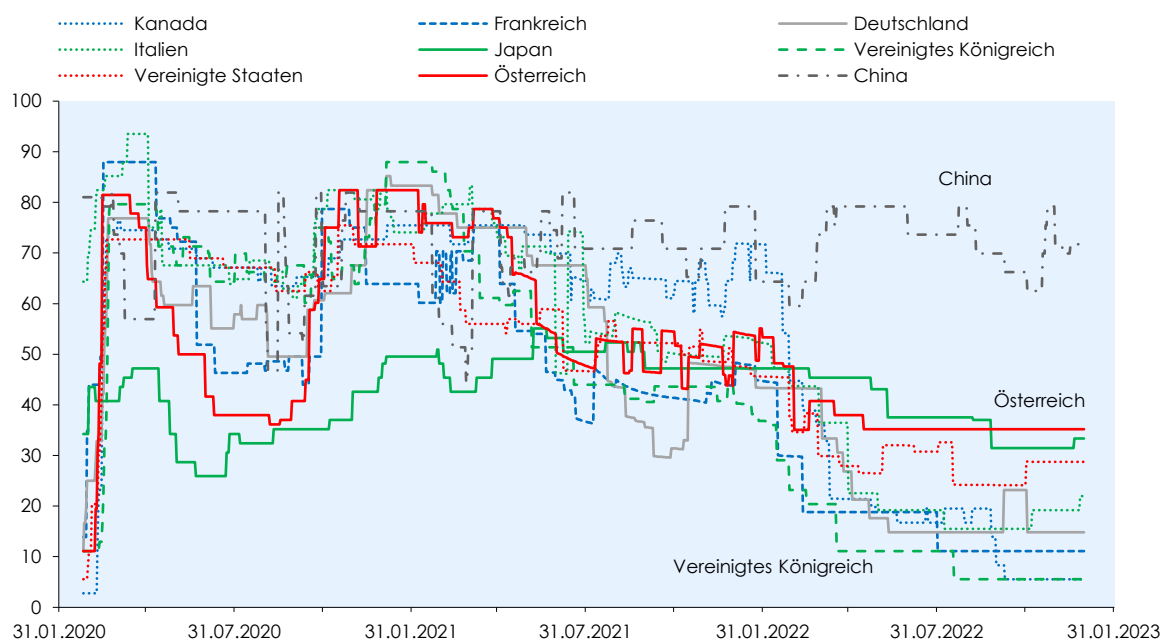
²⁰) Siehe Europäische Kommission, Aufbau- und Resilienzfazilität, https://commission.europa.eu/business-economy-euro/economic-recovery/recovery-and-resilience-facility_de#die-aufbau-und-resilienzfazilit%C3%A4t.

hinsichtlich Russlands noch stärker ausgeprägt. So fielen die Importe der EU aus Russland um 60% (Mengen). Die Importe in Werten gingen aufgrund der stärkeren Preisdynamik jedoch nur um 30% zurück. In Österreich sanken die importierten Mengen sogar um 80%, in Werten jedoch nur um 50% aufgrund der hohen Preisanstiege für die aus Russland importierten Güter.

5.2.1 Rückgang der COVID-19-relevanten Beschränkungen

Die erwartete Entspannung des Pandemiegeschehens ist eingetreten. Die wirtschaftlichen Einschränkungen und Reisebeschränkungen sind auf dem niedrigsten Niveau seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie, mit einer großen Ausnahme: China. Der COVID-19-Stringenzindex (Abbildung 5.3) illustriert den vergleichweisen Rückgang der Einschränkungen am Beispiel der G7.

Abbildung 5.3: COVID-19-Stringenzindex



Anmerkung: Dieser Index versucht anhand neun verschiedener Kriterien, wie zum Beispiel Schulschließungen, auf einer Skala von 0 bis 100 COVID-19-Maßnahmen zu quantifizieren. In föderalen Staaten wurden die Maßnahmen der strengsten Region für das jeweilige Land aufgenommen.

Quelle: Hale et al. (2021).

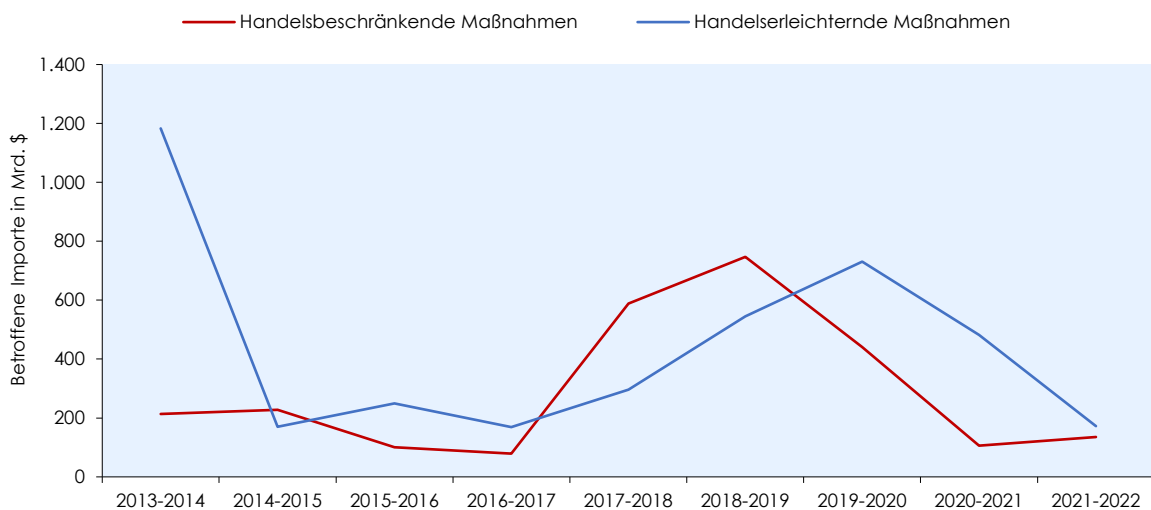
So sind in Kanada und dem Vereinigten Königreich (Abbildung 5.3) die Maßnahmen wieder fast auf dem Vor-Pandemie-Niveau. Der aufgrund seiner wirtschaftlichen Größe größte Unsicherheitsfaktor ist China, wo nach aufkeimenden Protesten, die sehr strengen Maßnahmen im Dezember 2022 gelockert wurden und dies zu einer Explosion der COVID-19-Fälle samt massiver Überlastung des Gesundheitssystems geführt hat.

5.2.2 Trendumkehr bei weltweiten handelspolitischen Maßnahmen

Die Trendumkehr bei von handelsrelevanten Maßnahmen betroffenen Importen hat sich auf niedrigem Niveau stabilisiert. Das in der WTO verankerte multilaterale Handelssystem ist durch das Wiedererstarken nationalistischer und protektionistischer Tendenzen und insbesondere die unklaren geopolitischen Auswirkungen des russischen Angriffskriegs und der damit verbundenen Reaktionen anderer großer Länder wie China oder Indien weiterhin

herausgefordert. Bei den Handelsmaßnahmen der WTO-Mitglieder wird zwischen handels erleichternden und handelsbeschränkenden Maßnahmen wie beispielsweise Zollerhöhungen, Importverbote oder Exportsteuern unterschieden. Schon zwischen 2018/2019 und 2020/2021 zeigte sich ein starker Rückgang der von handelsbeschränkenden Maßnahmen betroffenen Importe. Dieses Niveau wurde im Jahr 2022 mehr oder weniger beibehalten. Während sich zwischen August 2019 und August 2020 das Volumen der von handelsbeschränkenden Maßnahmen betroffenen Importe auf 440 Mrd. \$ belief, sank dieses in der darauffolgenden Periode (August 2020 bis August 2021) auf etwa 106 Mrd. \$. In der Periode August 2021 bis August 2022 stiegen die betroffenen Importe jedoch wieder leicht auf etwa 135 Mrd. \$ an.

**Abbildung 5.4: Von handelsrelevanten Maßnahmen erfasste Handelsvolumen
2013/2014 – 2021/2022**



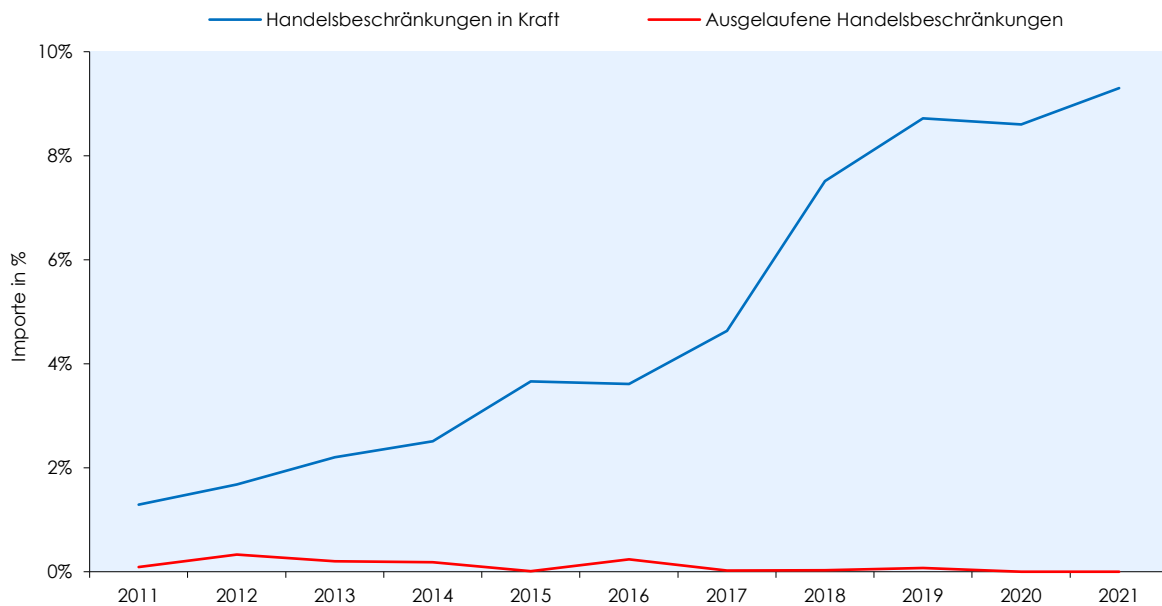
Anmerkung: WTO-Mitglieder gesamt. Maßnahmen werden jeweils von Mitte August eines Jahres bis Mitte August des Vorjahres erfasst. Die handels erleichternden Maßnahmen im Zusammenhang mit der 2015 erfolgten Erweiterung des globalen Informationstechnologie-Abkommens (Information Technology Agreement, ITA) sind nicht in diesen Zahlen enthalten. Die Maßnahmen in der Periode 2019-2021 sind ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit COVID-19.

Quelle: Report of the TPRB on Trade-Related Developments (WTO, 2022a).

Wie Abbildung 5.4 zeigt, gab es jedoch weiterhin einen Rückgang der von handels erleichternden Maßnahmen betroffenen Importe. Konkret sanken die Importe, die von handels erleichternden Maßnahmen begünstigt waren, von 482 Mrd. \$ auf 172 Mrd. \$.

Beim kumulativen Anteil der von handelsbeschränkenden Maßnahmen betroffenen Importe zeigt sich (noch) keine Trendumkehr. Trotz des Rückgangs der getroffenen handelsbeschränkenden Maßnahmen ist der Anteil der davon betroffenen Importe gestiegen. Der Grund dafür ist, dass die verhängten handelsbeschränkenden Maßnahmen meist längerfristig in Kraft bleiben und jedes Jahr nur ein Bruchteil der eingeführten handelsbeschränkenden Maßnahmen aufgehoben wird. Das führt dazu, dass ein wachsender Anteil der weltweiten Importe von derartigen Maßnahmen über die Zeit betroffen ist (Abbildung 5.5). Die WTO schätzt, dass 2021 fast 9,30% der weltweiten Importe in irgendeiner Form von Handelsbeschränkungen betroffen sind. Dieser Anteil ist seit 2020 somit um 0,70 Prozentpunkte gestiegen. Im Vergleich zur Periode 2017 bis 2020 ist diese steigende Tendenz jedoch wesentlich abgeflacht.

Abbildung 5.5: Von handelsrelevanten Maßnahmen erfasste Handelsvolumen 2010-2021



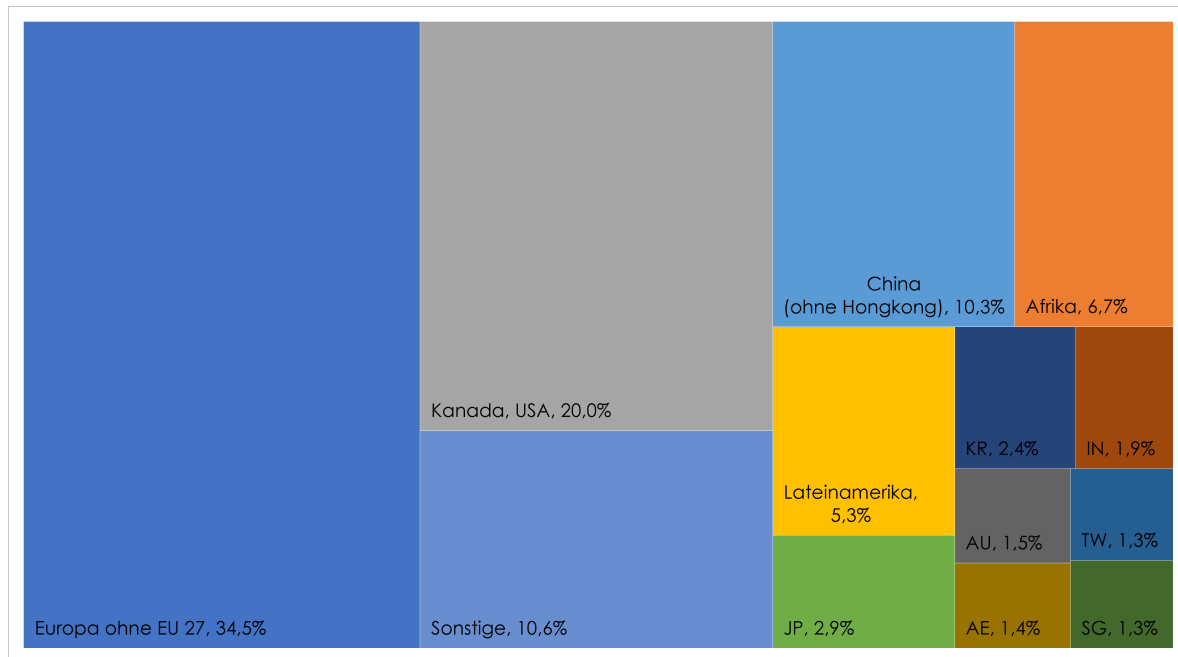
Anmerkung: WTO-Mitglieder gesamt. Die handels erleichternden Maßnahmen im Zusammenhang mit der 2015 erfolgten Erweiterung des globalen Informationstechnologie-Abkommens (Information Technology Agreement, ITA) sind nicht in diesen Zahlen enthalten. Die Maßnahmen in der Periode 2019-2020 ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit COVID-19.
Quelle: Report of the TPRB on Trade-Related Developments (WTO, 2022a).

Bei den COVID-19-bedingten Handelsbeschränkungen gab es einen starken Rückgang. Die WTO führt dies darauf zurück, dass sich die Implementierung von neuen COVID-19-Maßnahmen stark verringert hat. Gemäß WTO (2022a) wurden fast 80% der COVID-19-bezogenen Handelsrestriktionen aufgehoben, womit noch 27 Exportrestriktionen und 14 Importrestriktionen in Kraft sind. Diese 41 Restriktionen betreffen 135 Mrd. \$ im Vergleich zu 112 handels erleichternden COVID-19-relevanten Maßnahmen mit einem akkumulierten Importwert von 172 Mrd. \$.

5.3 EU-Handelspolitik

Demokratische Drittstaaten rücken in den Fokus der handelspolitischen Bemühungen der Europäischen Kommission. Politisch wird von Seiten der Europäischen Kommission, als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg und die Spannungen mit China, die Zusammenarbeit mit Demokratien betont und in den Vordergrund gerückt. So hat sich die Kommission in ihrem aktuellen Arbeitsprogramm zum Ziel gesetzt, die Handelsabkommen mit Chile, Mexiko und Neuseeland zu ratifizieren und die Verhandlungen mit Australien und Indien voranzutreiben (Von der Leyen, 2022a). In diesem Zusammenhang sprach Kommissionspräsidentin Von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Europäischen Union von "unseren wichtigsten gleichgesinnten Partnern: unseren Freunden in den demokratischen Nationen auf dieser Welt" (Von der Leyen, 2022a).

Abbildung 5.6: Anteil an Extra-EU-Warenexporten 2021



Quelle: Eurostat, wiiw-Berechnungen.

Diese Prioritätensetzung ist auch ein Spiegel der Bedeutung der oben genannten Länder für den außereuropäischen Handel. Australien und Indien sind neben Kanada, den USA sowie China wichtige außereuropäische Handelspartner (Abbildung 5.6). Innerhalb Lateinamerikas sind, abgesehen der von Brasilien dominierten Mercosur-Gruppe (38,6%), Mexiko (32,7%) und Chile (8,9%) die wichtigsten Zielländer für europäische Warenexporte. Neben der demokratischen Verfasstheit ist Lateinamerika insbesondere aufgrund seines Rohstoffreichtums interessant. Laut Europäischer Kommission werden 98% der schweren seltenen Erden für die EU aus China bezogen (Europäische Kommission, 2020c). Bei einzelnen Rohstoffen ist Lateinamerika führend. So ist beispielsweise Chile der weltweit größte Lithiumproduzent, Mexiko der größte Verarbeiter von Wismut außerhalb Asiens und auch Brasilien spielt eine wichtige Rolle bei der Erzeugung kritischer Rohstoffe, wie Bauxit, Grafit, Niob und Tantal (Europäische Kommission, 2020c).

Die Wahl von Luiz Inácio "Lula" da Silvas öffnet ein Zeitfenster zur Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens. Der brasilianische Präsident hatte sich schon im Zuge seiner Wahlkampagne positiv zum EU-Mercosur-Abkommen geäußert. Darüber hinaus verfügt er, im Unterschied zu seinem Vorgänger, an Glaubwürdigkeit bei Umweltschutzthemen. So gingen die Abholzungen unter seinen Präsidentschaften 2003 bis 2010 deutlich zurück²¹⁾. Auch hat er betont, dass die Bekämpfung der Abholzungen im Amazonas eine seiner größten Prioritäten sein wird²²⁾. Dies würde ein im europäischen Diskurs starkes Argument gegen eine Ratifizierung des Abkommens, nämlich, dass dieses zu einer weiteren Zerstörung des Amazonas führen würde, entkräften. Mit den Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 böte 2023 ein Zeitfenster

²¹⁾ Siehe Fatheuer, T. (2021). Brasiliens Position auf der COP26, Kommentar, vom 20.12.2021, <https://www.boell.de/de/2021/12/20/brasiliens-position-auf-der-cop26>.

²²⁾ Siehe Reuters, COP27: Brazil's Lula says Amazon rainforest vital to global climate security, vom 16.11.2022, <https://www.reuters.com/business/cop/cop27brazils-lula-says-amazon-rainforest-vital-global-climate-security-2022-11-16/>.

für Fortschritte. 2023 wird sich somit weisen, ob geostrategische Überlegungen Vorbehalte gegen Mercosur, wie es sie beispielsweise in Österreich gibt, überwinden können.

Bis Jänner 2023 haben 17 der 27 EU-Mitgliedstaaten das CETA-Abkommen ratifiziert. Überraschend ist, dass der deutsche Bundestag, nach langen innenpolitischen Diskussionen, der Ratifizierung ausgesprochen fraktionsfrei zugestimmt hat. Die veränderten geopolitischen Bedingungen, die deutsche Unterstützung und die aktuelle schwedische EU-Ratspräsidentschaft – Schweden ist einer der traditionell handelsfreundlichen EU Mitgliedstaaten – erhöhen die Wahrscheinlichkeit Fortschritte bei der Ratifizierung zu erzielen.

Die "Global Gateway"-Partnerschaften könnten als wichtiger Baustein in der Intensivierung von Wirtschaftsbeziehungen dienen. Die im Dezember 2021 erstmals präsentierten "Global Gateway"-Partnerschaften bündeln bestehende entwicklungspolitische Aktivitäten der verschiedenen EU-Institutionen und Mitgliedstaaten ("Team Europe"). Finanziert aus verschiedenen Töpfen sollen diese bis 2027 Infrastrukturinvestitionen in den Bereichen Digitales, Klimaschutz und Energie, Verkehr, Gesundheit und Bildung und Forschung in der Höhe von 300 Mrd. € induzieren (European Commission and High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, 2021). Ein Volumen, das im Vergleich zum Juncker-Plan realistisch erscheint (siehe Tagliapietra, 2021). Mit strategischen Investitionen in bisherigen Zielländern von Entwicklungsprojekten betrat die Europäische Union Neuland. Neben geopolitischen Überlegungen sollen die "Global Gateway"-Partnerschaften auch die Sichtbarkeit und Wahrnehmung der Europäischen Union in den Zielregionen erhöhen²³). Die Hälfte des gesamten Volumens soll in Afrika investiert werden. Der Schwerpunkt der zuletzt freigegebenen Tranche sind Garantien in der Höhe von 6 Mrd. € und sollen Investitionen von 50 Mrd. € in 40 unterschiedlichen Programmen in Sub-Sahara-Afrika, Lateinamerika sowie im asiatisch-pazifischen Raum induzieren²⁴).

Die ersten Abschlüsse handelspolitischer Dossiers im Rahmen des Green Deals wurden getätigt. Im Dezember konnte eine vorläufige Einigung zum CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) erzielt werden²⁵). Er soll dazu beitragen, sogenanntes Carbon Leakage, also die Verlagerung von Produktionsstätten in Länder mit niedrigeren Emissionsstandards, zu verhindern aber gleichzeitig helfen, die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie bei für sie steigenden Energiepreisen zu wahren. Dieser soll die Bereiche Zement-, Aluminium-, Düngemittel-, Strom-, Eisen- und Stahlindustrie umfassen. Sendungen unter einem Mindestschwellenwert von 150 € sollen ausgenommen werden²⁶).

Weiters wurden die interinstitutionellen Verhandlungen zur Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten abgeschlossen. So sollen Abholzungen bekämpft werden, indem Unternehmen welche Palmöl, Rindfleisch, Soja, Kaffee, Kakao, Holz und Kautschuk sowie Produkte, die daraus

²³) Siehe Politico, EU to launch Global Gateway projects, challenging China's Belt and Road, vom 20.12.2022, <https://www.politico.eu/article/global-gateway-european-union-launch-china-belt-and-road/>.

²⁴) Siehe Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 16. Dezember 2022, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_22_7799.

²⁵) Siehe die Mitteilung des Europäischen Parlaments, <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20221212IPR64509/eu-einigung-uber-co2-grenzausgleichsmechanismus-cbam>.

²⁶) Siehe Pressemitteilung des Rats der Europäischen Union vom 15.3.2022, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/03/15/carbon-border-adjustment-mechanism-cbam-council-agrees-its-negotiating-mandate/>.

hergestellt werden, verwenden, den Nachweis erbringen müssen, dass diese sowohl entwaldungsfrei als auch legal produziert wurden²⁷⁾.

Die Lieferketten-Verordnung und das Verbot von durch Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt sind in Verhandlung. Die sogenannte Lieferketten-Verordnung, welche im Februar 2022 präsentiert wurde, soll bisherige, in unterschiedlichem Umfang auf nationalstaatlicher Ebene, existierende Regelungen vereinheitlichen. Die Lieferketten-Verordnung soll auf Unternehmen ab 500 Mitarbeitern und einem Umsatz von 150 Mio. € angewandt werden, sowie in Risikosektoren wie der Textilindustrie ab 250 Beschäftigten und 40 Mio. € Umsatz (Spinaci, 2022). Unternehmen wären dem Vorschlag nach haftbar, sofern sie die Regeln ignorieren, oder grob fahrlässig handeln. Des Weiteren wurde der erstmals 2021 angekündigte Legislativvorschlag zu einem Verbot von durch Zwangsarbeit hergestellten Produkten im September 2022 präsentiert. Hier zeigen sich deutliche Unterschiede zum von den USA gewählten Ansatz: Der Kommissionsvorschlag zielt nicht explizit auf eine Region wie beispielsweise die chinesische Provinz Xinjiang ab. Weiters würde der Kommissionsvorschlag das in Verkehr bringen, aber nicht die Einfuhr selbst verbieten²⁸⁾. Darüber hinaus läge beim Kommissionsvorschlag die Beweislast bei den Behörden und nicht wie in den USA bei den Unternehmen²⁹⁾. Umgesetzt werden sollen die Lieferketten-Verordnung sowie das Verbot von durch Zwangsarbeit produzierten Produkten jeweils durch ein EU-weiters Netzwerk nationaler Behörden.

5.4 Entwicklungen in den USA, China und in anderen wichtigen Ländern und Regionen

5.4.1 China

China ist von den wirtschaftlichen Verwerfungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine nur am Rande betroffen. Russland und die Ukraine sind für China als Wirtschaftspartner nur von nachrangiger Bedeutung. Große Getreidereserven und Exportbeschränkungen halfen die Auswirkungen am Inlandsmarkt zu dämpfen. Darüber hinaus ist in vielen chinesischen Lebensmitteln der Anteil von Importen vergleichsweise gering. Dadurch konnte sich China von explodierenden Rohstoff- und Energiepreisen vergleichsweise gut abschirmen (OECD, 2022). Politisch betont China die "ewige Freundschaft" mit Russland und hat den Angriffskrieg nicht verurteilt. Darüber hinaus ist selbst die symbolisch politische Unterstützung Russlands bisher ausgesprochen zurückhaltend. So wurde eine Einladung des russischen Präsidenten zu einem Staatsbesuch von Xi bisher beispielsweise nicht angenommen und auch keine Waffen an Russland geliefert. Als Handelspartner spielt Russland, abseits seiner Rohstoffe, im Vergleich zu seinen westlichen Handelspartnern eine vernachlässigbare Rolle für China. Ein wirtschaftlicher Konflikt mit dem Westen würde solche Risiken nicht aufwiegen. Die chinesische Wirtschaft sieht sich auch mit den gedämpften weltwirtschaftlichen Erwartungen sowie weiteren

²⁷⁾ Siehe Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 6.12.2022, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_7444.

²⁸⁾ Siehe Euractiv, Commission unveils law to prohibit products made with forced labour, vom 14.9.2022, <https://www.euractiv.com/section/economy-jobs/news/commission-unveils-law-to-prohibit-products-made-with-forced-labour/>.

²⁹⁾ Siehe Euractiv, MEPs, experts ask to shift burden of proof in forced labour products ban, vom 25.10.2022, <https://www.euractiv.com/section/economy-jobs/news/meps-experts-ask-to-shift-burden-of-proof-in-forced-labour-products-ban/>.

Herausforderungen, wie Schwierigkeiten im Immobiliensektor und steigender Jugendarbeitslosigkeit konfrontiert (World Bank, 2022).

Explodierende COVID-19-Fallzahlen in China sorgen für Unsicherheit. China verfolgte bis Anfang Dezember 2022 eine ausgesprochen restriktive COVID-Politik. Gleichzeitig wurde auf die weniger effektiven chinesischen Impfstoffe gesetzt. Hilfsangebote zur Bereitstellung anderer Impfstoffe wurden ebenso ausgeschlagen. Nach dem Aufkommen von Protesten Ende November wurden die Maßnahmen rasch und deutlich gelockert. Dies führte zu einer Explosion der Infektionen, welche auf ein nur mangelhaft vorbereitetes Gesundheitssystem trafen. Die Auswirkungen, auch im Lichte der kürzlich stattgefundenen Feiern zum chinesischen Neujahr und der mangelnden Transparenz der chinesischen Behörden, sind derzeit schwer abzuschätzen.

Die chinesische COVID-Politik hat Schwächen der zunehmenden Machtkonzentration durch Xi Jinping offengelegt. Xi Jinping geht nun in eine dritte Amtszeit, die hierfür grundlegenden Alters- und Amtszeitbeschränkungen wurden schon 2018 abgeschafft. Xi-Loyalisten dominieren das Politbüro und dessen ständigen Ausschuss³⁰⁾. Diese Machtkonzentration und -verengung hat zwar die Resilienz des Systems Xis gestärkt, allerdings schwächt es sowohl das chinesische politische System nach innen als auch nach außen (Tsang und Cheung, 2022). In China manifestierte sich dies in einer Null-COVID-Strategie, mit einer ebenso drastischen Kehrtwende. Außenpolitisch führen die zunehmende Unberechenbarkeit durch politische Nutzung wirtschaftlicher Macht, wie beispielsweise gegen Litauen oder Australien, und die Aufrüstung und Drohkulisse gegenüber Taiwan zu Argwohn, allen voran seitens der USA.

5.4.2 USA

Wirtschaftspolitische Konfliktfelder der EU mit den USA bestehen weiterhin. Die "Buy America"-Klauseln im Gesetz zur Verringerung der Inflation (Inflation Reduction Act, IRA) sorgen für Kontroversen mit der Europäischen Kommission. Umgekehrt erwarten die USA von der Europäischen Kommission eine härtere Gangart gegenüber China. Es ist davon auszugehen, dass der Mehrheitswechsel im US-Repräsentantenhaus sowie der startende US-Wahlkampf die bestehenden handels- und außenpolitischen Konfliktbereiche fortsetzen bzw. verstärken werden.

Der IRA ist im Volumen und der Prioritätensetzung mit dem Green Deal der EU vergleichbar. Grüne Investitionen haben beim IRA ein Volumen von 369 Mrd. \$ im Vergleich zu 338 Mrd. € an Finanzhilfen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität. Kritisiert werden von Seiten der Europäischen Kommission die "Buy America"-Klauseln, Steuervergünstigungen und Produktionssubventionen (Von der Leyen, 2022b). Dabei würden beispielsweise die Steuervergünstigungen für in den USA produzierte Autos den WTO-Regeln widersprechen³¹⁾. Die Europäische Kommission steht aktuell mit der Biden-Administration in Verhandlungen, ob es zu einem Kompromiss kommt und wie dieser aussehen könnte, ist mit Stand Ende Jänner noch nicht vorhersehbar.

Die Zukunft des EU-US-Handels- und Technologierates als bilaterales Forum für handels- und technologiepolitische Fragen ist ungewiss. Initiiert von der Europäischen Kommission wurde

³⁰⁾ Siehe The Diplomat, 5 Takeaways From China's Big Leadership Announcement, vom 24.10.2022, <https://thediplomat.com/2022/10/5-takeaways-from-chinas-big-leadership-announcement/>.

³¹⁾ Siehe Financial Times, EU struggles to counter Joe Biden's big green push, vom 12.12.2022, <https://www.ft.com/content/9978a911-c898-4d0c-b641-fcfc00cf029>.

dieser Rat im Rahmen des EU-USA-Gipfels im Juni 2021 gegründet und hat im September 2021 erstmals stattgefunden. Der Rat spiegelt das Auf- und Ab der EU-US-Handelsbeziehungen wider. So wurde das erste Treffen von den Kontroversen rund um das Britisch-Amerikanisch-Australische Verteidigungsabkommen (AUKUS) und das in diesem Zusammenhang stehende US-Australische U-Boot-Geschäft überschattet, während beim zweiten Treffen im Mai 2022, im Lichte des russischen Angriffs, die Demonstration von Einigkeit im Vordergrund stand³²). Beim dritten Treffen des TTC im Dezember 2022 in Maryland war für die europäische Seite das drängendste Thema der IRA. Für die USA ist es hingegen weiterhin das Ringen um Unterstützung für ihre Chinapolitik. Die Unzufriedenheit beider Seiten bei für sie wichtigen Themen wie IRA, China, oder die Nicht-Behandlung des EU-US-Datenschutzabkommens, lassen allerdings die Zukunft dieses Forums in einem ungewissen Licht erscheinen³³) (siehe Propp, 2022).

China bleibt strategischer Rivale für die USA. So hat die Biden-Administration im Oktober 2022 weitreichende Beschränkungen für den Export von Halbleitern nach China verabschiedet (Council on Foreign Relations, 2022). Weiters wurde der Verkauf und Import von Produkten, unter anderem von den chinesischen Konzernen Huawei und ZTE wegen Spionageverdachts, im November verboten³⁴). In diesem Zusammenhang drängt die US-Administration die EU seit Monaten auf Exportkontrollen, um die Lieferung weiterer Halbleiterfertigungshochtechnologie nach China zu stoppen³⁵). Unterschiedliche Interessenslagen unter den Mitgliedstaaten und die zersplitterten Kompetenzen zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten erschweren aber das Finden einer gemeinsamen politischen Linie.

5.4.3 Taiwan

Die chinesischen Ambitionen Taiwan an sich anzuschließen und die bekundete Unterstützung der USA dies verhindern zu wollen haben die Sorgen einer möglichen Eskalation des Konflikts zunehmen lassen. Mit einem BIP von 775,8 Mrd. \$ entspricht Taiwans Wirtschaftsleistung in etwa derer der Schweiz (800,6 Mrd. \$; Weltbank, National Statistics Republic of China (Taiwan)). Das BIP pro Kopf wäre in etwa gleichauf mit dem Maltas und würde über dem Spaniens liegen. Zuletzt entfielen auf Taiwan 1,4% der EU-Warenexporte. Taiwan ist Weltmarktführer in der Halbleiterproduktion. Der Weltmarktanteil Taiwans in der Halbleiterproduktion betrug 2020 64%. TSMC, der größte Halbleiterproduzent, der auch führend bei den fortschrittlichsten Chips ist, hatte alleine 54% Weltmarktanteil und trägt als Einzelunternehmen rund 15% zum taiwanesischen BIP bei³⁶). Die zunehmende Konfrontation der USA mit China und die Bemühungen eigene Halbleiterproduktionen aufzubauen (USA), bzw. das abgeschnitten

³²) Siehe Politico, Russia overshadows EU-US tech and trade talks, vom 13.5.2022, <https://www.politico.eu/article/in-show-of-unity-against-russia-eu-and-us-sidestep-thorny-questions/>.

³³) Siehe Politico, Bitter friends: Inside the summit aiming to heal EU-US trade rift, vom 2.12.2022, <https://www.politico.eu/article/trade-tech-council-china-subsidies-ira-joe-biden-emmanuel-macron-summit-ttc/>.

³⁴) Siehe Reuters, U.S. bans new Huawei, ZTE equipment sales, citing national security risk, vom 1.12.2022, <https://www.reuters.com/business/media-telecom/us-fcc-bans-equipment-sales-imports-zte-huawei-over-national-security-risk-2022-11-25/>.

³⁵) Siehe Politico, Bitter friends: Inside the summit aiming to heal EU-US trade rift, vom 2.12.2022, <https://www.politico.eu/article/trade-tech-council-china-subsidies-ira-joe-biden-emmanuel-macron-summit-ttc/>.

³⁶) Siehe CNBC, 2 charts show how much the world depends on Taiwan for semiconductors, vom 15.3.2021, <https://www.cnbc.com/2021/03/16/2-charts-show-how-much-the-world-depends-on-taiwan-for-semiconductors.html>.

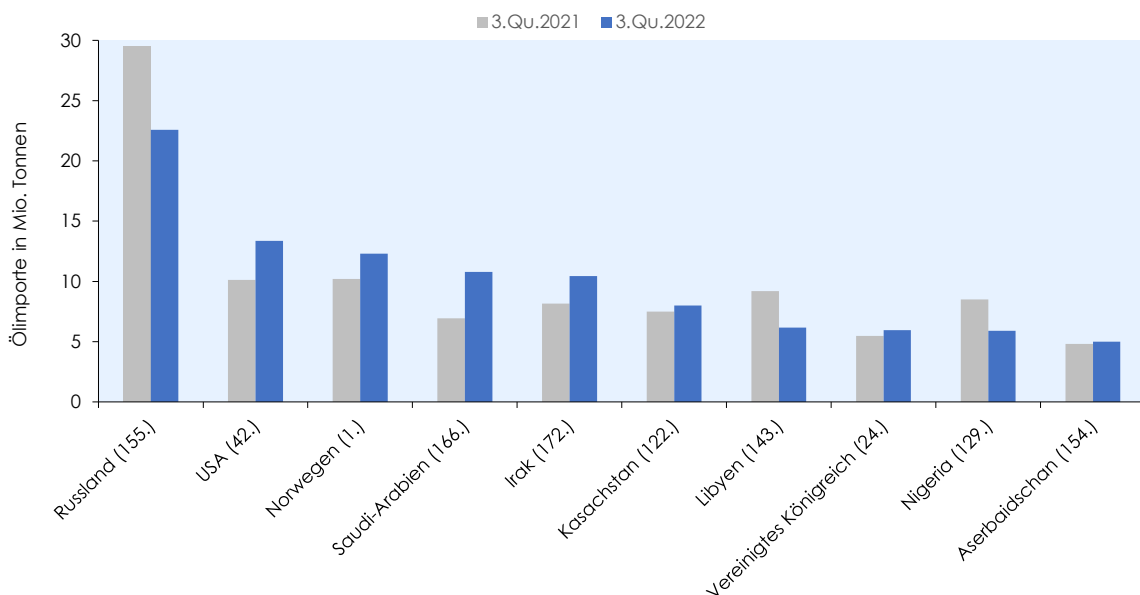
werden von Hochtechnologie (China), könnten allerdings langfristig Taiwans geopolitische Position und Bedeutung in diesem Sektor schwächen.

5.4.4 Europa versucht sich aus Abhängigkeiten zu lösen

Gegenseitige Abhängigkeit bei Öl und Gas geht zurück. Einerseits ist/war insbesondere die Abhängigkeit einzelner Länder von russischem Gas sehr hoch (siehe Kapitel 3.4), andererseits sind die Einnahmen insbesondere aus Öl- aber auch Gasgeschäften die wichtigste Stütze des russischen Staatshaushalts. Sie betragen laut IEA 2021 45% des russischen Staatshaushalts (IEA, 2022). Diese Abhängigkeit manifestierte sich in der schrittweisen Einführung eines Ölembargos mit Ausnahmen und dem Umstand, dass es bei Gas, abgesehen von einer nicht verpflichtenden Reduktion des Gasverbrauchs um 15% im Zeitraum vom 1. August 2022 bis 31. März 2023 (VO 2022/1369), bis heute keine Einigung gibt.

Ölembargo auf Raten und ein Höchstpreis für Öl. Mit Dezember 2022 werden kein Rohöl sowie ab Februar 2023 keine raffinierten Rohölerzeugnisse mehr aus Russland importiert. Es gibt allerdings Ausnahmen für Ölimporte durch die Druschba-Pipeline (Slowakei, Tschechien, Ungarn) sowie für Seetransporte nach Bulgarien und Kroatien (Europäische Kommission, 2022b). Darüber hinaus wurde nach langen Verhandlungen, im Rahmen der "Price Cap Coalition" (G7 und Australien), ab 5.12.2022 eine Preisobergrenze für russisches Öl von 60 \$ pro Barrel angewandt. Preisdämpfend wirkt neben dem Preisdeckel selbst vor allem die durch die Sanktionen gesunkene Nachfrage, welche Russlands Position am Weltmarkt schwächt und den Abschlag auf den russischen Ölpreis für Drittstaaten erhöht hat.

Abbildung 5.7: EU - Ölimporte nach Herkunftsland in Mio. Tonnen und deren Ranking im Pressefreiheitsindex in Klammer

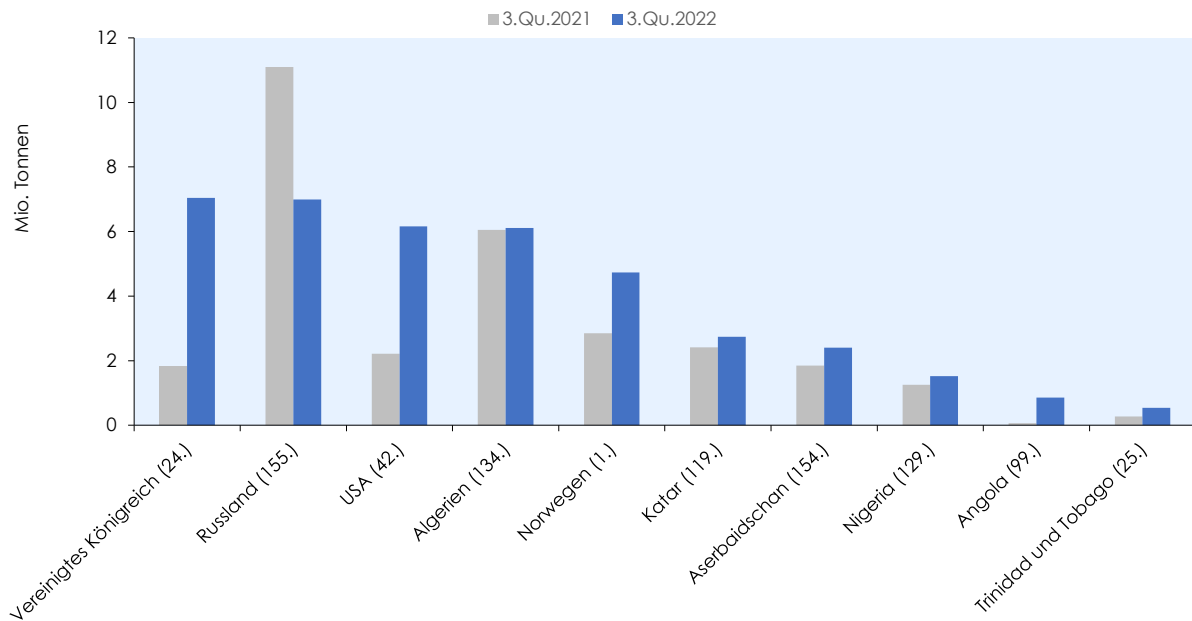


Anmerkung: Erdöl und Öl aus bituminösen Mineralien (KN 27090010 und KN 27090090).
Quelle: Eurostat (Comext), Reporter ohne Grenzen, wiw-Darstellung.

Deutlicher Rückgang bei russischen Ölimporten schon vor Einführung des Preisdeckels. Wie Abbildung 5.7 zeigt, gingen die Importe russischer Ölprodukte im Vergleich des 3. Quartals 2021 mit dem Folgejahresquartal um fast 25% zurück, bei einer annähernd gleichen Menge der

gesamten importierten Ölprodukte. Die Bedeutung der USA und Norwegens als Lieferland für Ölprodukte hat währenddessen noch zugenommen. Im selben Jahresvergleich stiegen die Importe (von einem unterschiedlichen Niveau ausgehend) am stärksten aus Saudi-Arabien (+56%), den USA (+32%) und Irak (+28%) an.

Abbildung 5.8: EU - Gasimporte nach Herkunftsland in Mio. Tonnen und deren Ranking im Pressefreiheitsindex in Klammer



Anmerkung: Erd- und Flüssiggas (KN 27111100 und KN 27112100).
Quelle: Eurostat (Comext), wiw-Darstellung

Bei russischen Gasimporten zeigt sich bereits ein deutlicher Rückgang. Die russischen Gasimporte gingen volumenmäßig zwischen dem 3. Quartal 2021 und dem 3. Quartal 2022 um 37% zurück, während das Vereinigte Königreich den wichtigsten Lieferanten darstellte (Abbildung 5.8). Im gleichen Zeitraum haben sich die Importe aus dem Vereinigten Königreich mehr als verdreifacht und aus den USA mehr als verdoppelt. Nominell haben die USA bereits Russland als Lieferland für Gas im 3. Quartal 2022 überholt³⁷⁾. Bei Gas wird die Entkoppelung auch aufgrund der schwierigeren Logistik (durch die geringere Energiedichte von Gas bedingt) noch länger dauern, in Österreich beispielsweise laut den politischen Vorhaben bis 2027.

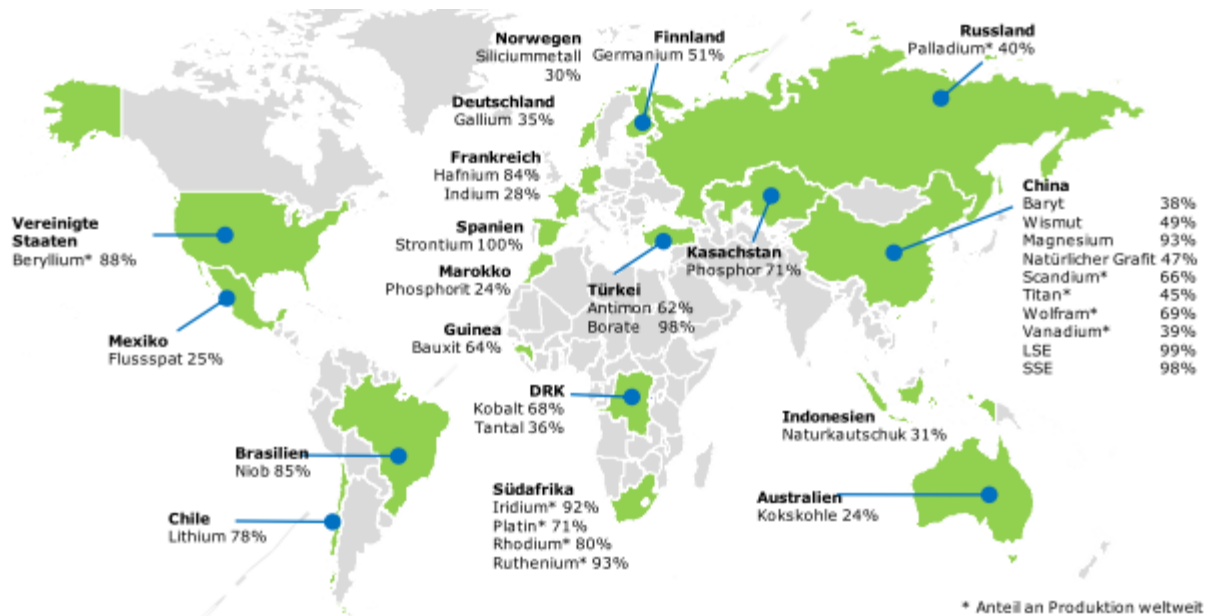
Die geopolitischen Vulnerabilitäten gehen jedoch über den direkten Bezug russischer Energieimporte hinaus. Zieht man die Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen als Benchmark heran, ist in sieben der zehn wichtigsten Öllieferländern der EU die Lage schwierig oder sehr schwierig, bei Gaslieferländern in fünf von zehn. So verläuft die Hauptexportroute für kasachisches Öl (CPC-Pipeline) über russisches Territorium und wird über den russischen Schwarzmeerhafen Novorossiysk verschifft (Astrov et al., 2022b). 2022 wurde von Russland mehrfach der Transport durch diese unterbrochen³⁸⁾. Der

³⁷⁾ Siehe Eurostat, EU imports of energy products - recent developments, Statistics Explained, vom 23.1.2023, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=EU_imports_of_energy_products_-_recent_developments#Main_suppliers_of_natural_gas_and_petroleum_oils_to_the_EU.

³⁸⁾ Siehe Eurasianet, Kazakh oil exports across Russia interrupted for fourth time this year, vom 23.8.2022, <https://eurasianet.org/kazakh-oil-exports-across-russia-interrupted-for-fourth-time-this-year>.

armenisch-aserbaidzhanische Konflikt um Bergkarabach bleibt ungelöst. 2020 kam es zu einem erneuten, von Aserbaidzhan ausgelösten, offenen Krieg und seitdem immer wieder zu Feindseligkeiten. Aktuell wird der Armenien und Bergkarabach verbindende Latschinkorridor von Aserbaidzhan blockiert. Katar hingegen ist bekannt für seine "Gasdiplomatie" und drohte zuletzt im Zuge der Untersuchungen zum Bestechungskandal im EU-Parlament, dass diese Auswirkungen auf die Gasgeschäfte mit der EU haben könnten³⁹⁾. Kurzfristig hat Russlands Angriff somit zu einer beschleunigten Diversifikation der Energieversorgung geführt und wie das Vorantreiben von LNG-Terminals zeigt, auch die europäische Integration in Teilen des Energiesektors. Mittelfristig braucht es resilientere und stärker diversifizierte Rohstofflieferketten, bevor diese langfristig durch die Dekarbonisierung an Bedeutung verlieren werden.

Abbildung 5.9: Wichtigste Lieferländer von kritischen Rohstoffen an die EU



Quelle: European Commission (2020).

Die Europäische Kommission bemüht sich schon länger um die Reduzierung von Abhängigkeiten. Der von der Europäischen Kommission 2020 präsentierte Green Deal würde die langfristige Abhängigkeit im Energiebereich reduzieren. Auch gibt es von Seiten der Kommission schon länger Bemühungen, um die, durch die COVID-19-Pandemie und den daraus resultierenden Lieferkettenprobleme auch für eine breitere Öffentlichkeit ins Licht gerückten, strategischen Abhängigkeiten bei kritischen Rohstoffen zu identifizieren, wie die 2011 erstmals präsentierte und seitdem im Dreijahresrhythmus aktualisierte Liste kritischer Rohstoffe zeigt (Abbildung 5.9). Bei seltenen Erden ist die Abhängigkeit besonders hoch. So werden fast 90% der seltenen Erden aktuell in China verarbeitet (Von der Leyen, 2022a). In

³⁹⁾ Siehe Euractiv, Katar: EU-Korruptionsermittlungen könnten sich auf Gasgeschäft auswirken, vom 19.12.2022, <https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/katar-eu-korruptionsermittlungen-koennten-sich-auf-gasgeschaefft-auswirken/>.

diesem Zusammenhang soll Anfang März der Critical Raw Materials Act präsentiert werden, welcher den Eigenversorgungsgrad bei kritischen Rohstoffen erhöhen und diversifizieren soll⁴⁰).

Im Rahmen der "Important Projects of Common European Interest" (IPCEI) wurde im Bereich Wasserstofftechnologie eine neue Initiative gestartet. Dies ist das dritte genehmigte, nach einem Projekt im Bereich Mikroelektronik sowie der Batterieallianz 2017. IPCEI sind Projekte, bei denen nach Erfüllung gewisser Kriterien und der Freigabe der Europäischen Kommission staatliche Förderungen zulässig sind. Die Grundlage für die Genehmigung sind in einer Mitteilung der Europäischen Kommission festgelegt und umfasst Kriterien wie "einen konkreten, klaren und erkennbaren wichtigen Beitrag zu den Zielen oder Strategien der Union", dass alle Mitgliedstaaten "eine echte Gelegenheit" haben daran zu partizipieren und sich mindestens vier Mitgliedstaaten daran beteiligen (ABl. C 528/10). In industriepolitischer Hinsicht sind sie ein richtiger Schritt, im Vergleich zu US-amerikanischen oder chinesischen Projekten seien sie aber zu klein und auch zu isoliert (Stöllinger, 2021).

Der European Chips Act soll neben IPCEI die europäische Abhängigkeit in der Halbleiterproduktion reduzieren helfen und die digitale Souveränität der Union vorantreiben. Das Gesetz soll den europäischen Weltmarktanteil von aktuell rund 10% auf (wieder) 20% bis 2030 erhöhen (Europäische Kommission, 2022a). Im Jahr 1990 betrug der europäische Weltmarktanteil noch 44% (Varas et al., 2022). Die Europäische Kommission hofft Investitionen von 43 Mrd. € zu mobilisieren. Finanziert werden sollen die 3,3 Mrd. € durch Umschichtungen von bestehenden Programmen (BMAW, 2022). Über das "EU Chips Joint Undertaking" als Teil der drei Säulen des Programms sind neben 25 EU-Mitgliedstaaten auch Israel, Norwegen und die Türkei beteiligt (Timmers, 2022). Die interinstitutionellen Verhandlungen (Trilogie) haben noch nicht begonnen, da sich das Europäische Parlament noch nicht auf eine Position einigen konnte.

5.5 Mittelfristige Prognose der globalen Handelsentwicklung

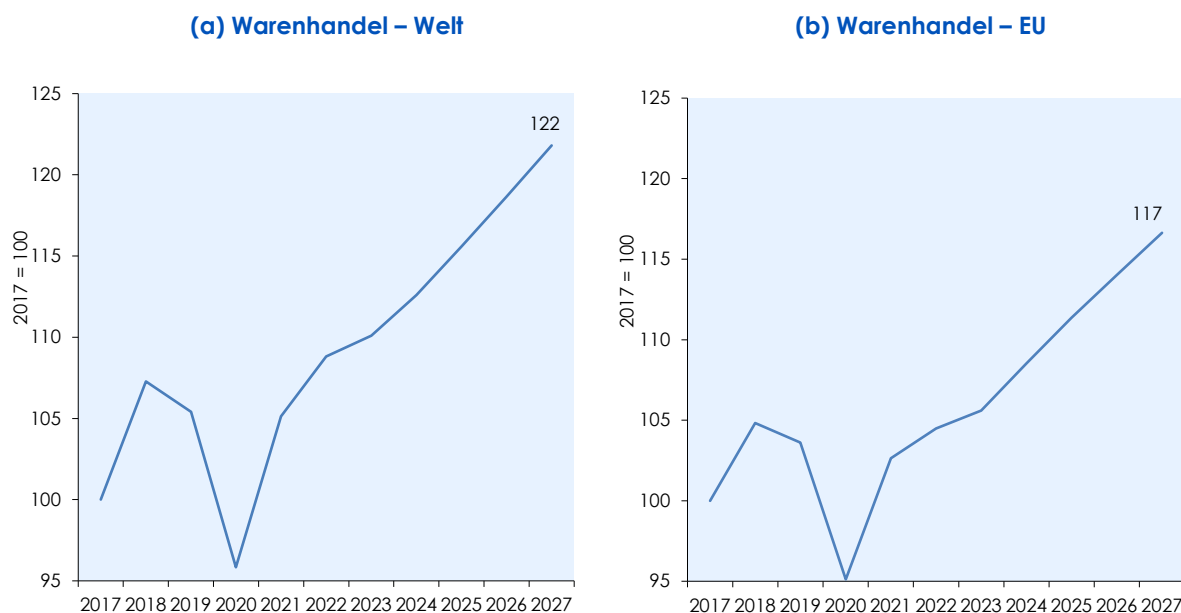
Die Erholung des Welthandels wird durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine gestört. Die rasche Erholung der internationalen Warenströme wurde durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die daraus resultierenden Verwerfungen und Unsicherheiten, was sich hauptsächlich in den gedämpften Wachstumserwartungen ausdrückt, empfindlich abgeschwächt. Die WTO (2022b) schätzt, dass das Handelsvolumen im Jahr 2023 nur noch um 1% wächst, verglichen mit dem noch im Frühjahr 2022 prognostizierten Handelswachstum von 3,4%. Dabei wird jedoch darauf hingewiesen, dass diese Prognose durch große Unsicherheiten geprägt ist. Letztere kommen aus der unvorhersehbaren Entwicklung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und der unterschiedlichen fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen aufgrund der Inflationsentwicklung. Die WTO (2022b) geht davon aus, dass wenn sich alle Abwärtsrisiken materialisieren, das Handelswachstum im Jahr 2023 sogar um fast 3% zurückgehen könnte; im umgekehrten Fall wird ein Wachstum von 4,6% erwartet. Bei den Prognosen spielt das angenommene globale Wachstum eine wichtige Rolle, das im Jahr 2023 gegenüber den Prognosen mit etwas mehr als 2% deutlich schwächer ausfallen wird (WTO, 2022b). Dazu kommen auch noch die abgeschwächten Prognosen des Wachstums in China.

⁴⁰) Siehe Euractiv, EU to introduce targets for raw materials self-sufficiency, vom 9.12.2022, <https://www.euractiv.com/section/energy-environment/news/eu-to-introduce-targets-for-raw-materials-self-sufficiency/>.

Die anhaltende Unsicherheit wird auch das weitere Wachstum bestimmen. Abbildung 5.10 zeigt unsere rezente Prognose⁴¹⁾. Der Index (2017=100) des globalen Warenhandels wird bis 2027 einen Wert von knapp über 122 erreichen. Etwas weniger dynamisch stellt sich die Situation für die EU dar, die nach diesen Berechnungen im Jahr 2027 einen Wert von 117 erreicht. Nach dem dynamischen Wachstum im Jahr 2021, hat sich die Dynamik aufgrund des russischen Angriffskriegs im letzten Jahr bereits abgeschwächt. Dieser Rückgang der Wachstumsraten wird sich 2023 fortsetzen, wobei die Wachstumsraten noch immer positiv sein werden. Ab 2024 sollte sich – gegeben den Wachstumsprognosen des IMF – das Wachstum des Welthandels zwischen 2% bis 2,5% jährlich bewegen. Die geringere längerfristige Entwicklung der EU wird hauptsächlich durch die geringere Wachstumsdynamik in den Jahren 2022 und 2023 verursacht. Auf die großen Unsicherheiten dieser Vorhersagen, bedingt durch die Unabwägbarkeiten der Entwicklung des russischen Angriffskriegs, der makroökonomischen Entwicklungen und der Rohstoffmärkte, wurde bereits hingewiesen.

Die anhaltenden Verschiebungen der weltweiten Exportanteile Richtung Asien halten an. Aufgrund der höheren Wachstumsraten in den asiatischen Ländern (trotz der erwarteten Wachstumsabschwächung Chinas) werden sich die Weltmarktanteile bis 2027 weiter in Richtung Asien verschieben. Konkret ist gemäß den Modellergebnissen zu erwarten, dass Chinas Weltmarktanteil auf etwa 20% zulegt (Abbildung 5.11). Die USA hingegen dürften geringe Zugewinne erzielen können und 2027 einen Marktanteil von etwas über 10,5% halten. Für Japan wird erwartet, dass der Exportanteil auf 4% sinkt. Für die EU wird der Exportanteil etwas mehr als 14% betragen. Dieser Rückgang ist wesentlich auf die geringere Dynamik in den Jahren 2022 und 2023 in der EU im Vergleich mit den anderen Ländern zurückzuführen (siehe Abbildung 5.10).

Abbildung 5.10: Exportentwicklung und Modellprognose des Warenhandels 2017-2027

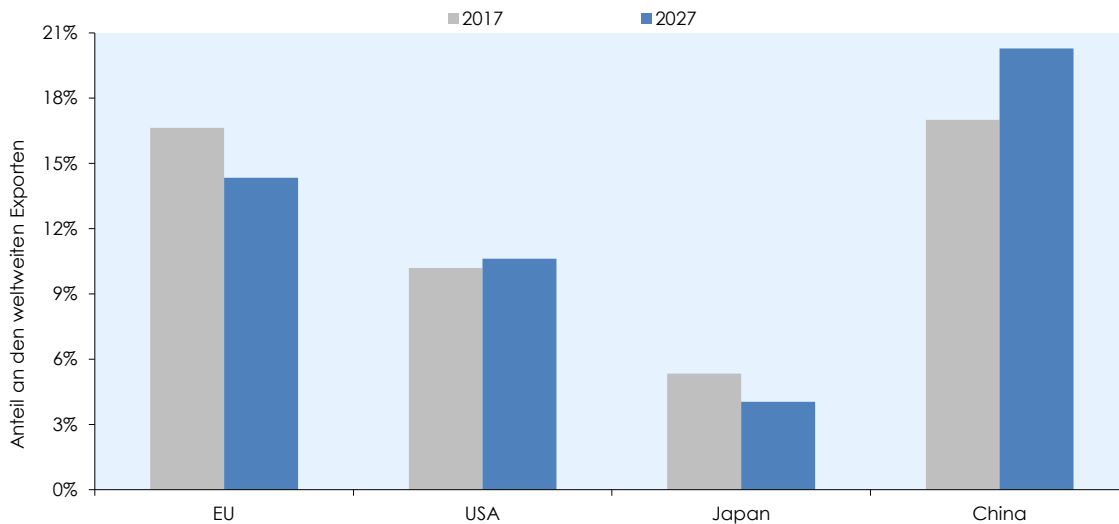


Anmerkung: Prognose ab 2022.

Quelle: UN COMTRADE, WEO, WTO International Trade Datenbank, wiw-Berechnungen.

⁴¹⁾ Diese Zahlen beruhen auf einem Gravitationsmodell basierend auf UN COMTRADE Daten und den längerfristigen Wachstumsprognosen des World Economic Outlooks des IMF (<https://www.imf.org/en/Publications/WEO>).

Abbildung 5.11: Weltmarktanteile an den Warenexporten, 2017 und 2027 (Prognose)



Anmerkung: Prognose ab 2022.

Quelle: UN COMTRADE, WEO, WTO International Trade Datenbank, wiw-Berechnungen.

Die Unsicherheiten über die längerfristigen zukünftigen Verschiebungen im globalen Handel halten weiterhin an.

Das Spiegelbild des – langfristigen – Aufstiegs Chinas zur führenden Exportnation und der asiatischen Länder sind Verluste von Weltmarktanteilen der Triade-Volkswirtschaften (USA Japan, EU). Die Verschiebung Richtung Asien kann weiters durch das RCEP-Abkommen etwas verstärkt werden (siehe Stehrer und Vujanovic, 2022). Grundsätzlich muss die zu beobachtende Verschiebung des Gravitationszentrums des Welthandels zu Gunsten Chinas (und anderer Schwellenländer wie Thailand, Indonesien oder Indien) nicht notwendigerweise einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit der etablierten Handelsnationen bedeuten. Jedoch können langfristig Herausforderungen bezüglich Marktzutritt durch nicht-tarifäre Handelsmaßnahmen, wie etwa unterschiedliche Regulierungen, in dieser Region entstehen. Obwohl sich die Lieferketten größtenteils als resilient erwiesen haben, gibt es seit der Pandemie und Beginn des russischen Angriffskriegs verstärkte Diskussionen über und Maßnahmen für den Abbau von Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten der Lieferketten und entsprechende handelspolitische Maßnahmen wie oben beschrieben. Die langfristigen Auswirkungen auf die globalen Handelsströme lassen sich aber kaum abschätzen, jedoch scheint eine Tendenz Richtung Regionalisierung und Verkürzung von Lieferketten als nicht unwahrscheinlich.

5.6 Schlussbemerkungen

Die rasche Erholung der weltweiten Handelsströme nach der Pandemie wurde durch den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine seit 24. Februar 2022 unterbrochen bzw. schwer gedämpft. Dies wurde vor allem durch stark ansteigende Rohstoffpreise und damit einhergehende Inflationssteigerungen sowie einer allgemeinen Unsicherheit getrieben, was die Konjunkturerwartungen für 2022 und 2023 erheblich dämpfte. Der Krieg zeigte aber auch nochmals die Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten Europas – und hier vor allem einzelner Länder, darunter Deutschland und Österreich – von Rohstoffimporten wie Öl und Gas insbesondere aus Russland, aber auch von anderen Staaten, auf. Diese werden zusätzlich zu den von der Pandemie ausgelösten Verschiebungen in Wertschöpfungsketten zu weiteren wesentlichen strukturellen Änderungen im Welthandel

führen, da sich der Handel von Zwischenprodukten für bis zwei Drittel des internationalen Handels verantwortlich zeichnet. Feststehen dürfte, dass Unternehmen aber auch Staaten in Zukunft noch größeres Augenmerk auf Strategien zur Risikominderung legen werden, um die Robustheit und Resilienz ihrer Lieferketten sicher zu stellen (siehe auch Arriola et al., 2021). Zukünftige wesentliche Treiber sind dabei die verschärften geopolitischen Spannungen, der digitale Wandel und die durch die Rohstoffkrise beschleunigte Ökologisierung der europäischen Volkswirtschaften. Die europäische Politik versucht bereits aktiv zu steuern, wie beispielsweise die oben angeführten Initiativen wie IPCEI und die daraus entstandenen Projekte oder die Kritikalitätsbewertungen zeigen. Weiters sind aber auch die Zukunft des regelbasierten multilateralen Handelssystems offen, im Lichte des Setzens auf bilaterale Formate (TTC), die geoökonomischen Verwerfungen durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die unklare Rolle Chinas.

6. Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

Harald Oberhofer

Das vorliegende Jahresgutachten des Kompetenzzentrums "Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft" (FIW) untersucht die aktuellen Außenwirtschaftsbeziehungen Österreichs. **Seit dem 24. Februar des vergangenen Jahres stehen diese unter veränderten Rahmenbedingungen.** Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hatte nicht nur unmittelbare Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft, sondern verändert das geopolitische Umfeld, in dem sich unsere Außenwirtschaftsbeziehungen bewegen.

Profitierte der österreichische Außenhandel am Beginn des Jahres 2022 noch von den ausklingenden COVID-19-bedingten Restriktionen, insbesondere im Reiseverkehrsexport, nahm die Dynamik des Waren- und Güterhandels vor allem im zweiten Halbjahr spürbar ab. Verursacht wurde dies vom Energiepreisschock, der eine direkte Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ist, und von dessen Folgen für die weltwirtschaftliche Entwicklung. Russland setzte bereits vor Kriegsausbruch die westliche Abhängigkeit von dessen Energieimporten zu seinen Zwecken ein. Die strategische Nicht-Befüllung der eigenen Erdgasspeicher in Westeuropa durch Russland hat bereits vor dem Kriegsbeginn zur Steigerung der Inflationsrate im Herbst und Winter 2021/2022 beigetragen und zu einer insgesamt niedrigen Bevorratung von Erdgas in den EU-Mitgliedsländern geführt. **Besonders offensichtlich und aggressiv nutze Russland jedoch nach dem 24. Februar 2022 die westliche Abhängigkeit von russischen Energieimporten als politisches Druckmittel gegen besonders betroffene Volkswirtschaften wie Österreich oder Deutschland.** Die EU und andere Staaten wie die USA reagierten auf den Krieg mit Wirtschaftssanktionen, die im Laufe des Jahres auch schrittweise erweitert und verschärft wurden.

Im Inland wurden die Folgen der rapiden Energiepreisteigerungen bald sichtbar. In Österreich und allen anderen Ländern der EU stand somit die politische Bekämpfung der Folgen für Konsument:innen und Unternehmen im Fokus. Die meisten Länder haben generöse fiskalpolitische Programme geschnürt, mit dem Ziel die höheren Energiepreise zu kompensieren. Die Geldpolitik musste auf Grund der rapiden Steigerung der allgemeinen Inflationsraten mit einer restriktiven Politik reagieren. Die US-amerikanische Notenbank ging hier zügiger und konsequenter als die Europäische Zentralbank vor.

Der österreichische Außenhandel entwickelte sich im Jahr 2022 trotz des Energiepreisschocks und weiteren Kriegsfolgen relativ robust. Über den Jahresverlauf verliefen vor allem die ersten Monate vergleichsweise dynamisch. In der zweiten Hälfte machten sich die gestiegenen Energiepreise stärker bemerkbar. Dies hat mit der verzögerten Wirkung der Energiepreise auf die Produktionskosten und den generellen Rückgang der Weltwirtschaftsdynamik zu tun. **Für das Gesamtjahr 2022 prognostiziert das Jahresgutachten ein Wachstum der österreichischen Waren- und Dienstleistungsexporte um 8,8% zu konstanten Preisen. Im selben Zeitraum wachsen die Importe real lediglich um 5,1%.** Das stärkere reale Exportwachstum hätte die traditionell negative österreichische Handelsbilanz entlastet. Allerdings verschlechterte sich das preisliche Austauschverhältnis von Exporten und Importen (Terms-of-Trade) im Jahr 2022 vor allem im österreichischen Warenhandel substantiell um 4,7%. **Als Folge vergrößerte sich der negative Warenhandelsbilanzsaldo deutlich auf einem Wert von -20,5 Mrd. €.** Im Gegenzug hat sich die Dienstleistungsbilanz positiv entwickelt. Die Terms-of-Trade-Verschlechterung fiel dort

mit einem Wert von -0,6% deutlich schwächer aus, gleichzeitig wuchsen die Reiseverkehrsexporte als Folge der Abschaffung von COVID-19-Restriktionen stark an. **Die zusätzlichen Dienstleistungsbilanzüberschüsse dürften maßgeblich zu einer nahezu ausgeglichenen Leistungsbilanz im Jahr 2022 beigetragen haben, welche mit 200 Mio. € leicht positiv saldieren dürfte.**

Die Folgen der Energiepreissteigerungen und des gedämpften Weltwirtschaftswachstums werden die österreichischen Außenhandelsbeziehungen im heurigen Jahr stärker belasten. Die österreichischen Waren- und Dienstleistungsexporte dürften 2023 zu konstanten Preisen lediglich um 0,3% wachsen. Die Gesamtimporte stagnieren ebenfalls bei einem Wachstum von 0,9%, übertreffen dabei aber auf Grund eines höheren Dienstleistungsimportwachstums die Exportseite. Die österreichischen Terms-of-Trade werden sich durch stärker steigende Importpreise im Vergleich zu den Exportpreisen weiter verschlechtern. Als Folge wächst das Handelsbilanzdefizit auf 23,3 Mrd. €. Das Dienstleistungsimportwachstum übertrifft 2023 das Wachstum der Dienstleistungsexporte. Die Dienstleistungsbilanz wird aus diesem Grund den negativen Handelsbilanzsaldo nicht mehr vollständig kompensieren können. **Die Leistungsbilanz wird 2023 mit einem Wert von -1,8 Mrd. € (entspricht 0,4% des BIP) das erste Mal seit 2001 ein Defizit aufweisen.** Für das Jahr 2024 geht die Prognose von einer etwas positiveren Entwicklung und einem wieder geringfügig positiven Leistungsbilanzsaldo aus.

In Bezug auf die Handelspolitik ergeben sich durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die geopolitischen Folgen eine Reihe von Herausforderungen. Die Importabhängigkeit bei Energieträgern, vor allem aus autoritären Staaten, birgt ein Versorgungsrisiko und macht die europäische, aber auch österreichische Wirtschaft verwundbar. Eine zu starke Konzentration auf einzelne Handelspartner kann von diesen für strategische und nichtwirtschaftliche Ziele ausgenutzt werden. Die Hoffnung auf Wandel durch Handel hat sich zumindest was Russland betrifft nicht erfüllt.

Eine stärkere Diversifikation der Handelsbeziehungen bei vor allem strategisch relevanten Gütern wie Rohstoffen sollte forciert werden. Gleichzeitig kann eine Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, die auch klimapolitisch notwendig ist, das geoökonomische Bedrohungspotential unserer Wirtschaft reduzieren. Die Beschleunigung im Aufbau von erneuerbaren Energieträgern würde es erlauben, die Importabhängigkeit im Energiesektor zu reduzieren. Eine solche Beschleunigung kann jedoch nur durch entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen und die notwendige gesamtgesellschaftliche Unterstützung gelingen. Gleichzeitig sind für viele der alternativen Technologien andere Rohstoffe, wie seltenen Erden, als Vorleistungen notwendig. Auch in diesem Bereich bestehen starke Abhängigkeiten etwa von China. Der aktuell von den Unternehmen identifizierte Arbeitskräftemangel kann zu einem weiteren Hemmnis für die Beschleunigung der "Energiewende" führen, sollten dadurch nicht ausreichend Produktionskapazitäten verfügbar sein.

Die Bemühungen, die Produktion von Zukunftstechnologien im eigenen Wirtschaftsraum auszuweiten, beschränken sich nicht auf die EU. **Der im US-Kongress beschlossene Inflation Reduction Act beabsichtigt mit industriepolitischen Maßnahmen und einer aktiven Bevorzugung von heimischer Produktion den Anteil der Produktion von Zukunftstechnologien zu beschleunigen.** Dass diesem wirtschaftspolitischen Beschluss keine wesentlichen Verhandlungen mit der EU vorangegangen sind, und hier wenig transatlantische Kooperationsbereitschaft besteht, spiegelt die neuen geopolitischen Realitäten wider. Die Folge hiervon könnte ein Subventionswettbewerb zwischen den USA, der EU und China sein, der

die globale Kooperation auch in anderen handelspolitischen Bereichen beeinträchtigen dürfte.

Die europäische Wirtschaft wird auch zukünftig von globalen Handelsbeziehungen abhängig sein. Die Volkswirtschaften der EU-Mitgliedsländer sind auf Grund ihrer geografischen Lage sowie der fehlenden Rohstoffvorkommen auf gute Handelsbeziehungen zu anderen Weltregionen angewiesen. Aus politischen Gründen ist das Fördern von Rohstoffen in den EU-Ländern auch bei dessen Vorhandensein oftmals nur eingeschränkt oder kaum möglich. **Die EU versteht sich als größter demokratischer Wirtschaftsraum. Eine Möglichkeit zur Stärkung der Handelsbeziehungen mit anderen Demokratien besteht in einer aktiven Handelspolitik.** Diese sollte geografisch gestreut sein und wichtige klimapolitische Aspekte beinhalten. Die Ratifizierung des Handelsabkommens mit den Mercosur-Staaten oder die Intensivierung der Verhandlungen mit anderen Staaten, u.a. Indien und Australien, würden sowohl einen besseren Zugang zu diversen Rohstoffen aber auch Fertigprodukten ermöglichen können, und die geografische Diversifikation der europäischen Handelsbeziehungen stärken. Bereits verhandelte Abkommen, wie etwa mit Neuseeland oder auch Kanada, sollten zügiger als in der Vergangenheit ratifiziert werden, um glaubwürdig als Vertreter eines regelbasierten Welthandelssystems auftreten zu können. Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität Europas für notwendige Fachkräfte sind notwendig, um das Produktionspotential und die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig abzusichern.

7. Literatur

- Aiyar, S., Chen, J., Ebeke, Ch., Garcia-Saltos, R., Gudmundsson, T., Ilyina, A., Kangur, A., Kunaratskul, T., Rodriguez, S., Ruta, M., Schulze, T., Soderberg, G., & Trevino, J. P. (2023). Geoeconomic fragmentation and the future of multilateralism. *Staff Discussion Note SDN/2023/001*. International Monetary Fund, Washington, DC.
- Arriola, C., Kowalski, P., & van Tongeren, F. (2021). The Impact of COVID-19 on Directions and Structure of International Trade. *OECD Trade Policy Paper*, (252).
- Astrov, V., Ghodsi, M., Grieveson, R., Holzner, M., Landesmann, M., Kochnev, A., Pindyuk, O., Stehrer, R., & Tverdostup, M. (2022a). Russia's Invasion of Ukraine: Assessment of the Humanitarian, Economic and Financial Impact in the Short and Medium Term. *wiiw Policy Notes and Reports*, (59).
- Astrov, V., Bykova, A., Dobrinsky, R., Duraković, S., Grieveson, R., Hanzl-Weiss, D., Hunya, G., Jovanović, B., Korpar, N., Leitner, S., Mara, I., Moshhammer, B., Pindyuk, O., Richter, S., Ströhm, B.-C., Tverdostup, M., Vujanović, N., Zavaršćak, Z., & Żurawski, A. (2022b). Impressive Resilience is Unlikely to Last. *wiiw Monthly Report*, (7-8).
- Baumgartner, J. (2022a). WIFO-Inflationsprognose 2022/2024 vom Dezember 2022. *WIFO Research Briefs*, (25). https://www.wifo.ac.at/publikationen/publikationssuche?detail-view=yes&publikation_id=70456
- Baumgartner, J. (2022b). Der Einfluss der internationalen Energiepreise auf die Inflation. *FIW-Spotlight*, (3). <https://blog.fiw.ac.at/fiw-spotlight/>
- Baumgartner, J., Christen, E., & Felbermayr, G. (2022). Russisches Öl: Auswirkungen der EU-Sanktionen auf Österreich. Embargo oder Importzölle? *WIFO Research Briefs*, (14). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69660>
- BMAW - Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (2022): EU-Wettbewerbsrat einigt sich auf europäisches Chip-Gesetz: <https://www.bmaw.gv.at/Themen/Europa/Aktuelles/European-Chips-Act.html>.
- BMK – Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (2022). *Energie in Österreich: Zahlen, Daten, Fakten*. <https://www.bmk.gv.at/themen/energie/publikationen/zahlen.html>
- Böheim, M., Janger, J., Köppl, A., Sinabell, F., Sommer, M., & Schleicher, S. (2022). Wirtschaftspolitische Optionen zur Vorbereitung auf Gasreduktionen. *WIFO Research Briefs*, (12). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69651>
- Council on Foreign Relations (2022). *U.S. – China Relations, 1949-2022*. <https://www.cfr.org/timeline/us-china-relations>.
- Ederer, St., & Glocker, Ch. (2022). *Prognose für 2022 bis 2024: Weltweiter Konjunkturabschwung erfasst Österreich*. WIFO-Konjunkturprognosen, Dezember.
- Europäische Kommission (2022a). *Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen Ein Chips Gesetz für Europa*. COM(2022) 45 final. Brüssel.
- Europäische Kommission (2022b). *Die EU-Sanktionen gegen Russland im Detail*. <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/restrictive-measures-against-russia-over-ukraine/sanctions-against-russia-explained/>
- Europäische Kommission (2020c). *Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament, den europäischen Rat, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen Widerstandsfähigkeit der EU bei kritischen Rohstoffen: Einen Pfad hin zu größerer Sicherheit und Nachhaltigkeit abstecken*. COM(2020) 474 final. Brüssel.
- European Commission (2020). *Study on the EU's list of Critical Raw Materials 2020 - Final Report (2020)*. Brussels.
- European Commission, & High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy (2021). *Joint Communication to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee, the Committee of the Regions and the European Investment Bank The Global Gateway* JOIN(2021) 30 final. Brussels.
- Fritz, O., & Burton, A. (2022). *Tourismusanalyse: Sommernachfrage 2022 beinahe auf Vorkrisenniveau, gute Buchungslage zu Winterbeginn*. WIFO-Research Briefs, (26). https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikation_id=70470&mime_type=application/pdf
- Glocker, Ch., & Ederer, St. (2022). *Prognose für 2022 und 2023: Stagflation in Österreich*. WIFO-Konjunkturprognosen, Oktober.

- Hale, T., Angrist, N., Goldszmidt, R., Petherick, B.-K.-A., Phillips, T., Webster, S., Cameron-Blake, E., Hallas, L., Majumdar, S., & Tatlow, H. (2021). *A global panel database of pandemic policies (Oxford COVID-19 Government Response Tracker)*. *Nature Human Behaviour*. <https://doi.org/10.1038/s41562-021-01079-8>
- Hendriks, B., van Heuvelen, H., & Soderhulzen, B. (2023). *CPB World Trade Monitor November 2022*, 25. Jänner.
- Hözl, W., Klien, M., & Kügler, A. (2022). *Beeinträchtigungen durch den Ukraine-Krieg und mögliche Auswirkungen von Gasstopps auf die Produktion in der Sachgütererzeugung. Ergebnisse der Sonderbefragung zum Ukraine-Krieg im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom Mai 2022*. WIFO, Wien.
- IEA (2022). *Energy Fact Sheet: Why does Russian oil and gas matter?*. <https://www.iea.org/articles/energy-fact-sheet-why-does-russian-oil-and-gas-matter>.
- IMF (2023). *World Economic Outlook Update*, Jänner.
- Oberhofer, H., Stehrer, R., Astrov, V., Grieveson, R., Moshhammer, B., Stöllinger, R., & Wolfmayr, Y. (2022). *FIW-Jahresgutachten. Die österreichische Außenwirtschaft 2022*. FIW, Wien.
- OECD (2022). *OECD Economic Outlook, Volume 2022 Issue 2*. OECD Publishing, Paris. <https://doi.org/10.1787/f6da2159-en>
- Parry, M., Killmayr, L., & Zamfir, L. (2022). *Russia's war on Ukraine: International reactions*. EPRS, (PE 729.298).
- Propp, K. (2022). *The big problems you won't hear about at the EU-US Trade and Technology Council*. New Atlanticist. <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/new-atlanticist/the-big-problems-you-wont-hear-about-at-the-eu-us-trade-and-technology-council/>
- Sgaravatti, G., Tagliapietra, S., & Zachmann, G. (2021). *National policies to shield consumers from rising energy prices*. Bruegel Datasets, vom 29. November 2022. <https://www.bruegel.org/dataset/national-policies-shield-consumers-rising-energy-prices>
- Spinaci, S. (2022). *Corporate sustainability due diligence: Could value chains integrate human rights and environmental concerns?*. EPRS, (PE 729.424).
- Stehrer, R., & Vujanovic, N. (2022). *The Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) agreement: Economic implications for the EU27 and Austria*. *FIW Policy Brief*, (54).
- Stöllinger, R. (2021). *ICT Industries: The Eternal Concern of EU Industrial Policy*. *wiiw Monthly Report*, Jänner.
- Tagliapietra, S. (2021). *The Global Gateway: a real step towards a stronger Europe in the world?*. <https://www.bruegel.org/blog-post/global-gateway-real-step-towards-stronger-europe-world>
- Timmers, P. (2022). *How Europe aims to achieve strategic autonomy for semiconductors*. Tech Stream. <https://www.brookings.edu/techstream/how-europe-aims-to-achieve-strategic-autonomy-for-semiconductors/>
- Tsang, S., & Cheung, O. (2022). *Has Xi Jinping made China's political system more resilient and enduring?*. *Third World Quarterly*, 43(1), 225-243.
- UNCTAD (2022). *Investment Trends Monitor*. Special Issue, Oktober.
- UNCTAD (2023). *Investment Trends Monitor*, Jänner.
- Varas, A., Varadarajan, R., Goodrich, J., & Yinug, F. (2022). *Government Incentives and US Competitiveness in Semiconductor Manufacturing*. BCG and SIA.
- Vereinte Nationen (2022). *Aggression gegen die Ukraine, Resolution der Generalversammlung*. A/ES-11/L.1.
- Von der Leyen, U. (2022a). *Lage der Union*. Rede. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/de/speech_22_5493/SPEECH_H_22_5493_DE.pdf
- Von der Leyen, U. (2022b). *Rede am Europakolleg in Brügge*. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_22_7487
- wiiw (2023). *Resilience put to the test by war fallout: economic forecasts for Eastern Europe for 2023-25*. Winter Forecast Update. *Monthly Report*, (1).
- Wolfmayr, Y. (2022). *Außenhandelsprognose: Einbruch der Dynamik der Warenexporte im Winterhalbjahr 2022/23 zu erwarten*. FIW-Spotlight. https://blog.fiw.ac.at/fiw_spotlight-aussenhandelsprognose2022_23/
- World Bank (2022). *China Economic Update – December 2022: Navigating Uncertainty China's Economy in 2023*. Washington, DC.
- World Bank (2023). *Global Economic Prospects*, January. Washington, DC.
- WTO (2022a). *WTO end-year trade monitoring report*. Geneva.
- WTO (2022b). *World Trade Statistical Review 2022*. Geneva.